

NEUE ZEIT

JUNI 1980

25

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum: _____ Unterschrift des Leiters: _____



**WESTEUROPA WILL
KEINE PERSHINGS UND
KEINE TOMAHAWKS**

14159-25 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77



Das Domizil
des Theaters



Gestalten aus
Alexander
Ostrowskis
Bühnenstück
„Ein einträglicher
Posten“

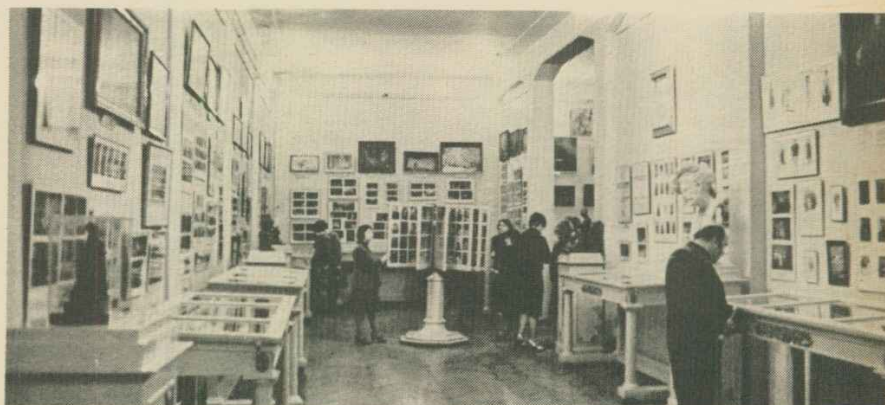
SOWJETUNION IM BILD

Das Staatliche akademische Kleine Theater der UdSSR gehört zu den Mitgestaltern des Kulturprogramms der Olympiade '80.

Das Kleine Theater wird den Olympiadegästen Moskaus mehr als 20 der besten Inszenierungen der russischen, der sowjetischen und der ausländischen Klassik zeigen, darunter Alexander Gribojedows „Verstand schafft Leiden“, Maxim Gorkis „Sommergäste“, Konstantin Trenjows „Ljubow Jarowaja“, Friedrich Schillers „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“, William Shakespeares „König Lear“ und Jean Sarments „Mamouret“.

Das Theaterschaffen des Landes verspürt bis heute den fruchtbaren Einfluß dieser traditionsreichen Truppe. Hier waren Schauspieler und Regisseure tätig, die der sowjetischen Bühnenkunst einen großen Namen gemacht haben.

Die Sowjetmacht hat dem Kleinen Theater von Anfang an neue starke Impulse gegeben: Auf der Bühne wird das neue Leben des



Im Museum des
Kleinen Theaters
werden viele
Exponate gezeigt



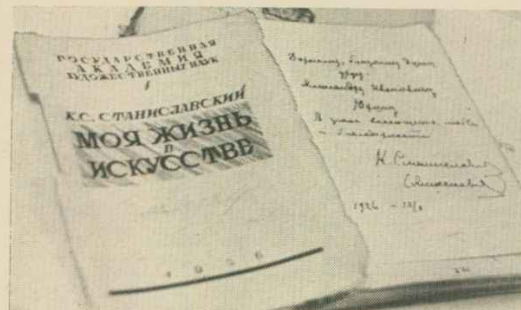
Vorbereitung auf die
Aufführung von
Alexander Ostrowskis
„Die schuldlos
Schuldigen“



Theaterkostüme
vom Ende des 19. Jh.

Volkes in den Mittelpunkt gestellt. In seinen Stücken wird Partei ergriffen gegen die Tyrannei, gegen die Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft, für die menschliche Würde.

Jetzt nimmt das Kleine Theater zu Recht einen Ehrenplatz unter den Bühnenkollektiven der Sowjetunion ein. Das Theater wurde mit dem Leninorden und dem Orden der Oktoberrevolution ausgezeichnet.



Konstantin
Stanislawskis Buch
„Mein Leben in
der Kunst“, das
er dem Theater
schenkte, gehört zu
den Ausstellungsstücken
des Museums

Schauspielschüler
des Staatlichen
Instituts für
Theaterkunst
„A. W. Lunatscharski“



Fotos: A. Motschalin

DAS WEISSE HAUS UND EUROPA

Vor 13 Jahren erregte in Westeuropa ein französisches Buch Aufsehen, betitelt „Die amerikanische Herausforderung“. Es warnte vor einer Wirtschaftsüberfremdung durch die US-Konzerne. Diese ist jetzt im Gange und wird immer schlimmer. Die amerikanische Konkurrenz reibt die EG in Hühner-, Stahl-, Währungs- und sonstigen Gefechten auf, sie zwingt die EG-Länder zu einer Handelssperre gegen die UdSSR, wohin sie viermal so viel Waren wie die USA ausführen. Washington, das auf den Weltmärkten mit den Staaten der Alten Welt rivalisiert, sucht sie mit den Nahostländern zu entzweien, wohin die EG-Staaten 2,5mal so viel Waren wie die USA ausführen. Nach alledem verlangen diese von ihren westeuropäischen Bündnispartnern auch noch Solidarität!

Die atlantische Solidarität nützt den USA und ist für deren westeuropäische Partner meistens unvorteilhaft. Diese wollen sie selbst bleiben und vor allem in ihrem nationalen Interesse eine selbständige Rolle spielen. Sie wollen in der Weltpolitik mitbestimmen. Und welche Rolle weist ihnen Washington an? Die Zeitung „Les Echos“ (Paris) klagt: „Die USA als leidenschaftliche Spieler rücken ihre Partner auf dem weltpolitischen Schachbrett bald hierhin, bald dahin und machen sich keine Gedanken darüber, ob das im Interesse von Europa selbst liegt.“

Die wirtschaftliche Herausforderung wird jetzt durch ein politisches Diktat verstärkt. Westeuropa hat man die Rolle eines mit Atomraketen bestückten vorgeschobenen Postens der amerikanischen Globalstrategie zugeordnet. Es wird außerhalb der NATO-Zone in Ränke und Operationen verstrickt: gegen den Iran, gegen Afghanistan und andere Länder, deren Politik Washington mißfällt. Vorläufig läßt man Westeuropa ein „Hinterland“ für die USA abgeben und deren Kräfte für die Interventionspolitik im Nahen und Mittleren Osten freistellen. Wer

sich aber heute im Hinterland befindet, kann morgen an die Front verlegt werden.

Wer profitiert am meisten an der atlantischen Solidarität — politisch, strategisch und wirtschaftlich? Eindeutig die USA. Allerdings heißt es, daß Washingtons Bündnispartner für die Solidarität einen „nuklearen Schirm“ über dem Kopf haben. Wen beschirmt er aber? Wenn man den Mut hat, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, so muß man sagen: Nicht diejenigen, die ihn noch immer teuer bezahlen, sondern diejenigen, die das eigene Land vor einem Kriegsbrand bewahren und andere Krieg führen lassen. Zu diesem Zweck werden in Westeuropa neue nukleare Raketen des Pentagons stationiert. „Die Bündnispartner werden schließlich nicht anders können, als die USA zu unterstützen, wenn man bedenkt, daß Westeuropa und Japan im Hinblick auf die Gewährleistung ihrer Verteidigung von den USA abhängen“, so interpretiert „U.S. News & World Report“ das Verhältnis der „gleichgestellten Partner“ in der atlantischen Gemeinschaft zueinander.

Nicht genug damit, daß Washington seine Juniorpartner an der Leine führt. Es führt sie auch an der Nase herum. Als es die Einwilligung seiner Bündnispartner zur Stationierung der Pentagonraketen in Westeuropa verlangte, versprach es ihnen eine baldige Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen SALT-II-Vertrags, woran die westeuropäischen Partner lebhaftes Interesse zeigten. Kaum aber hatte Washington ihre Einwilligung, da hielt es die Ratifizierung auf. Dann verlangte es von den Partnern Sanktionen gegen den Iran und versprach ihnen, keine militärischen Aktionen gegen dieses Land einzuleiten. Kaum aber hatten sie dem Weißen Haus seinen Willen getan, da schickte es „Kommandos“ nach dem Iran.

Moskau wird jetzt andauernd vorgeworfen, es wolle die atlantische Solidarität untergraben, die NATO spalten und Westeuropa gegen die USA aufhetzen. Das ist eine Unterstellung. Moskau hat einen genauen Begriff von den gemeinsamen Zielen und Interessen der NATO-Mitglieder und von der Rolle der USA in Europa. In der UdSSR hätte man nichts dagegen einzuwenden, wenn die atlantische Solidarität darauf abzielen würde, die politische Entspannung zu verstärken, einen Übergang zur militärischen Entspannung herbeizuführen, die Rüstungen zu begrenzen und einzuschränken, die KSZE-Schlußakte in die Tat umzusetzen und die Zusammenarbeit zwischen West und Ost weiter zu fördern. Es ist aber so, daß Washington seine Partner nicht weiter das Feld der Entspannung beackern lassen will. Die USA selbst wollen es ja verminen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 25 JUNI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Das Weiße Haus und Europa	1
K. Jurin — Garantien für die Nichtnuklearstaaten	5
Pham Van Dong — Vietnams zweifache Aufgabe	6
W. Gawilewski — Jugoslawien. Plenum des ZK des BKJ	7
Anläßlich eines Interviews	8
K. Karagesian — BRD. Staffel des Friedens und Staffel des Militarismus	10
D. Antonow — Wer ignoriert die Realitäten!	11
S. Irodow — Indien. Miniwahlen und große Politik	12
W. Boikow — USA. Vorprogrammierte „Irrtümer“!	12
R. Andreassian — OPEC. Kompromiß in Algier	13
I. Sujew — Südkorea. Neue Seouler Variante	14
Notizen ♦ Glossen	16
Ost-West-Handel: Zwei Konzeptionen	
F. Gorjunow — Schalterdiplomatie	18
Aus der Geschichte	20
J. Krasnow — Einsätze im „Osthandel“	21
G. Sidorowa — Einmalige Formel	22
A. Ignatow — Standpunkt von Paris	23
B. Sergejew — Realistischer Schritt	24
Großabschlüsse 1980	25
B. Waganow — Infrastruktur der Entspannung	25
W. Turow — China. Eine verlorene Generation	26
W. Drobkow — In und um Olympia	27
B. Assojan — Simbabwe. Schwerer Anfang	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Friedenskräfte protestieren dagegen, daß Westeuropa zu einer Startrampe für neue nukleare US-Mittelstreckenraketen wird. Mit Massenkundgebungen und Demonstrationen gegen ihre Stationierung begann in der Bundesrepublik ein „heißer Sommer“.

Titelbild: Marsch der Friedensanhänger im Hünxer Wald bei Wesel, wo Raketenstilos entstehen

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 17. Juni wurde in Prag die XXXIV. Tagung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe eröffnet. Die sowjetische Delegation wird von Alexej Kossygin geleitet.

Am 16. Juni wurde in Minsk das Treffen der Parlamentarier der Warschauer Vertragsstaaten eröffnet. Leonid Breschnew richtete eine Grußbotschaft an die Teilnehmer des Forums.

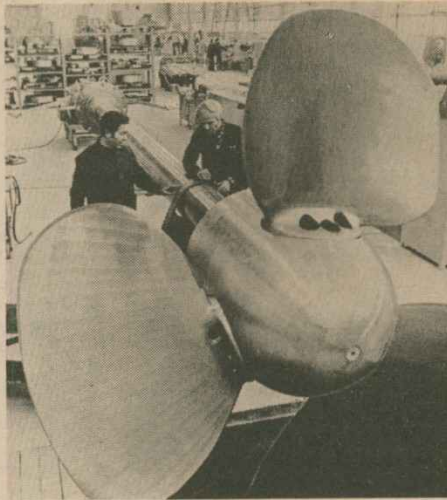
Leonid Breschnew richtete an Stevan Doronjski, den Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, eine Grußbotschaft zu seiner Wahl.

Am 13. Juni empfing Alexej Kossygin im Kreml Gojko Ubiparip, den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesexekutivrates der SFRJ, der die Delegation zur 18. Tagung der sowjetisch-jugoslawischen Kommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit leitete. Fragen der bilateralen Beziehungen wurden erörtert.

Am 13. Juni traf Alexej Kossygin im Kreml mit Shambyn Batmunkh, Mitglied des Politbüros des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Vorsitzender des Ministerrats der MVR, zusammen, der in Moskau auf der Durchreise nach Prag weilte, um an der XXXIV. RGW-Tagung teilzunehmen. Am gleichen Tag wurden das Regierungsabkommen zwischen der UdSSR und der MVR über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit für die Jahre 1981—1985 und andere Dokumente unterzeichnet.

Am 12. Juni empfing Alexej Kossygin Donald Kendall, einen namhaften Vertreter der US-Geschäftswelt und Vorstandsvorsitzenden der Firma „Pepsico“, auf seine Bitte hin. Alexej Kossygin verwies auf die positive Bedeutung konkreter Maßnahmen im sowjetisch-amerikanischen Wirtschaftsaustausch für die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Donald Kendall verließ seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Schwierigkeiten in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen vorübergehender Natur sind und überwunden werden.

Vom 9. bis zum 13. Juni weilte Grisca Filipow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP, mit einer Gruppe von Mitarbeitern des ZK der BKP in der Sowjetunion, um sich über Erfahrungen der KPdSU bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu informieren. Die Gäste wurden im ZK der KPdSU von Andrej Kirilenko und in Leningrad von Grigori Romanow empfangen.



Die internationale sozialistische Arbeitsteilung und die enge Zusammenarbeit der Bruderländer erfassen alle wichtigen Wirtschaftsbereiche. Unsere Bilder: Im Atomkraftwerk „50. Jahrestag der UdSSR“ bei Woronesch werden Experten aus der CSSR an einer Trainingsanlage des Lehrzentrums ausgebildet. Die Triebsschraubenabteilung des Dieselmotorenwerkes in Wismar (DDR) beliefert die dortige Mathias-Thesen-Werft, die Hochseeschiffe für die eigene wie für die sowjetische Handelsflotte baut.

Fotos: V. Koshewnikow (TASS) und ADN—TASS

Am 16. Juni traf Boris Ponomarew mit Henrique Eduardo dos Santos, Kandidat des Politbüros des ZK der MPLA—Partei der Arbeit (Angola) und Sekretär des ZK der Partei, und mit Afonso Van Duenen, Sekretär des ZK der MPLA—Partei der Arbeit, zusammen.

Am 9. Juni empfing Boris Ponomarew eine Delegation der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE). Beide Seiten sprachen sich für die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen KPdSU und PSOE aus. Es kam zu einem Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der internationalen Lage.

Am 13. Juni wurde in San José der XIII. Kongreß der Partei der Volksavantgarde Kostarikas eröffnet. Das ZK der KPdSU schickte ein Grußschreiben.

Am 15. Juni nahm ein außerordentlicher Parteitag der FLN-Partei seine Arbeit in Algier auf. Das ZK der KPdSU übermittelte eine Grußbotschaft.

Am 16. Juni wurde in Addis Abeba der I. Kongreß der Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens eröffnet. Das ZK der KPdSU sandte eine Grußbotschaft.

Am 16. Juni richtete das SRV-Außenministerium an das Außenministerium der VR China eine Note mit dem Vorschlag, am 15. Juli in Hanoi die dritte Runde der vietnamesisch-chinesischen Verhandlungen über eine Normalisierung der Beziehungen aufzunehmen.

In Phnom Penh wurde der Verfassungsentwurf für die VR Kampuchea zur Volksausprache veröffentlicht.

Am 13. Juni verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat, der auf Forderung der Gruppe afrikanischer Länder zur Erörterung der Lage in der RSA einberufen worden war, einstimmig eine Resolution, in der er das Rassistenregime wegen seiner Massenrepressalien gegen die Apartheidgegner und der Morde an friedlichen Demonstranten und politischen Häftlingen entschieden verurteilte. In dem Dokument wird die Rechtmäßigkeit des Kampfes des Volkes von Südafrika für die Beseitigung der Apartheid und für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft anerkannt.

In New York ging die Tagung des UNO-Komitees für den Indischen Ozean, dem 44 Staaten angehören, zu Ende. Das Komitee ist von der Vollversammlung damit beauftragt, für 1981 eine Konferenz vorzubereiten, die ein internationales Abkommen ausarbeiten soll, um den Indischen Ozean in eine Zone des Friedens zu verwandeln. Die UdSSR strebt die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean an, erklärte der sowjetische Vertreter Lew Mendelewitsch. Eine Erweiterung des Komitees wurde beschlossen.

Am 12. Juni nahm der Genfer Abrüstungsausschuß seine Arbeit wieder auf.

Der UNO-Sicherheitsrat hielt eine Sitzung zur Lage auf Zypern ab. In einer

Resolution rief der Sicherheitsrat dazu auf, unverzüglich die vor einem Jahr unterbrochenen Volksgruppengespräche wiederaufzunehmen. Man beschloß, das Mandat der UNO-Friedenstruppe auf Zypern um weitere 6 Monate — bis zum 15. Dezember d. J. — zu verlängern.

Zwei Flieger der französischen Luftstreitkräfte — Jean-Loup Chrétien und Patrick Baudry — wurden vom Nationalen Zentrum für Weltraumforschung Frankreichs ausgewählt, um zusammen mit sowjetischen Kosmonauten auf den gemeinsamen Raumflug vorbereitet zu werden. Auf einer Pressekonferenz in Paris am 11. Juni wurden sie französischen und ausländischen Journalisten offiziell vorgestellt. Wie Hubert Curien, Präsident des Zentrums, mitteilte, werden sich beide französischen Kosmonauten sehr bald schon in die Sternensstadt begeben, wo sie ein intensives Training durchlaufen werden. Nach der Ausbildung, deren Programm insbesondere einen Russisch-Intensivkurs umfaßt, wird einer der beiden Anwärter zusammen mit einem sowjetischen Kosmonauten einen Flug im Raumschiff „Sojus“ unternehmen.

Am 9. und 10. Juni fand in Essen der SPD-Parteitag statt, auf dem ein Wahlprogramm verabschiedet wurde, in dem es heißt, daß es zur Politik der Entspannung keine vernünftige Alternative gibt. Die Sozialdemokraten sprechen sich insbesondere für die Weiterentwicklung der Beziehungen des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern aus.

In Oslo fand eine Bürotagung der Sozialistischen Internationale (SI) statt, an der etwa 100 führende Politiker sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien aus fast 30 Ländern teilnahmen.

Im Schlußkommuniqué betonten die Tagungsteilnehmer, daß die Anstrengungen zur Fortführung des Ost-West-Dialogs, zur Begrenzung des Waffentrüstens verstärkt werden müssen. Im Kommuniqué wird zur Ratifizierung des SALT-II-Vertrages aufgerufen. Das St-Büro bewertet den bevorstehenden Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Sowjetunion als weiteren Schritt zum Abbau der Spannungen.



Im Westjordanland und im Gazastreifen kam es zu Massendemonstrationen der arabischen Bevölkerung gegen die Willkür der israelischen Behörden. Die Besatzer reagierten darauf mit Großrazzien und einer Verhaftungswelle in den arabischen Stadtvierteln. TASS-Foto: Israelische Soldaten blockieren eine Straße in einem Vorort von El Khalil

Am 12. und 13. Juni tagte in Venedig der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs der neun EG-Länder. Die auf der Tagung verabschiedete Nahost-erklärung sieht nur die Bildung einer Sondermission der EG-Länder für Konsultationen und Kontakte mit allen Nahoststaaten und anderen interessierten Ländern vor. Es wurde anerkannt, daß die Nahostkrise nicht gelöst werden kann, ohne daß „das palästinensische Volk vollständig von seinem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machen kann“, und daß die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in die Verhandlungen einbezogen werden muß. Doch die EG wich einer formellen Anerkennung der PLO aus. Einen Tag später wurde bei einer sogenannten freien Diskussion die „Afghanistanfrage“ auf die Tagesordnung gesetzt. So beugten sich die EG-Führer dem Washingtoner Diktat.

Am 9. und 10. Juni fand in Algier die 57. OPEC-Konferenz auf Ministerebene statt (siehe S. 13).

Die Volksbefreiungskräfte Angolas führten einige erfolgreiche Operationen durch, um die Provinzen Benguela, Bié, Cuanza Sul und Huambo von Banditen der Marionettengruppierung UNITA zu säubern. 606 Söldner wurden getötet, an die 200 gefangen genommen, viele

Waffen, Munition und Sprengstoff erbeutet und 46 UNITA-Stützpunkte, wo Verräter des angolanischen Volkes unter unerträglichen Bedingungen mehr als 11 000 friedliche Einwohner gefangen gehalten hatten, beseitigt.

Einheiten der revolutionären äthiopischen Armee und Trupps der Volksmiliz zerschlugen Einheiten der regulären somalischen Armee von Brigadenstärke, die Ende Mai auf äthiopisches Territorium bei Jijiga eingedrungen waren.

Die Präsidentin Boliviens, Lidia Gueiler, wies die Forderung der Streitkräfte zurück, die auf den 29. Juni angesetzten allgemeinen Wahlen zu verschieben.

Vom 5. bis 10. Juni stattete der Präsident Argentiniens, Jorge Rafael Videla, China einen offiziellen Besuch ab. Er weigerte sich, ein von Hua Guofeng, dem Premier des Staatsrates der VR China, vorgelegtes gemeinsames politisches Dokument mit antisowjetischen Ausfällen zu unterschreiben. Diese Weigerung erklärt sich der argentinischen Zeitung „Clarín“ zufolge damit, daß sich „die Haltung Argentiniens in einigen Fragen, insbesondere, was die Sowjetunion angeht, nicht mit der Position Chinas deckt“.

Am 12. Juni starb der Generalsekretär der KP Argentiniens, Jerónimo Arnedo Álvarez, in Buenos Aires. Das ZK der KPdSU richtete ein Kondolenzschreiben an das ZK der KP Argentiniens.

Am 12. Juni starb der Ministerpräsident Japans, Masayoshi Ohira. Der Generalsekretär des Kabinetts, Masayoshi Ito, wurde amtierender Ministerpräsident. Laut Verfassung ist die Regierung zurückgetreten, doch übt sie ihre Funktionen bis zur Ernennung des neuen Ministerpräsidenten auf der Sondersitzung des Parlaments nach den Unter- und Oberhauswahlen am 22. Juni aus.



Die US-Administration forciert die Kriegsvorbereitung. In den kommenden fünf Jahren wird der Boeing-Rüstungskonzern im Auftrag des Pentagon mehr als 3000 Cruise Missiles produzieren. Unser Bild: Test einer bodengestützten Cruise Missile auf einem Versuchsgelände im US-Staat Utah

Foto: AP-TASS

Im Dokumentarbericht „Berliner Finale“ (NZ 18, 19/1980) entlarvt Lew Besymenski überzeugend die hinterhältigen Pläne, die führende Politiker der USA und Großbritanniens in der letzten Kriegssphase gegen die UdSSR schmiedeten. Ich als Kriegsteilnehmer bin darüber zutiefst empört! Wir haben ja gesehen, wie die westlichen Verbündeten die Eröffnung der zweiten Front in Europa hinauszögerten. Doch trotzdem haben wir Soldaten viel von dem, was Historiker und Journalisten jetzt darlegen, nicht gewußt. Wir dachten nicht, daß die Verbündeten den Dolch im Gewand trugen und uns zusammen mit den Nazitruppen überfallen wollten. Die Entwicklung im Frühjahr 1945 zwang die Alliierten, ihre antisowjetischen Pläne vorübergehend zurückzustellen, doch haben sie diese nicht aufgegeben — wie die Versuche des Imperialismus zeigen, die Entspannung zunichte zu machen und die Rüstungsschraube immer mehr anzuziehen. Doch die USA können Europa und anderen Kontinenten nicht mehr ihren Willen aufzwingen.

P. DEMAKOW
Gebiet Moskau, RSFSR

Seit wann haben denn die USA die Rolle eines Verteidigers des Islam übernommen? Unterstützen sie ja mehr als 30 Jahre die zionistische Expansion, die Annexion arabischer Gebiete durch Israel. Wenn Washington tatsächlich Sympathien für die Moslems empfinden würde, hätte es schon lange die gerechte Sache der Palästinenser anerkennen müssen.

Hussein HASHIM HUSSEIN
Aden, VDRJ

Die Aufrufe Washingtons zum Olympiaboykott und die Einmischung von Politikern in den Sport sind nur zu bedauern. Besonders jetzt, da es so dringend notwendig ist, das internationale Klima zu verbessern. Die Olympischen Spiele führen nicht nur die Jugend der Welt zu neuen sportlichen Rekorden, sie tragen auch zu einer besseren Verständigung aller Menschen im Geiste der friedlichen Koexistenz bei.

S. T. ARASU
Trincomalee, Sri Lanka

GARANTIE FÜR DIE NICHTNUKLEARSTAATEN

Konstantin JURIN

In letzter Zeit bekunden viele Nichtnuklearstaaten immer häufiger Sorge um ihre Sicherheit. Und dafür gibt es gewichtige Gründe. Unter Bedingungen, da riesige Arsenale von Massenvernichtungswaffen angehäuft sind und ständig neue und immer verheerendere Systeme hinzukommen, da die Welt Rückfälle in gefährliche Spannungen erlebt, die in einen globalen Konflikt hinüberzuwachsen drohen, kann kein Land, kein Volk sich sicher fühlen.

Die Staaten, die auf die Produktion und den Erwerb von Atomwaffen verzichten und deren Stationierung auf ihrem Territorium nicht zulassen, sind in einer besonderen Lage.

Gibt es nun Garantien, die die Sicherheit der Nichtnuklearstaaten schützen? Ja, sie finden sich z. B. in der Resolution Nr. 255 des UNO-Sicherheitsrates vom 19. Juni 1968. Diese Resolution, für die die UdSSR, die USA und Großbritannien gestimmt haben, sieht vor, daß der Sicherheitsrat, vor allem seine ständigen Mitglieder, bei einem Angriff mit Atomwaffen oder bei der Drohung mit einem solchen auf Nichtnuklearstaaten unverzüglich Maßnahmen gemäß der UNO-Charta ergreifen müssen.

Ferner gibt es „negative“ Garantien. Dabei verpflichten sich die Atomkräfte, keine Kernwaffen gegen Staaten, die über solche Waffen nicht verfügen, einzusetzen. 1978 erklärte die Sowjetunion als erste Atomkraft, sie werde nie Kernwaffen gegen jene Staaten einsetzen, die auf die Produktion und den Erwerb solcher Waffen verzichten und diese nicht auf ihrem Territorium haben. Überdies bekundete die UdSSR ihre Bereitschaft, entsprechende Sonderabkommen mit jedem dieser Staaten zu schließen, und rief die anderen Atomkräfte auf, ihrem Beispiel zu folgen.

Die Garantien, die auf den Möglichkeiten der UNO sowie auf einseitigen Erklärungen der Atomkräfte basieren, wurden von den Nichtnuklearstaaten positiv aufgenommen. Zugleich meinen einige von ihnen, die bestehenden Garantien seien nicht wirksam genug, da etliche nicht in die Form einer abgestimmten völkerrechtlichen Ver-

pflichtung gekleidet sind und von Vorbehalten flankiert werden, die deren Wert schmälern.

Die UdSSR hat Verständnis dafür, daß die Nichtnuklearländer ihre Sicherheit festigen wollen. Sie meint, daß dieses Streben Teil des umfassenderen Problems der Festigung des Friedens und der Zügelung des atomaren Wettrüstens ist. Natürlich wäre eine Vereinbarung über den Produktionsstopp von Atomwaffen und einen allmählichen Abbau ihrer Arsenale bis hin zu deren vollständiger Vernichtung die wirksamste Lösung. Doch bevor dieses Endziel erreicht wird, dürfen, wie wir meinen, auch weniger radikale Maßnahmen, die dazu beitragen würden, daß die Gefahr eines atomaren Konflikts geringer wird, nicht ausgeschlossen werden.

Dazu gehört die Erarbeitung abgestimmter völkerrechtlicher Dokumente. Bekanntlich erklärte die Sowjetregierung bereits 1966, als der Atomsperrvertrag formuliert wurde, ihre Bereitschaft, in den Vertragsentwurf einen Artikel aufzunehmen, der den Einsatz von Kernwaffen gegen nichtnukleare Signatarstaaten ausschließt. Doch dieser Vorschlag mußte damals wegen der Einwände des Westens aufgegeben werden.

Auf der 33. UNO-Vollversammlung Ende 1978 schlug die UdSSR vor, eine internationale Konvention über die Festigung der Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten zu schließen, und legte einen Konventionsentwurf vor.

Die weitaus meisten UNO-Mitgliedstaaten äußerten sich positiv zu diesem sowjetischen Vorschlag. Zugleich gab es auch andere Haltungen.

Anders als die UdSSR, die Garantien für einen weiten Kreis von Nichtnuklearstaaten vorschlug, traten die USA und Großbritannien dafür auf, solche Garantien nur den Signatarstaaten des Atomsperrvertrags oder entsprechender Abkommen zu geben. Frankreich setzte sich für eine Formel ein, die die Anwendung von oder die Drohung mit Kernwaffen nur gegen die Staaten untersagt, die kernwaffenfreien Zonen angehören. Und bekanntlich gibt es heute nur eine derartige Zone — in

Lateinamerika. China ließ es dabei bewenden, seine abgedroschenen demagogischen Phrasen zu wiederholen, nicht Kernwaffen gegen Nichtnuklearstaaten einzusetzen, ohne irgendwelche konstruktiven praktischen Lösungen zu offerieren. Pakistan präsentierte seinen Entwurf einer internationalen Konvention, dem zufolge die Sicherheitsgarantien nicht auf die Verbündeten der Atomkräfte ausgedehnt werden sollten.

Die USA meinten, es sei „unrealistisch“, internationale verbindliche Garantien abzustimmen. Sie schlugen statt dessen vor, der UNO-Sicherheitsrat solle die früher diesbezüglich abgegebenen einseitigen Erklärungen der Atomkräfte offiziell zur Kenntnis nehmen.

Trotz der Differenzen waren sich alle Atomkräfte im Prinzip einig, daß die Nichtnuklearstaaten zuverlässigere Garantien bekommen müssen.

Jetzt ist die Frage der Garantien eine der wichtigsten Aufgaben des Genfer Abrüstungsausschusses. Eine besondere Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, die den Konventionsentwurf der sozialistischen Länder, besagten pakistanischen Entwurf und den amerikanischen Vorschlag prüft, dem zufolge die UNO-Vollversammlung eine Resolution mit den bereits von den Atomkräften abgegebenen einseitigen Erklärungen verabschieden soll. Die Ausschlußmitglieder erreichten Übereinstimmung darin, daß die so fixierten Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten effektiv und völkerrechtlich verbindlich sein müssen. Eingehend wurde erörtert, welche Länder von Abkommen über „negative“ Garantien erfaßt werden und wie solche Vereinbarungen aussehen sollten. Dabei wurde konstatiert, daß der Vorschlag für eine internationale Konvention im Grunde nicht auf Einwände gestoßen ist.

Die Debatte im Abrüstungsausschuß hat also begonnen, und sie muß intensiviert werden, um das gestellte Ziel schnell zu erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Leider hat in letzter Zeit das Verhandlungstempo spürbar nachgelassen — und zwar wegen der obstruktionistischen Haltung einiger Länder, vor allem der USA

und Chinas. Statt eines konstruktiven Beitrags zur Lösung der anstehenden Aufgaben erschweren diese Staaten die Tätigkeit des Ausschusses, indem sie Prozedurfragen oder andere Probleme zur Erörterung stellen, die nicht in seine Kompetenz fallen. Und so wurden auf seiner Frühjahrstagung die „negativen“ Garantien nicht behandelt. Nach völlig ungerechtfertigten Verzögerungsmanövern erhielt nur die Arbeitsgruppe, in der die eigentlichen Verhandlungen geführt werden, ihr Mandat.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder setzen diesen Versuchen, die Abrüstungsbemühungen zu blockieren, die Entschlossenheit entgegen, sich für die militärische Entspannung einzusetzen und sachliche Gespräche in einem konstruktiven Geist zu führen. Davon zeugen auch die Initiativen, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten am 14. und 15. Mai in der polnischen Hauptstadt ergriffen wurden.

In der dort angenommenen Deklaration bekundeten die sozialistischen Länder unter anderem ihre Bereitschaft, besondere Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten Europas zu bekräftigen. Solche Maßnahmen könnten die Verpflichtung der Atommächte vorsehen, niemals Kernwaffen gegen jene europäischen Staaten — unabhängig von deren Mitgliedschaft in Militärbündnissen — einzusetzen, die nicht über solche Waffen verfügen und die auf ihrem Territorium keine ausländischen Nuklearwaffen haben. Diese Staaten sollen auch eine Garantie dafür bekommen, daß gemäß dem Prinzip der Nichtanwendung und der Nichtandrohung von Gewalt keine anderen Waffen gegen sie eingesetzt werden.

Die Warschauer Vertragsstaaten betonten, daß das bereits Erreichte konsolidiert und weiterentwickelt werden muß. Sie sprachen sich für den schnellstmöglichen Abschluß der Verhandlungen aus, darunter für Garantien an die Nichtnuklearstaaten.

PHAM VAN DONG: VIETNAMS ZWEIFACHE AUFGABE

Pham Van Dong, Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und Ministerpräsident der SRV, empfing in Hanoi unseren Korrespondenten Juri Tawrowski und gab ihm folgendes Interview.



Welches sind heute die wichtigsten Probleme Vietnams?

Gegenwärtig befindet sich Vietnam in einer Lage, in der Frieden und Kriegsgefahr nebeneinander bestehen und jederzeit Feindseligkeiten ausbrechen können. Ganz vor kurzem haben die Peking Expansionisten wieder zynisch gedroht, Vietnam „eine Lektion zu erteilen“. Deshalb lassen die Partei, die Streitkräfte und das ganze Volk nie in ihrer Wachsamkeit nach und sind bereit, in jeder Situation die aggressiven Absichten und Aktionen des Feindes zunichte zu machen.

Neben dem Schutz der Heimat setzt sich unser Volk jetzt ganz dafür ein, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, die Produktion zu steigern, dadurch die Lebensverhältnisse der Werktätigen zu verbessern und die sozialistische Revolution folgerichtig im ganzen Land zu entfalten.

Der richtige Kurs der KPV und der revolutionäre Heroismus der Volksmassen sind eine sichere Gewähr für die Überwindung unserer ersten Schwierigkeiten und für die Erfüllung der zweifachen Aufgabe, den Sozialismus aufzubauen und das Heimatland zu schützen.

Wie stellen Sie sich Vietnam gegen Ende der 80er Jahre vor?

Vor allem möchte ich sagen, daß wir auf die Erfolge unserer Revolution aus den letzten Jahren stolz sind: auf den vollständigen Sieg über die amerikanischen Aggressoren, auf die restlose Befreiung und die Wiedervereinigung des ganzen Landes, auf das Vorwärtsgelangen ganz Vietnams beim sozialistischen Aufbau und auf die Niederlage, die wir der reaktionären Peking Clique beigebracht haben, die, mit dem US-Imperialismus verschworen, einen ersten Expansionsversuch unternahm. Wir sind kein Volk ohne Vaterland mehr, wir sind Herren unseres Landes und unserer Gesellschaft, wir halten das Banner der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Sozialismus fest in unseren Händen und stehen in den ersten Reihen der

fortschrittlichen Menschheit, die für hochsinnige Ideale kämpft. Wir sind überzeugt, daß unser Volk durch Nutzung der riesigen, noch nicht ganz erschlossenen Ressourcen Vietnams, durch seinen Arbeitselan, seine Hingabe und sein Schaffentalent, unterstützt von der UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern, von allen Fortschritt Kräften, bis Ende der 80er Jahre beim sozialistischen Aufbau und beim Schutz seiner Heimat ansehnliche Fortschritte gemacht haben wird.

Wie sehen Sie die Entwicklungsperspektive der vietnamesisch-sowjetischen Beziehungen in den 80er Jahren?

Seit den 20er Jahren, als Genosse Ho Chi Minh, der damals Nguyen Ai Quoc hieß, in Vietnam den Marxismus-Leninismus zu propagieren begann, und später, während der Widerstandskriege gegen die französischen Kolonialisten und die amerikanischen Aggressoren wie auch in den Jahren des sozialistischen Aufbaus brachten die Kommunisten und die Völker Vietnams und der Sowjetunion einander Brüderlichkeit und Kameradschaftlichkeit entgegen und tun es noch jetzt. Diese Beziehungen beruhen auf den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und auf wirklichem proletarischem Internationalismus.

Jetzt, wo die mit dem Imperialismus unter einer Decke steckenden chinesischen Expansionisten und Hegemonisten Vietnam bedrohen, steht uns die UdSSR wie früher in jeder Hinsicht zur Seite. Der Freundschafts- und Beistandsvertrag unserer Länder ist ein glänzendes Kapitel in der Geschichte der vietnamesisch-sowjetischen Beziehungen. Er leitete eine äußerst wichtige Phase der allseitigen Zusammenarbeit unserer Länder ein.

In den 80er Jahren werden Vietnam und die UdSSR bestimmt intensiv in allen Bereichen zusammenarbeiten, werden sie die Früchte ihrer Freundschaft ernten und die engen, aufrichtigen Beziehungen weiter ausbauen.

Wie beurteilen Sie die Lage auf der indochinesischen Halbinsel und in Südostasien überhaupt?

Auf der indochinesischen Halbinsel gehen Vietnam und Laos festen Schritts dem Sozialismus entgegen und kommt Kampuchea in seiner Wiedergeburt und Entwicklung vorwärts. Dank ihren Verträgen miteinander und ihrer Solidarität, die noch nie so eng war, haben die drei Länder ansehnliche Siege beim Aufbau und bei der Verteidigung davongetragen und tun es noch jetzt. Sie steuern zur Wahrung des Friedens und der Stabilität in Südostasien und in der ganzen Welt bei.

Der chinesische Expansionismus und Hegemonismus ist für die Länder Südostasiens eine ständige Bedrohung. Diese unumstößliche Wahrheit wird jetzt immer mehr erkannt. Damit erklärt sich die in letzter Zeit feststellbare Neigung zu einem Dialog zwischen den Ländern Indochinas und denen der ASEAN über eine Verbesserung ihrer Beziehungen zueinander und

über einen Ausbau ihrer Zusammenarbeit. Das liegt im Interesse jedes einzelnen Landes und wäre dem Frieden und der Stabilität in dieser Region förderlich.

Wie sehen Sie die kurz- und langfristigen Absichten Pekings in Südostasien? Unter welchen Umständen wäre eine Normalisierung der vietnamesisch-chinesischen Beziehungen möglich?

Südostasien mit seiner strategischen Bedeutung und seinen reichen Naturschätzen war schon in alten Zeiten ein Expansionsobjekt der chinesischen Feudalherren. Die reaktionäre Gruppierung Pekings ist in das alte Gleise eingeschwenkt. Nachdem die US-Imperialisten aus Indochina abziehen mußten, hielten die Machthaber Chinas den Augenblick für gekommen, ihre Expansionsabsichten in Südostasien auszuführen. Ihre kurz- und langfristigen Pläne zielen alle auf die Expansion ab.

Die Regierung und das Volk der SRV

haben immer gewollt, daß die Beziehungen zwischen Vietnam und China in Verhandlungen geregelt und daß normale zwischenstaatliche Beziehungen sowie die traditionelle enge Freundschaft zwischen den Völkern der beiden Länder wiederhergestellt werden. Aber trotz ihrer schweren Niederlage vom Frühjahr v. J. haben die herrschenden Kreise Chinas ihre Expansionsabsichten auf Vietnam und ihre vietnamfeindliche Politik nicht aufgegeben. Sie sind es, die die Spannungen zwischen den beiden Ländern aufrechterhalten.

Peking muß seine feindselige Politik, die Politik der Kriegsdrohungen und der Druckausübung Vietnam gegenüber einstellen und ernsthaft mit Vietnam verhandeln. Nur so können günstige Voraussetzungen für eine Normalisierung geschaffen werden.

Das Volk Vietnams setzt sich entschlossen dafür ein, es will, unbedingt Frieden, um sein Land aufbauen zu können. Dieser Frieden muß aber auf Unabhängigkeit und Freiheit fußen.

JUGOSLAWIEN

Plenum des ZK des BKJ

Am 12. Juni hat in Belgrad ein Plenum des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens getagt und aktuelle politische und wirtschaftliche sowie organisatorische Fragen erörtert.

Im Hauptreferat bezeichnete es Dragutin Dragoslavac, Sekretär des Präsidiums des ZK des BKJ, als die wichtigste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen mit dem BKJ an der Spitze noch mehr die führende Rolle spielen, die Einheit der Völker Jugoslawiens und die enge Zusammenarbeit mit allen sozialistischen, fortschrittlichen und friedliebenden Kräften konsolidieren.

Er führte aus, daß jetzt einzelne reaktionäre Propagandazentren im Ausland Lügen über die Innen- und Außenpolitik der SFRJ verbreiten und das jugoslawische Volk im Hinblick auf die Zukunft des Landes unsicher machen wollen. Über die jugoslawischen Massenmedien sagte der Redner, daß der BKJ entschlossen den Versuchen entgegenwirken muß, über wichtige weltpolitische Ereignisse unobjektiv und einseitig zu berichten.

Auf dem Plenum erklärte Veselin Djuranović, Mitglied des Präsidiums des ZK des BKJ, Vorsitzender des Bundesexekutivrats, eine innerpolitische Hauptaufgabe sei es, wirtschaftliche Stabilität zu erzielen.

„Es wäre eine Illusion zu glauben, daß man die Probleme größtenteils im laufenden oder im nächsten Jahr lösen kann“, sagte er. „Ebenso wäre es falsch, den Kampf um wirtschaftliche Stabilität auf politische Kampagnen zu reduzieren. Die Ursachen der ungünstigen Tendenzen in der Wirtschaft sowie die ungünstigen weltwirtschaftlichen Verhältnisse bringen einen zu dem Schluß, daß die Aufgaben, die wir uns zur Stabilisierung der Wirtschaft gestellt

haben, im kommenden Planjahrfünft gelöst werden können.“

Das Plenum hat den Arbeitsmodus der leitenden Organe des BKJ bis zu dessen XII. Parteitag bestätigt. Im Statut des BKJ, das der XI. Parteitag (1978) annahm, heißt es, daß Josip Broz Tito auf unbegrenzte Zeit zum Vorsitzenden des BKJ gewählt wurde. Branko Mikulić, Mitglied des Präsidiums des ZK des BKJ, stellte auf dem Plenum fest, daß das Statut keine Bestimmung darüber enthält, welches Organ nach seinem Ableben die Funktionen des BKJ-Vorsitzenden ausüben wird. Um darüber endgültig zu entscheiden, müßte man Änderungen am Statut vornehmen, man könne das aber erst auf dem XII. Parteitag im Jahre 1982.

Das Plenum hat eine Bestimmung für das Statut bestätigt, laut dem zwischen den Parteitag das höchste Organ des BKJ sein Zentralkomitee ist. Damit übernimmt es faktisch die Funktionen des Parteivorsitzenden. Das Plenum hat beschlossen, daß das Präsidium des ZK des BKJ im Auftrag des ZK die ZK-Plenen einberuft und daß diese von einem aus fünf Personen bestehenden Arbeitspräsidium geleitet werden.

Bekanntlich wurde im Präsidium des ZK des BKJ 1978 der Posten eines Vorsitzenden eingeführt, der auf ein Jahr gewählt wird. Voriges Jahr wurde dazu Stevan Doronjski, ein Vertreter der Regionsparteiorganisation der Vojvodina, gewählt.

Dieses Mal beschloß das Plenum die Einführung des Postens eines Präsidialvorsitzenden des ZK der BKJ (anstelle des frei wendenden des Vorsitzenden), der ebenfalls auf ein Jahr gewählt wird. Für dieses Amt ist Stevan Doronjski bestätigt worden. Eine Klausel besagt, daß die Zeit, die er Vorsitzender war, in seine einjährige Amtsdauer eingerechnet wird. Er wird also bis Oktober d. J. Präsidialvorsitzender des ZK des BKJ sein.

W. GAWILEWSKI
Eigenbericht

Belgrad

ANLÄSSLICH EINES INTERVIEWS

Kürzlich brachte das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ein Interview mit Giancarlo Pajetta, Mitglied der Führung der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP, im „Spiegel“ KPI).

In diesem Interview interpretierte Genosse Pajetta inoffiziell die Positionen der IKP zu einigen aktuellen internationalen Fragen. Da die Veröffentlichung dieses Interviews keinerlei Dementis oder Stellungnahmen des Autors auslöste (wir hatten im Grunde auf solche Stellungnahmen gehofft), muß man davon ausgehen, daß der Wortlaut des Interviews die Äußerungen von Genossen Pajetta genau wiedergibt.

Um den Lesern eine objektive Vorstellung davon zu vermitteln, wollen wir einige Fragen des „Spiegel“-Korrespondenten und Antworten von Genossen Pajetta zitieren.

Erste Frage: „Warum hat die KPI nicht an dem Pariser Treffen teilgenommen?“ Antwort: „Weil wir uns keine Fesseln anlegen lassen wollten.“ (?) Hier sorgt die Kürze nicht gerade für besondere Klarheit! Offenbar wurde auch der „Spiegel“-Korrespondent vom gleichen Gefühl beschlichen, da er meinte nachbohren zu müssen. Selbst wenn dieses Treffen wie eine „Propaganda-Veranstaltung für die Sowjets“ aussah, „was mißfällt Ihnen denn an der sowjetischen Abrüstungskampagne? Schließlich haben auch Sie sich gegen die Nachrüstung der Nato gewandt.“

Diesmal folgte eine ausführlichere, doch deshalb nicht überzeugendere Antwort. Urteilen Sie selbst.

„Ganz allgemein halten wir es für widersinnig“, sagte Genosse Pajetta, „wenn die Abrüstungsfrage von ungleichen Partnern diskutiert wird. In den Staaten des Warschauer Paktes sind die Kommunisten an der Regierung und verfügen über Raketen. Wir hier im Westen jedoch sind in der Opposition und haben keine Macht über Raketen.“ Und deshalb, schlußfolgert Genosse Pajetta, hätte sich die IKP mit den Regierungen der Warschauer Vertragsparteien „identifizieren“ müssen.

Schwer zu glauben, daß dies ein italienischer Kommunist sagt. Um so mehr jemand, der als Vertreter seiner Partei wiederholt an Gesprächen und Treffen mit Delegierten der KPdSU als gleichberechtigter Partner, unabhängig vom Vorhandensein oder Fehlen von Raketen bei beiden Seiten, teilnahm, und der erst ganz vor kurzem Gespräche mit

einer Partei führte, die Raketen besitzt. Er hätte sehr wohl wissen sollen, daß es bei dem Treffen in Paris keine ungleichen Partner gab. Dort waren Kommunisten, Gleichgesinnte, gleichberechtigt zusammengekommen, die die gemeinsame Sorge um die Entspannung und den Frieden, das Streben vereinte, die Völker zur Wachsamkeit und zu Aktionen für das wichtigste Hauptrecht des Menschen, das Recht auf Leben, zu rufen.

Die Bruderparteien Europas gingen bei ihrer Entscheidung für die Teilnahme am Pariser Treffen davon aus, es werde dazu beitragen, die Kommunisten selbst wie auch andere gesellschaftliche Kräfte zum Kampf gegen das Wettrüsten zu mobilisieren. Hierbei war natürlich die Rede von ganz Europa — sowohl von den regierenden kommunistischen Parteien als auch von den in den kapitalistischen Ländern wirkenden kommunistischen Parteien.

Doch Genosse Pajetta geht offenbar von einer ganz anderen Logik aus. Seiner Meinung nach ist gegenseitiges Verständnis zwischen regierenden und nichtregierenden kommunistischen Parteien ein Ding der Unmöglichkeit, da die einen Raketen haben, die anderen nicht. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, was denn da zu tun sei. Sollen etwa die nicht in der Regierung stehenden Parteien irgendwo Atomraketen ergattern, um auf gleicher Ebene mit der KPdSU zu diskutieren, oder soll etwa die Sowjetunion auf die Stärkung ihrer Verteidigung verzichten, um gemeinsam mit den nichtregierenden Parteien für Frieden und Entspannung in aller Welt kämpfen zu können?

Genossen Pajettas Überlegungen verwirrten offenbar den Journalisten, der dann fragte: „Warum haben Sie dann nicht trotzdem in Paris Ihre Meinung gesagt? Sonst erklärt doch die KPI immer: Wir reden mit allen und sagen offen unsere Meinung. Gilt dieser Grundsatz nicht mehr?“

Der Korrespondent hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Die italienischen Genossen lassen ja ständig verlauten, man müsse jede Möglichkeit für einen Meinungsaustausch, für die Darlegung der eigenen Ansichten nutzen. Erst jüngst hatte Genosse Pajetta selbst zur „Rechtfertigung“ der China-Reise einer IKP-Delegation gesagt: „Wir nahmen an, daß Verschiedenartigkeit, volle Selbständigkeit, selbst

Streitfragen und Polemik die Herstellung von Beziehungen, den Erfahrungsaustausch und die Suche nach Berührungspunkten nicht verhindern dürfen.“

Doch offenbar gilt für Genossen Pajetta zweierlei Maß — für Gespräche in Peking und für das Treffen in Paris.

Das Dokument des Pariser Treffens ist allgemein bekannt. Es wurde von den Kommunisten, von der demokratischen Öffentlichkeit Europas und nicht nur Europas interessiert aufgenommen. Der Appell von Paris ist von der ersten bis zur letzten Zeile durchdrungen von der tiefen Treue der Kommunisten zu den Ideen des Friedens und der Entspannung, von dem Streben, mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, mit allen anderen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um diese Lebensfragen zu lösen.

Die verschwommenen Äußerungen Genossen Pajettas über die Gründe der Zuspitzung der Weltlage ließen den „Spiegel“-Korrespondenten erklären: „Fassen wir zusammen: Sie geben sich sehr nachsichtig gegenüber den Nachrüstungsplänen der Nato. Ihre Fraktion im römischen Abgeordnetenhaus stimmte sogar einer pro-atlantischen Resolution zu. Sie haben die Sowjet-Invasion in Afghanistan verurteilt und die Teilnahme an der ... KP-Konferenz in Paris abgelehnt. Und jetzt sind Sie auch noch zu den Erzfeinden der Sowjet-Union nach Peking gereist, um Versöhnung zu feiern. Offenbar hat sich die KPI gewandelt.“

Darauf antwortete Genosse Pajetta, die China-Reise der IKP-Delegation stehe vielmehr im Zusammenhang mit „unserer neuen Strategie der internationalen Verständigung“. Was für eine „neue Strategie“ Genosse Pajetta im Auge hat, kann der Leser selber beurteilen, wenn er die Tatsachen analysiert.

In Paris haben die Kommunisten Europas zu einem breiten Zusammenschluß aller Kräfte für den Kampf um Frieden und Entspannung aufgerufen. Aus Peking kommen Aufrufe, die Kampagnen gegen die Entspannung zu verstärken, um Konfrontation und Haß zwischen den Völkern zu schüren. Die chinesische Führung appelliert an die USA, bereit zu sein, „einige Kriege in verschiedenen Regionen“ zu führen, und belehrt die westlichen Regierungen, wie diese besser die „Schädlichkeit“ der sowjetischen Vorschläge und Initiativen zur Konsolidierung der Entspannung erkennen können. Sie tut alles, um die Sowjetunion und die USA in einen

thermonuklearen Krieg zu entwickeln, wobei sie hofft, selbst von ihm nicht erfaßt zu werden.

In Paris ging es um die Beendigung des Wettrüstens, und alle sieben dort verkündeten Kampfziele sind darauf gerichtet. Peking hingegen setzt sich unermüdlich für die Verstärkung des Wettrüstens, für die Forcierung der Rüstung der USA und der NATO ein und giert selbst nach modernsten Waffen. Das imponiert durchaus den USA und deren Verbündeten, die in letzter Zeit zur Militarisierung Chinas beitragen und ihm Rüstungsgüter liefern.

Die Teilnehmer des Treffens von Paris forderten, Sicherheit, Souveränität und Unabhängigkeit aller Länder zu verteidigen. China hingegen erhebt Gebietsansprüche an Nachbarländer und maßt sich das absurde Recht an, diese „zu bestrafen“, wenn deren Politik ihm nicht zusagt. Peking verübt weiterhin bewaffnete Provokationen gegen Vietnam und mischt sich ständig in die inneren Angelegenheiten von Laos, Kampuchea, Burma und Indien ein. Es ruft dazu auf, die bewaffnete Einmischung des Imperialismus und der Reaktion in die inneren Angelegenheiten Afghanistans zu verstärken, und beteiligt sich selbst aktiv an Operationen gegen die DR Afghanistan.

So sieht die Politik Pekings aus, wie sie die ganze Welt kennt. Doch Genosse Pajetta will davon anscheinend nichts wissen. „Ganz abgesehen von der Politik — diese“ (d. h. die chinesischen) „Kommunisten sind wirkliche Kerle.“ Was würden wohl Frauen, Kinder und Greise im Nordosten Vietnams, die die „wirklichen Kerle“ bei sich sozusagen „am Werk“ gesehen haben, dazu sagen? Und ist Genosse Pajetta schon lange so nachsichtig gegenüber „wirklichen Kerlen“, unabhängig von deren Politik?

Die chinesischen Zeremonien Giancarlo Pajettas gegenüber den „wirklichen Kerlen“ in Peking stehen übrigens in scharfem Gegensatz zu der Unverfrorenheit, mit der er seine Worte wählt, wenn er von den Teilnehmern des Pariser Treffens spricht.

Aus Genossen Pajettas Interview wird seine eigentliche Position deutlich. „In welchen Sachfragen kam es zu einer Verständigung?“, fragte ihn der Journalist. Sie haben uns erlaubt, „im chinesischen Fernsehen und an der Pekinger Universität über unsere Außenpolitik zu reden“, suchte Genosse Pajetta auszuweichen. Das sind Fortschritte. „Waren es die einzigen?“ bohrte der Interviewer nach. „Zum Beispiel gehen die Chinesen mit uns einig,

daß die Unabhängigkeit der einzelnen KPs, aber auch die Bewegung der Blockfreien gefördert werden muß“, fuhr Genosse Pajetta fort.

Groß ist der Fortschritt nicht zu nennen! Tatsächlich wäre es ein großer Erfolg, wenn es der IKP-Delegation bei den Gesprächen in Peking gelungen wäre, eine gemeinsame Sprache mit der Führung der KPCh zu solchen Grundfragen der Gegenwart zu finden wie dem Kampf für Sozialismus, für Frieden und Entspannung, für die nationale und soziale Befreiung der Völker. Gegenseitiges Verständnis aber ausschließlich bei Hervorhebung der „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ jeder Partei ohne Hinweis darauf, wofür diese „Unabhängigkeit“ und diese „Selbständigkeit“ benutzt werden, ist wohl kaum ein Erfolg. Und hierbei beziehen sich die „Selbständigkeit“ und die „Unabhängigkeit“ nicht inhaltlich auf die Politik der Partei, nicht auf deren politisch-ideologische Positionen im Klassenkampf, sondern nur auf Form und Methoden ihrer Beziehungen zu anderen Parteien.

„In gewisser Hinsicht stellten wir sogar Gemeinsamkeiten in der Beurteilung des Kampfes für den Frieden fest“, beharrte Genosse Pajetta.

Doch trotz aller Versuche des Journalisten, zu klären, worin denn diese Gemeinsamkeiten in den Positionen der chinesischen und der italienischen Kommunisten bestehen, vermochte Genosse Pajetta keine überzeugende Antwort zu geben. „Haben Sie etwa die Lösung Pekings über die Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkriegs übernommen — oder konnten Sie den Chinesen diese gar ausreden?“

„Weder noch“, antwortete Genosse Pajetta. „Die Chinesen sagten: Der Dritte Weltkrieg ist unvermeidlich...“

Worin liegt denn nun die Gemeinsamkeit der Einschätzungen des Friedenskampfes von IKP und KPCh? Die IKP will ihrer Führung zufolge eine breite Front der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts schaffen. Die chinesische Führung hingegen hat offen Kurs auf die Militarisierung der Wirtschaft des Landes und auf die Vorbereitung eines Krieges genommen. Die IKP-Führung wendet sich dagegen, daß die Sowjetunion als Feind Nr. 1 proklamiert wird. Die Pekinger Führung aber verhehlt nicht ihre Absicht, eine antisowjetische Einheitsfront zu schaffen, vor allem mit dem US-Imperialismus. Daß die IKP-Delegation in Peking der chinesischen Führung hierin nicht zustimmte, hat keineswegs

deren Einstellung verändert. Überdies wurde der Kurs der chinesischen Führung gegenüber der Sowjetunion nach der Abreise der italienischen Genossen aus Peking spürbar härter. Deng Xiaoping bezichtigte z. B. nach einer gewissen Pause erneut die Sowjetunion des ... „Sozialimperialismus“.

Genosse Pajetta ist in seinem Interview offenbar diesen chinesischen Positionen entgegengekommen, indem er versuchte, unserem Land ein frei erfundenes, dem Wesen und der Logik der sowjetischen Außenpolitik widersprechendes „Annexionsstreben“ zu unterstellen. Wohl bekannt ist, daß derartige Absichten dem Sowjetvolk, dem Sowjetstaat völlig fern liegen.

Wie dem auch sei — der „Spiegel“-Korrespondent zweifelt mit Recht nicht daran, daß „Pekings Politik gegenüber der Dritten Welt ... darauf zielt, eine antisowjetische Einheitsfront herzustellen, und das wollen Sie doch keineswegs“.

„Nun, gewisse Unterschiede bleiben eben bestehen“, stimmte Genosse Pajetta zu.

„Nicht nur Unterschiede, sondern auch Gegensätze, sogar in der Europapolitik“, hakte der Korrespondent ein. „Hua Kuo-feng und Teng begeistern sich für jeden, der antisowjetisch ist, z. B. Franz Josef Strauß, den die KPI zu Ihren Erzfeinden zählt... Tatsache bleibt vorerst, daß in Westeuropa die KP Chinas der Freund Ihrer Feinde ist. Peking plädiert für eine starke Nato, lobt Frau Thatcher und die CSU. Ihre Kampagne der Verständigung halten doch die Chinesen für eine naive Flower-Power-Aktion.“

„Viele Meinungen und Urteile haben sich schon geändert...“ antwortete Genosse Pajetta. Was wollte er damit sagen? Daß er die Möglichkeit sieht, daß die Kommunisten überhaupt — oder seine Partei im besonderen — ihre Meinung ändern, daß Strauß ein Sowjetfeind ist? Oder geht es um eine mögliche Revision der Haltung gegenüber anderen imperialistischen Kräften?

Die Welt von heute ist vom erbitterten Kampf zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion, des Sozialismus und des Imperialismus, der Entspannung, des Friedens und des Krieges, der Aggression gekennzeichnet. Auf welcher Seite steht Genosse Pajetta in diesem Kampf? Sein Interview für den „Spiegel“ zeigt, daß der Autor weit davon entfernt ist, die Position des Friedens und des Sozialismus zu verteidigen. Und das kann man nur mit Erstaunen und tiefem Bedauern registrieren.

STAFFEL DES FRIEDENS UND STAFFEL DES MILITARISMUS

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Die Bundestagsdebatte hatte eigentlich ein ganz anderes Thema. Ursprünglich war es die Vorlage eines Änderungsantrags zum Gesetz über Demonstrationen gewesen. Die rechtskonservativen Unionsparteien CDU/CSU hatten sich schon lange um Parlamentsbeschlüsse bemüht, die unliebsame Demonstranten beinahe zu Kriminellen abstempeln sollen.

Bald aber kam es zwischen Rednern der Regierungsparteien und solchen der Opposition zu einer Auseinandersetzung über Fragen von Krieg und Frieden. Der Militär-experte der CDU, Manfred Wörner, warf den Sozialdemokraten vor, daß sie die Wehrfähigkeit der Bundesrepublik schwächen und auf die Positionen der 50er Jahre zurückkehren, als die Antwort auf den Appell zur Remilitarisierung lautete: „Ohne mich!“ Bundeskanzler Schmidt parierte mit der Erklärung, die Opposition sei zu einer Friedenspolitik unfähig.

Abgesehen von dem erbitterten Wortgefecht schworen CDU und SPD der NATO ihre Treue und priesen die Bundeswehr als eine Armee, die die Demokratie vor ungerechtfertigten Angriffen bewahre. Die eine wie die andere wettete gegen die „Bremer Krawalle“ — ihretwegen hatte man übrigens das Thema der Debatte gewechselt.

Was war in Bremen vorgegangen? Im Mai waren im dortigen Stadion 1200 Bundeswehrrekruten vereidigt worden. Anwesend waren Bundespräsident Carstens, der Verteidigungsminister, der Oberbürgermeister und die Spitze der Generalität. Die Sache war pompös aufgemacht, die Vereidigung fand am 25. Jahrestag der Aufstellung der Bundeswehr und der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO statt. Die ganze Feier einschließlich der von einer Heereskapelle gespielten Hymne „Preußens Gloria“ war von den Ver-

anstaltern als „Ausdruck deutscher Militärtradition“ gedacht. Dieses militaristische Gehabe ist, wie Reinhard Schultz, der stellvertretende Juso-Vorsitzende, erklärt hat, „eine Provokation für alle Antimilitaristen“. In Bremen demonstrierten 15 000. Die „Deutsche Volkszeitung“ schrieb: „Vielen war der Gedanke schwer erträglich, daß an den 35. Jahrestag der Niederwerfung der Nazidiktatur mit keinem offiziellen Wort erinnert werden sollte und statt dessen der Bundespräsident, die Generalität und hohe Regierungsvertreter darangingen, den Tag der Wiederbewaffnung wie einen Nationalfeiertag zu begehen.“

Hans Dieter Müller, der SPD-Vorsitzende im Unterbezirk Bremen-Ost, erklärte einem Korrespondenten der „Zeit“, warum er und Genossen von ihm offiziell bei den Behörden vorstellig geworden waren, die „Feier“ im Stadion abzusagen. Er stammt aus einer Familie, in der der Vater und vier von den fünf Söhnen aus dem Krieg nicht wiedergekommen sind. Er selbst hat einen 21jährigen Sohn und eine 19jährige Tochter, die ihn andauernd fragen: „Vater, was unternimmt ihr?“

Die Behörden lehnten es ab, die öffentliche Vereidigung im Stadion abzusagen, und Müller nahm zusammen mit seinem Sohn an der Massendemonstration in Bremen teil.

Die friedliche Demonstration wurde durch einen Zwischenfall getrübt. Eine anarchistisch eingestellte Gruppe ließ sich auf Zusammenstöße mit der Polizei ein. Sie warf Brandsatzflaschen und Steine. Verwundet wurden 257 Polizisten und etwa 50 Demonstranten. Alle demokratischen Organisationen distanzieren sich von den Verfechtern von Gewalttaten. Trotzdem wurde der blutige Zwischenfall von den Rechten zum Vorwand genommen, um die antimilitaristische Demonstration zu verunglimpfen.

Das gelang ihnen aber nicht, denn die Demonstration war ja keine Zufallserscheinung, sie hatte ihre Vorgeschichte. In ihr kam die Umwertung von Werten zum Ausdruck, die sich jetzt im Denken der Bundesbürger vollzieht, vergleichbar dem Prozeß von vor einem Jahrzehnt, als sich die meisten Bundesbürger der längst herangereiften Notwendigkeit bewußt wurden, die Beziehungen zu den Nachbarn im Osten zu normalisieren und zur Entspannungspolitik überzugehen.

Diese Politik zeitigte große Erfolge, hatte aber auch Rückschläge. Doch ist sie ins politische Leben der Bundesrepublik eingegangen, und so sehr, daß man sich daran gewöhnte, sie als unwiderrufliche Gegebenheit anzusehen. Jetzt, zu Anfang der 80er Jahre, wo die Entspannung wieder gefährdet ist, sind sich die Menschen sehr deutlich bewußt geworden, was ihnen das friedliche Leben bedeutet, und machen sich darüber Gedanken, von wo die Bedrohung ausgeht. „Vom Osten!“ heißt es in der Presse, in zahlreichen TV-Sendungen und Rundfunkcommentaren. Diese falsche Adresse nehmen ihnen aber durchaus nicht alle ab.

Nach Aachen an der belgischen Grenze reiste ich auf Einladung der Jungsozialisten. Ich sollte über die Abrüstungsbemühungen der UdSSR berichten. Ich fand, daß zu dieser Einladung jetzt, wo die antisowjetische Kampagne der Massenmedien öfter in eine Hysterie ausartet, Zivilcourage gehört. Noch mehr aber beeindruckte mich das brennende Interesse der jungen Aachener und ihr energischer Versuch, ihre Mitbürger zu aktiver Teilnahme am Friedenskampf zu veranlassen.

Die jungen Friedenskämpfer beurteilen oft die Situation viel nüchterner als Berufspolitiker. Hier ein typischer Gedankengang, den ich dem Flugblatt entnommen habe, das Kurt Heiler, der Veranstalter des Treffens und Leiter des von den Jusos in Aachen gegründeten Arbeitskreises „Frieden und Abrüstung“, verfaßt hat, „Jahrelang schien es gut zu gehen. Wir haben von der Entspannungspolitik profitiert. Die Konzerne profitierten vom Osthandel und die Rüstungskonzerne von der Hochrüstung. Hat denn keiner sehen wollen, daß beides gleichzeitig sich ausschließt — Hochrüstung und Entspannung. Jahrelang konnten diese Widersprüche übertrücht werden. Jetzt haben wir den Salat. Nicht Afghanistan oder der Iran haben die Entspannungspolitik torpediert. Das Langzeitprogramm der NATO und der Beschluß, neue Mittelstreckenwaffen in unserem Land zu stationieren — das war lange vor Iran und Afghanistan.“

WER IGNORIERT DIE REALITÄTEN?

Die pakistanische Regierung von General Zia-ul-Haq hat die Friedensinitiative Kabuls von Mitte Mai [siehe NZ 21,80] mit der „Begründung“ abgelehnt, daß die afghanischen Vorschläge für Verhandlungen mit dem Iran und mit Pakistan „nicht die bestehenden Realitäten“ berücksichtigten. Das erklärte ein Sprecher des pakistanischen Außenministeriums, wobei er ergänzend sagte, sein Ministerium verzichte auf jegliche „offizielle Kontakte“ mit der Regierung der DR Afghanistan.

Danach dürfte endgültig klar sein, wer die „bestehenden Realitäten“ nicht nur ignoriert, sondern diese auch gewaltsam zu verändern sucht.

Die Regierung Babrak Karmal in Afghanistan ist ebenso eine Realität wie die Aprilrevolution von 1978. Man kann die Ideale der Aprilrevolution teilen und die Politik der afghanischen Führung unterstützen — oder auch nicht. Das ist eine Frage des Klassenstandpunktes. Doch gefährlich ist es, den Frieden in der Region von inneren Veränderungen in dem einen oder anderen Land abhängig zu machen. Damit eine politische Regelung der Lage um Afghanistan in die Wege geleitet werden kann, ist nur guter Wille nötig.

Islamabad hat guten Willen nicht demonstriert und so einen großen Fehler begangen. Braucht doch Pakistan den Frieden genauso wie seine Nachbarn. Und natürlich ist Pakistan keineswegs daran interessiert, daß es noch stärker in der Region isoliert wird — besonders angesichts der immer akuter werdenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und natürlich ethnischen Probleme, mit denen das Land konfrontiert wird. Nicht von ungefähr zieht das Militärregime Zia-ul-Haq die Schrauben immer fester...

Bei den politischen Spitzen Islamabad sind jetzt Überlegungen modisch geworden, die Zusammenarbeit mit Peking sei eine Art Allheilmittel gegen alle Gefahren und Schwierigkeiten. Doch dieses Allheilmittel ist eher ein Gift. Die Weigerung, die afghanischen Vorschläge zu akzeptieren, zeigt ein weiteres Mal, daß Islamabad eine obstruktionistische Haltung im Interesse seiner Peking- und Washingtoner Beschützer eingenommen hat, d. h. jener Kreise, die ganz offen bekunden, den Spannungsherd um Afghanistan beibehalten und hierfür vom Sprungbrett Pakistan Gebrauch machen zu wollen.

D. ANTONOW

Leitungen der führenden bundesdeutschen Parteien sichtlich nicht unbemerkt bleibt. Auf dem kürzlichen SPD-Parteitag sah sich Helmut Schmidt, der auch Vizevorsitzender der SPD ist, in seiner Programmrede genötigt, zu bestätigen, daß die meisten Bundesbürger für die Entspannung- und Friedenspolitik sind. Er nahm für das Fortdauern der Entspannungspolitik Stellung und nannte eine Begrenzung oder — noch besser — einen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen durch Ost-West-Verhandlungen die wichtigste Aufgabe.

Die Propagandisten der CDU haben versucht, die Aufrufe der SPD zur Fortsetzung der Entspannungspolitik als Verrat an der NATO hinzustellen. Sie wollen sogar eine Moskauer Fraktion in der SPD-Führung entdeckt haben und begreifen nicht, daß ihr innerpolitischer Gegner nicht daran denkt, wie er anderen, noch dazu Moskau, Dienste leisten könnte, sondern daß er andere Sorgen hat: wie er sich seine Positionen und sein Ansehen bei der Öffentlichkeit bewahren, drastischer gesagt, wie er sich über Wasser halten soll.

Neulich hat auch Bundesaußenminister Genscher den Rechten eine Abfuhr erteilt. Er sagte, die Verträge im Rahmen der Entspannungspolitik seien keine Einbahnstraße, sondern ausgewogene Vereinbarungen, an deren Fortbestehen beide Seiten interessiert seien. Genscher sprach in Freiburg auf dem Parteitag der FDP als deren Vorsitzender. Es war die Programmrede. Er erinnerte diejenigen, die die ungenuten Zeiten Bundeskanzler Adenauers zurücksehen, daran, daß kein Volk unter einem Rückfall in den kalten Krieg mehr als das deutsche Volk zu leiden hätte. Man könnte keinen Konflikt in einem anderen Erdteil auch nur um einen Schritt seiner Beilegung näher bringen, wenn man in Europa so leichtsinnig wäre, einen kalten Krieg anzufangen.

Schmidt und Genscher haben erklärt, daß sie ihrem Besuch in der UdSSR Bedeutung beimessen, und Schmidt hat gesagt, mit diesem Besuch müßten sie, sei es auch nur ein Scherflein, zur Gewährleistung des Friedens beisteuern.

Die meisten Bundesbürger sehen den sowjetisch-bundesdeutschen Verhandlungen mit Interesse und Hoffnung entgegen. Gipfeltreffen waren ja immer vertrauensfördernd und gaben der Entspannung einen neuen Impuls.

Bonn

Ein neuer Denimpuls für die Bundesbürger war der 35. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland. Die demokratischen Kräfte begingen ihn mit einer Friedenswoche. Eine Hauptveranstaltung, ein Kongreß „35. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg“, fand im Mai in Mannheim statt.

Schon in einer Anfahrtsstraße zum Zentrum hielt uns ein Polizist an und leitete unseren Wagen um, denn der riesige Platz vor dem Lokal Rosengarten konnte die 20 000 Teilnehmer der Kundgebung vor dem Kongreß kaum fassen. Da waren Veteranen des Widerstandes aus den 30er Jahren und ganz junge Menschen, neben den Deutschen Griechen, Chilenen und besonders viele Türken, die das Gros der Gastarbeiter in der Bundesrepublik bilden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Geistliche — alle einte der Gedanke auf dem Spruchband über dem Rednerpult: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“.

Die ganze Kundgebung und der Kongreß wurden als Staffellauf der Generationen für Frieden aufgefaßt. Der 88jährige Pastor Martin Niemöller wurde am Rednerpult von einem führenden Juso, Georg Hundt, und dieser von dem ebenfalls jungen Fritz Karg, dem Mannheimer DGB-Vorsitzenden, abgelöst. Prof. Wolfgang Abendroth hat die Aufgabe so formuliert: „Die Massen rechtzeitig für den Widerstand zu gewinnen, ist die Verpflichtung, die uns allen der 8. Mai 1945 auferlegt.“

Alle aufrechten Bundesbürger schenken dieser Tage den konstruktiven Schritten des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten besondere Aufmerksamkeit, Schritten, mit denen die Gefahr eines Wiederaufblühens des kalten Krieges gebannt und das Vertrauen der Staaten zueinander gestärkt werden soll. Herbert Mies, der Vorsitzende der DKP, sagte: „Die Regierung unseres Landes sollte das große Angebot zur Sicherung des Friedens, das von der Tagung der Warschauer Paktstaaten unterbreitet worden ist, positiv aufgreifen. Es wäre gut für den Frieden und die Sicherheit unseres Landes, wenn — wie es die Warschauer Vertragsstaaten vorschlagen — es in nächster Zeit ein Treffen auf höchster Ebene zwischen den führenden Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt gäbe, ein Treffen, in dessen Mittelpunkt die Beseitigung der internationalen Spannungsherde zu stehen hätte, um so einen Krieg zu verhindern.“

Die Öffentlichkeit bringt ihre Antikriegseinstellung jetzt derart nachdrücklich vor, daß es bei den

MINIWAHLEN UND GROSSE POLITIK

Dieser Tage ist es in den meisten Gebieten Indiens stickig heiß. Mittags steigt die Quecksilbersäule nicht selten auf 45° C. Die extremen Temperaturen scheinen auch den Ende Mai abgehaltenen außertourlichen Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen von neun Bundesstaaten ihr Gepräge gegeben zu haben — Uttar Pradesh, Bihar, Orissa, Punjab, Madhya Pradesh, Rajasthan, Gujarat, Maharashtra und Tamil Nadu. Obwohl die Wahllokale lange geöffnet waren, vor den Eingängen Sonnendächer hatten und obwohl immer frisches Trinkwasser zur Verfügung stand, erschienen nicht einmal die Hälfte der 245 Millionen in die Wählerlisten Eingetragenen an den Urnen.

Die Legislativen der neun Staaten waren durch Präsidentenerlaß im Februar aufgelöst worden. Als Begründung wurde angegeben, daß die dort am Ruder befindlichen bürgerlichen Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen im Januar schwere Niederlagen erlitten und folglich das Vertrauen der

Bevölkerung eingebüßt hätten. Es sei daran erinnert, daß die von Indira Gandhi geführte Kongreßpartei INC(I) einen beachtlichen Sieg, auch in diesen Staaten, davontrug.

Die Führung der jetzigen Regierungspartei beruft sich auch darauf, daß es ihr schwerfallen wird, einige Wahlversprechungen einzulösen (namentlich die Teuerung einzudämmen und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen), weil für die betreffenden Fragen die Behörden der Bundesstaaten zuständig seien. Und schließlich hatte diese Partei, der indischen Presse zufolge, damit gerechnet, die Situation im Rat der Staaten (Oberhaus) ändern zu können, dessen Mitglieder von Abgeordneten der Bundeslegislativen gewählt werden. Im Oberhaus ist die INC(I) mit 88 von den 244 Sitzen vorläufig noch in der Minorität. Im April lief die Amtsdauer eines Teils des Oberhauses ab. Die 50 frei werdenden Sitze sollen mit Vertretern gerade dieser neun Bundessta-

ten besetzt werden, in denen jetzt Wahlen abgehalten worden sind.

Indische Kommentatoren sagten einen durchschlagenden Erfolg der Regierungspartei voraus, vor allem infolge der Uneinigkeit der bürgerlichen Opposition. Die Janata-Partei, die 1977 bei den Parlamentswahlen siegte, fing schon Mitte v. J. an, sich zu spalten. Ihr Zerfall war rapide und dauert noch an. Die dabei entstandenen Gruppierungen konnten keine gemeinsame Sprache finden und nicht geschlossen gegen die INC(I) vorgehen. Ja, sie konnten sich nicht einmal darauf einigen, in den Wahlkreisen nicht miteinander zu konkurrieren.

Wie erwartet, gewann also die INC(I) die Oberhand, sie bekam in acht der neun Staaten eine absolute Parlamentsmehrheit. Nur in dem südlichen Tamil Nadu (Hauptstadt Madras) siegte der Block unter der Lokalpartei Anna Dravida Munnetra Kazhagam (ADMK). Ihn hatten die Kommunistische Partei Indiens (KPI) und die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten) — (KPI-M) — unterstützt. Wie bereits im Januar hatten die beiden kommunistischen Parteien auch bei diesen Wahlen eine Einheitsfront gebildet. Dadurch konnten sie wesentlich mehr Abgeordnete in die Legislativen dieser Staaten entsenden. Die Wähler hatten sie durch ihren energischen Kampf für die Interessen der Werktätigen, gegen die Reaktion und den religiösen Fanatismus, für die Aktionseinheit der Linken und der demokratischen Kräfte gewonnen. In einer

USA

VORPROGRAMMIERTE „IRRTÜMER“?

Auf einer Karikatur des englischen Zeichners Cummings sieht man ein Gespräch im Himmel. Der mit einem Atompilz hinaufbeförderte US-Präsident erklärt der zugleich mit ihm dorthin gelangten Menschheit: „Meine Herrschaften, ich habe auch nichts davon gewußt, Ehrenwort! Der Sergeant hat sein Steak bloß zu lange an einer Atomrakete gebraten, und das kleine Feuer hat ein großes ausgelöst.“

Am 3. und am 6. Juni gab die Norad (Luftabwehr der USA) „versehentlich“ Atomalarm. Die strategischen Streitkräfte der USA wurden in erhöhte Einsatzbereitschaft gebracht, sie sollten den „Raketenangriff“ der UdSSR abschlagen.

Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, sucht das Pentagon jetzt, die Sache herunterzuspielen. Es betont, daß der „Defekt im Computer“ in „nur“ drei Minuten festgestellt werden konnte. Die Motoren der strategischen Bomber seien zwar angelassen worden, aber kein Flugzeug sei gestartet. Und nun brachte

die Presse neulich ein Schreiben Verteidigungsminister Browns an Senator Hatfield. Er schreibt: „Ich kann Ihnen versichern, daß unser strategisches Kommando- und Kontrollsystem so beschaffen ist, daß es eine Garantie gegen einen Raketenstart auf einen blinden Alarm hin bietet.“

Alle diese Befürwörterungen haben, wie die „New York Times“ schreibt, aber kaum jemanden beruhigt. Vielen fiel ein ähnlicher Fall vor nur sieben Monaten ein. Am 9. November v. J. meldete derselbe Norad-Computer einen sowjetischen Raketenangriff. Damals wurde der falsche Alarm erst nach sechs Minuten abgeblasen, und Abfangjäger stiegen auf. Danach erklärten Vertreter des Pentagons, der Computer sei instand gesetzt worden, und derartige sei „in Zukunft ausgeschlossen“. So etwas hatte man auch schon früher gehört.

Dem Stockholmer Institut für Friedensforschungen (SIPRI) zufolge ist es seit

Kriegsende zu etwa 100 größeren und kleineren, mit US-Kernwaffen zusammenhängenden Zwischenfällen gekommen. Hier seien einige erwähnt, die der Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe brachten.

Im Herbst 1960 meldete eine amerikanische Radarstation in Grönland einen massierten Raketenanschlag der UdSSR. Auf den Alarm starteten strategische Bomber der USA. Vor einem Befehl, Kampfhandlungen zu beschließen, wurde in Washington, die Meldung nachzuprüfen. Die Verbindung mit Grönland war gestört. Erst im letzten Augenblick erfuhr man, daß der Alarm falsch gewesen war. Der Radar hatte nicht Raketen, sondern vom Mond reflektierte Radarswellen festgestellt. Die gestörte Verbindung lag an einem Kabelbruch, den ein Eisberg verursacht hatte. Damals fragten sich viele, was geschehen wäre, wenn man die Verbindung mit Grönland nicht so schnell wiederhergestellt hätte.

Ein halbes Jahr danach war in der USA wieder nuklearer Alarm. Fernungsapparate auf Alaska hatten einen Splitter des Beschleunigers eines U.S. Marine-Satelliten für sowjetische Raketen gehalten.

Im Herbst 1961 flogen strategische Bomber der USA 12,5 Minuten lang,

Erklärung des Zentralsekretariats der KPI, die Anfang Juni verbreitet wurde, heißt es: „Unser Aufruf zu dieser Einheit hat bei den Wahlen neuerliche moralische und politische Zustimmung gefunden.“

In Kommentaren zu den Wahlergebnissen schreibt die hiesige Presse, daß sie das Mandat auf die Macht bestätigt haben, das das Volk Indiens bei den Parlamentswahlen vom Januar der Partei Indira Gandhis ausgestellt hatte. Die Wahlen zeigen, daß das Volk an die Verwirklichung der von der INC(I) ausgegebenen Lösungen glaubt, die Einheit des Landes zu garantieren, den Volksmassen ihr Leben zu erleichtern und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Zugleich wird konstatiert, daß für diese Partei etwas weniger Stimmen als im Januar abgegeben wurden. Nach Ansicht hiesiger Kommentatoren kann das die Folge einer gewissen Enttäuschung darüber sein, daß nicht energisch genug gegen die Teuerung und die Spekulationen eingeschritten und auf ein Sinken der Inflationsrate hingewirkt wird. In einer Rede nach den Wahlen betonte Indira Gandhi nicht von ungefähr, ihre Regierung sehe es als ihre Hauptaufgabe an, die Wirtschaft zu stabilisieren und die nötigsten Gebrauchsartikel zu verbilligen. „Aber dazu brauchen wir Zeit“, sagte sie.

S. IRODOW
Eigenbericht

Delhi, im Juni

OPEC

KOMPROMISS IN ALGIER

Am 9./10. Juni tagte in Algier die 57. OPEC-Konferenz. Das war eine weitere Runde in der Auseinandersetzung der Erdöllexportländer mit den kapitalistischen Industriestaaten. Der Westen, der enorme Ölvräte angelegt hat, konnte eine für sich vorteilhafte Situation auf dem kapitalistischen Markt herbeiführen: Das Angebot ist größer als die Nachfrage. Die anschwellende Weltwirtschaftskrise führt ebenfalls zur Abnahme des Ölverbrauchs. Unter diesen Umständen schränken einige OPEC-Länder die Förderung ein. Trotz der vorhandenen Ölüberschüsse gelang es ihnen im Mai, die Preise wieder hinaufzusetzen.

Aber die Differenzen zwischen den einzelnen OPEC-Ländern ließen sie nicht einen Einheitspreis für das Erdöl gleicher Qualität erarbeiten. Saudi-Arabien vertrat den relativ niedrigen Preis von 28 Dollar je Barrel (1 Barrel = 159 l), Algerien, Libyen und Iran setzten den höchsten fest (35–37 Dollar), während Irak dazwischenlag. Seit Ende v. J.

bestehen auf dem Markt mehrere Preise, was die zahlreichen Schieber ausnutzen. Die OPEC-Länder konnten auch nicht eine Verminderung der Ölgewinnung vereinbaren. Kuwait, Libyen, Nigeria, Venezuela und Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) gaben eine Reduzierung bekannt, Saudi-Arabien behielt den bisherigen Stand bei, Irak steigerte die Förderung.

Nach allem zu urteilen, verlief die Konferenz von Algier stürmisch. Gegen den Vorschlag Iraks, einen einheitlichen Grundpreis für das Markteichmaß — das leichte saudische Erdöl — von 32 Dollar je Barrel (230 Dollar je Tonne) festzusetzen, trat vor allem Saudi-Arabien auf. Aber letzten Endes stimmte sein Delegationsleiter, Scheich Yamani, dem Kompromiß zu. Iraks Vorschlag wurde angenommen, allerdings mit der Klausel, daß besseres und günstiger gelegenes Erdöl bis zu 37 Dollar kosten darf.

Der neue Preis nimmt den USA-Teilnehmern der amerikanisch-saudischen Gesellschaft „Aramco“ die Möglichkeit, Milliardenprofite am Weiterverkauf von Erdöl zu überhöhten Preisen zu machen. Um die Pille zu versüßen, erklärte Yamani, Er Riad werde seinen Preis nicht sofort erhöhen.

In der Preisfrage gab Saudi-Arabien, wenigstens formal, nach, lehnte es aber ab, sich an die vereinbarte Linie zu halten, was die Kürzung der gesamten Ölförderung der OPEC-Länder von 1400 Mio t auf 1325 Mio t im Jahr betrifft.

In Algier legte die OPEC erstmalig fest, daß die Erdgaspreise den Erdölpreisen entsprechen müssen.

Zu zwei Fragen wurden keine Beschlüsse gefaßt: über die Ersetzung des Dollars als Verrechnungswährung und über die Anlegung einer Sonderagentur für Entwicklung und Zusammenarbeit der Entwicklungsstaaten mit einem Kapital von 20 Md. Dollar. Gegen beides trat wiederum vor allem Saudi-Arabien auf.

Die Konferenz von Algier hat erneut die Absicht der OPEC vor Augen geführt, ihre Interessen gegen die Westmächte zu verteidigen. Sie ist dazu durchaus imstande: Sie kontrolliert 80% der Vorräte, 64% der Förderung und 90% des Exports von Erdöl auf dem kapitalistischen Markt.

R. ANDREASSIAN

mben auf die UdSSR abzuwerfen. So
el Zeit brauchte man, um einen De-
kt an dem Computer zu entdecken,
r falschen Alarm gegeben hatte.

Mit amerikanischen Bombern kam es
mehreren ernststen Zwischenfällen. Im
uar 1961 stürzte in Nordkarolina ein
gzeug mit einer 24-Megatonnen-H-
mbe ab (sie war 200mal so stark wie
e A-Bombe von Hiroshima). Durch
en glücklichen Zufall explodierte die
mbe nicht. Die Experten stellten fest,
ß fünf Sicherungen ausgefallen waren
d nur die sechste funktioniert hatte.

Allgemein bekannt ist ein Fall vom
uar 1966. Über Palomares (Spanien)
allte ein B-52-Flugzeug mit einer
ftankmaschine zusammen. Der Kom-
ndant des Bombers konnte die Vor-
rtung für das langsame Sinken der
r H-Bomben einschalten und eine
losion verhindern, die nach Berech-
ng von Experten auf einer großen
che in Spanien, Portugal und Frank-
ch alles Leben ausgelöscht hätte.

Verlorengegangene“ amerikanische
nben, außer Kontrolle geratene Ra-
en und Katastrophen von Atom-
ooten konnten nicht nur dem Ort
Geschehens gefährlich werden. Je-
Kernexplosion hätte als Kriegsaus-

bruch aufgefaßt werden und dem miß-
deuteten Angriff hätte ein wirklicher
Gegenschlag folgen können.

Alle diese Fälle zeigen, wie ernst
die Sache mit einem zufälligen Kriegs-
ausbruch ist. Leider „vergisst“ man das
in Washington oft. Der Vorsitzende der
Vereinigten Stabschefs, David Jones, sah
in den kürzlichen Atomalarmen vor al-
lem einen „Beweis für die Bereitschaft
der USA, in wenigen Minuten Kriegs-
drohungen zu beantworten“. Das be-
kräftigt die Äußerung westlicher Exper-
ten, daß die jüngsten „Irrtümer“ des
Computers keine Zufälle gewesen seien.
Hatte man sie ihm etwa eingegeben,
um die Kampfbereitschaft der strategi-
schen US-Streitkräfte nachzuprüfen und
gleichzeitig zu sehen, wie die UdSSR
darauf reagiert?

Im Dezember 1978 sagte Carter: „Das
Wettrüsten steigert die Gefahr eines
entscheidenden Zusammenstoßes, die
Gefahr, daß ein fataler Irrtum, ein tra-
gischer Zufall oder Irrsinnssakt die Welt
in einen Kernkrieg stürzen und das Le-
ben auf Erden vernichten könnte.“ Jetzt
erinnert man sich in Washington immer
seltener an diese Worte. Wird dort
vielleicht deshalb immer öfter nukle-
arer Alarm gegeben?

W. BOIKOW

NEUE SEOULER VARIANTE

Igor SUJEV

„Ein Blutvergießen würde eine Liberalisierung des Regimes in Südkorea für lange Zeit unmöglich machen“, stellt der französische „Monde“ fest und schreibt den Gönnern dieses Regimes aus Übersee ein Streben nach seiner Liberalisierung zu. Dabei kann dieses Gendarmenregime in Seoul aufrechterhalten werden, gerade weil es von Washington gestützt wird. Erreicht wurde das durch einen Wechsel des Aushängeschildes gegen eins mit den Namen einer anderen südkoreanischen Marionette.

„General, Ihr Stichwort!“

Am 31. Mai wurden im Blauen Haus (so in Anlehnung an das Washingtoner Weiße Haus benannt) zwei Zeremonien abgehalten. Im Saal für Pressekonferenzen trat der soeben gebildete 25 Mann starke Nationale Sicherheitsrat zusammen (14 von ihnen sind hohe Offiziere von Heer, Flotte und Luftwaffe). Zugleich begann im Nebenraum die erste Sitzung des sogenannten Ständigen Komitees aus 30 Personen, größtenteils hohen Chargen. Hier führte der 49jährige General Chon Du Hwan, Oberbefehlshaber der Truppen für öffentliche Sicherheit den Vorsitz. Allen Arbeitsausschüssen des Komitees standen natürlich seine Leute vor. So wurde der nach der Niederwerfung des Aufstands in Kwangju gebildeten Militärdiktatur ihre organisatorische Form gegeben.

Der „interimistische Präsident“, Choi Kyu Hah, ist ein Strohmann.

Chon folge offenbar, so schrieb der „Christian Science Monitor“ (USA), „dem Beispiel des Ende v. J. ermordeten Präsidenten Pak Tschung Hi, der 1961 mit einem ganz aus Militärs bestehenden Ausschuss anfang und schließlich 1963 Präsident Südkoreas wurde“. Wir möchten lediglich präzisieren, daß sich der frühere Diktator und Präsident später wiederholt den Platz im Blauen

Haus mit den Stimmen ihm gehorchender Wahlmänner aus dem sogenannten Rat der Nationalen Vereinigung sicherte, der auf parteiloser Grundlage gebildet worden war. Dieses Wahlmännerkollegium ersetzte eigentlich das Parlament, es überließ der Nationalversammlung nur zweitrangige Angelegenheiten. Paks Erbe, General Chon, fing damit an, daß er das Parlament sprengte. Inhaftiert wurden 26 oppositionelle Parlamentarier, darunter Kim Tai Schung, ein Führer der bürgerlichen Opposition, der bei den „Wahlen“ von 1971 Pak um ein Haar besiegt hätte. Kim Young Sam, der Führer der Neuen Demokratischen Partei, sitzt offenbar auch. Selbst Leute von der früheren Regierungspartei, der Demokratisch-Republikanischen, wurden festgenommen, unter ihnen ihr Gründer, Kim Chong Pil (auf Paks Weisung leitete er die Bildung einer südkoreanischen CIA und stand ihr lange vor).

Nach dem Beispiel seines Vorgängers sucht Chon den Nationalen Sicherheitsrat zur Grundlage seines Regimes zu machen. Jetzt hat er ihn durch weitere 108 Generale, Offiziere und ihm zusagende Zivilisten verstärkt. Deshalb braucht er weder das Parlament noch Parteien. Der neue Besen fegt auf die alte Manier. Außerdem sollen die „drei Kims“, wie die „Newsweek“ schon im Dezember 1979 schrieb, zum Kampf um die Präsidentschaft bei den für 1981 versprochenen Wahlen gerüstet haben. Nein, Chon konnte die künftigen Rivalen im Kampf um die Präsidentschaft ganz und gar nicht brauchen. Ihm paßt es durchaus, wie es jetzt ist. Auch sein Lehrmeister Pak befestigte sein Regime ja im Laufe von etwa zwei Jahren (1961–1963) mit Hilfe „interimistischer Präsidenten“, bis er schließlich selbst die unumschränkte Herrschaft antrat. Mit den Wahlen hat es der neue Diktator nicht eilig. Er möchte lieber selbst mit seinen Leuten im Blauen Haus bleiben und die Tyrannei unverändert fortbestehen lassen.

Die „Prinzen“ und das Volk

In Seoul sagt man, daß der elfte Schub von Absolventen der südkoreanischen Militärakademie, der sie 1955 nach vollständigem Lehrgang abschloß, zur Macht gekommen sei (die früheren Jahrgänge wurden nach einem verkürzten Lehrplan ausgebildet). Chon Du Hwan gehörte selbst dazu. Gemeinsam mit seiner Kommilitonen, die in der Armee die Prinzen genannt werden, stellt er eine Generation relativ junger Offiziere dar, die unter Pak schnell Karriere machten. Sie besetzten in der Armee die wichtigsten Kommandoposten. Jetzt hat ihr Anführer seine „Prinzen“ in die Militärregierung einbezogen. „Sie sind streitbare Nationalisten, die viel für ein autoritäres Regime nach Paks Muster übrig haben“, gab ein Korrespondent der Associated Press durch. Drei von ihnen, darunter auch Chon, stammen wie Pak aus der Provinz Kyongsang Pukdo.

Zugleich lasse der Gang der Ereignisse — so die „Newsweek“ — erkennen, „daß die einst fest zusammenhaltenden Streitkräfte ernstlich gespalten sind. Die Südkoreaner sehen sich plötzlich der Aussicht auf Militärregierungen gegenüber, die einander die Türklinke in die Hand geben, oder einer längeren Konfrontation zwischen den Anhängern eines harten Kurses in der Armee und der demokratischen Opposition.“

In den ersten Monaten nach dem 26. Oktober, als Pak ermordet wurde, bewahrten die „Prinzen“ ein gespanntes Schweigen und ließen zu, daß Choi Kyu Hah „kommende demokratische Umgestaltungen“ — Wahlen, Presse- und Versammlungsfreiheit etc. — ausposaunte. Sie wollten damit erreichen, daß die Leute „Dampf ablassen“, daß sie ihren Protesten gegen die Repressalien der 18jährigen Diktatur, gegen die Unfähigkeit des Regimes Luft machen, der Wirtschaftskrise Südkoreas Herr zu werden. Sie rechneten darauf, die Forderungen des Volkes nach demokratischen Wandlungen verpuffen lassen zu können.

Die Erben Paks konnten sich aber mit leeren Versprechungen nicht aus der Affäre ziehen. Im Frühjahr entbrannte der Kampf in den Universitätsstädten, in Fabriken, Gruben und Minen mit neuer Gewalt. Gestreikt wurde in Pusan, Masan und einigen anderen Städten (wie im Herbst 1979, vor der Ermordung Paks). Studentendemonstrationen füllten die Straßen von Seoul, Pusan, Taegu, Incheon und anderer Städten. „Nieder mit dem Diktatorregime!“ — „Sofort Wahlen und Freilassung der politischen Häftlinge!“

gel“ riefen Tausende Demonstranten im Takt. Aber auch die bürgerliche Opposition ließ von sich hören. Immer häufiger wurde Unmut darüber laut, daß die von Militärs kontrollierte „Zivilregierung“ mit der lang-ersehnten „Liberalisierung“ des Regimes so sehr zögere. Das rapide Steigen der Preise, auch für unentbehrliche Gebrauchsgüter und für Benzin, die galoppierende Inflation und die Arbeitslosigkeit ließen den Volkszorn anschwellen. „Aus Furcht, die Dinge nicht in der Hand behalten zu können, benutzte die Armee die Unruhen als Vorwand, um selbst dem bloßen Schein einer Zivilregie-

Hwan, Innenminister, für die Polizei zuständig.

Jetzt hat Südkorea also eine faktische Diktatur Chon Du Hwans mit-samt fünf „Prinzen“. Nach einer halbjährigen Rauferei um die Macht haben diese Generale die Oberhand erlangt. Politisch sind sie darauf orientiert, die Schrauben fester anzuziehen und jede Unzufriedenheit der Bevölkerung und der bürgerlichen Opposition niederzuhalten. Sie stützen sich auf das 40 000 Mann starke US-Besatzungskorps. Die Gespräche über einen politischen „Seouler Frühling“ nach dem Sturz der 18jährigen Diktatur Paks sind ver-stummt. Seinen Nachfol-gern ist nicht danach, Liberalität zu mimen und die Öffentlichkeit zu hofieren. Vielmehr sind sie darangegangen, die Militärdiktatur, die direkte Erbin des Pak-Regimes, zu konsolidie-ren. Im schwerkgeprüf-ten Kwangju mordeten die von ihnen entsand-ten Strafrupps Hunder-te rebellierende Einwoh-ner, und Tausende wur-den eingekerkert. Die Verhaftungen in der Provinz Cholla Namdo und in Seoul selbst dauern an.

In Washington aber, wo man nicht müde wird, sich als Schützer der Menschenrechte auf-zuspielen, denkt man nicht daran, auf das südkoreanische Regime

einzuwirken. Im Gegenteil, wie John Moore, der Präsident der Export-Import-Bank, der Anfang Juni in Seoul war, erklärt hat, wird Washington auch weiter viel mit dem Seouler Regime zusammenarbeiten, dessen Vorgehen gegen den Aufstand in Kwangju „zur Herstellung der Stabilität beiträgt“. Er hat bestätigt, daß die USA mit der Gewährung neuer Anleihen im Jah-re 1980 trotz der politischen Situa-tion in Südkorea nicht zögern wer-den. Diese Dollarinjektionen werden größtenteils zum Ankauf großer Par-tien amerikanischer Rüstungen für die Marionettenarmee dienen, die sich ihrem Volk gegenüber im Kriegszustand befindet.

Noch kein Punkt gesetzt

Man hat Ursache anzunehmen, daß die wichtigsten Geschehnisse noch bevorstehen. Der „Monde“ schreibt: „Seit 1971 gab es in Südkorea keine so mächtige Woge der Unzufrieden-heit unter den Arbeitern.“ Der An-

griff auf ihre Bürgerrechte ist von einer verstärkten Ausbeutung, von einem Steigen der Lebenshaltungs-kosten und einer anwachsenden Ar-beitslosigkeit begleitet. Man erwar-tet, daß Südkorea 1980 keinen Zu-wachs der industriellen Produktion haben wird, während er Anfang 1979 noch über 12% ausmachte. Eine nur auf den Export orientierte Industrie und die Übermacht ausländischen, vor allem amerikanischen und japa-nischen Kapitals — sie sind die ver-hängnisvollen Folgen der Wirt-schaftspolitik Seouls. Das Streben nach einem möglichst schnellen Ka-pitalumlauf und nach Höchstprofite-n hat keineswegs zu großen Neu-investitionen in Schwerindustrie, Verkehrswesen und Bergbau beigetragen. Über ein Drittel seines Etats verausgabt Seoul für die moderne Bewaffnung der Armee.

Den militaristischen Kurs der Spitzenschicht müssen die Werktätigen bezahlen. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden die Preise für fast alle Waren, auch notwendigste, zweimal erhöht. Die kommunalen Dienstleistungen und sämtliche Fahr-gelder sind teurer geworden. Die Zu-wachsraten der Inflation betrug im ersten Viertel (auf das ganze Jahr umgerechnet) 48%, der Fehlbetrag in der vorjährigen Zahlungsbilanz lag über 4 Md. Dollar. Vom Erlös aus dem Export wird ein großer Teil von den Unternehmern für Grundstücksspe-kulationen und Schwarzmarktge-schäfte ausgegeben.

„Die Wirtschaftsmaschine, die An-fang und Mitte der 70er Jahre mit zweistelligen Zuwachsraten vor-wärtsstürmte, hat jetzt ein Schne-kentempo“, schreibt das „Wall Street Journal“. Und „Le Monde“: „Die Südkoreaner treten wie wild die Pe-dale, sie sitzen aber auf einem unbeweglichen Fahrrad.“

Die Ursache ist der falsche wirt-schaftliche und politische Kurs, der Südkorea zu einem Stützpunkt für die globale Strategie der USA, zu einem Tummelplatz für die amerika-nischen und japanischen Konzerne gemacht hat. Da Washington und seine südkoreanischen Marionetten diesen volksfeindlichen Kurs auch weiter steuern wollen, sind neue Ausbrüche unausbleiblich. Das Volk will sich nicht mit der Tyrannei ab-finden, wie sie auch immer verbrämt werden mag. Die neue Variante einer Seouler „Demokratie auf amerika-nisch“ kann die Ausbrüche des Volks-zorns nicht abwenden. Außerdem haben laut Agenturmeldungen ziem-lich viele Teilnehmer des Aufstands in Kwangju mit den erbeuteten Waf-fen in die nahen Berge fliehen kön-nen.



Die südkoreanische Armee richtete ein furchtbares Blutbad in Kwangju an.

Foto: AP—TASS

rung in Südkorea ein Ende zu berei-ten, und gab klar zu verstehen, wer wirklich über das Land regiert“, schrieb „Newsweek“.

Da wurden die „Prinzen“ aus Chons nächster Umgebung aus der Versenkung geholt, darunter:

der 55jährige General Lee Hui Song, Stabschef der Armee und für die Einhaltung des Ausnahmezustandes zuständig, leitete die südkorea-nische CIA nach der Ermordung Paks;

der 52jährige General Choo Young Bock, Verteidigungsminister, vorher Stabschef der Luftwaffe;

General Ro Tae Woo, Oberkom-mandierender der Garnison Seoul; unter Chon ins Ständige Komitee aufgenommen; ferner in den Natio-nalen Sicherheitsrat;

General Chung Ho Young, Ober-kommandierender der Sonderstreit-kräfte, wurde ebenfalls in Chons Team aufgenommen;

der 56jährige General Kim Chong

KIEL ODER KIEW?

Im Münchner Verlag „Rogner & Bernhard“ erschien der Band „Das waren die 80er Jahre“ mit phantastischen und satirischen Zukunftsvisionen — darunter mit der nachfolgenden „Korrespondenz“, die wir dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ entnahmen (die englischen „Briefe“ in unserer Übersetzung).

Weißes Haus, Washington, 10. Februar 1984

Lieber Helmut, ich möchte mich für das Verschwinden von Kiel entschuldigen. Ich verstehe, daß es eine sehr schöne Stadt war.

Apropos, was ist mit Stoltenberg geschehen?

Wie Sie wissen, wollten wir Kiew, nicht aber Kiel vom Erdboden tilgen. Doch Sie wissen auch, daß diese Polen ja nicht lesen können, und Brzezinski hat die Finger immer so verdammt schnell am Abzug.

Herzlichen Gruß an Loli.

Jimmy

Weißes Haus, Washington, 10. Februar 1984

Lieber Zbig, das Foto, wie Sie eine Atombombe auf Kiel abwerfen, sieht großartig aus.

Doch habe ich Ihnen Kiew gesagt und nicht Kiel. Können Sie denn nie etwas richtig machen?

Grüße

Jimmy

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 14. Februar 1984

Lieber Jimmy, mich wundert nichts mehr, nachdem Euer Strategic Air Command letzthin die Kleinstadt Warsaw im US-Staat Michigan eliminiert hat anstatt dem polnischen Warschau. Statt Kiew—Kiel; gut, das klingt noch ähnlich. Aber wo führt das hin? Sie fragten nach dem Kollegen Stoltenberg, dem tapferen Kanzlerkandidaten der CDU. Er ist weg. Wie Kiel. Die Kieler

Woche muß auch ausfallen. Genau wie die diesjährigen Wahlen. Es wird Sie kaum interessieren, aber Stoltenberg war der allerletzte Kanzlerkandidat der CDU. Die CDU stellt sich jetzt einfach nicht mehr zur Wahl. Ich werde wohl Kanzler auf Lebenszeit. Haben Sie das gewollt, Mr. Präsident?

Herzlichst,

Ihr Helmut

Weißes Haus, Washington, 13. Februar 1984.

Lieber Zbig,

durch Ihren jüngsten groben Fehler werden wir es wohl noch eine Generation mit Helmut Schmidt zu tun haben. Erinnern Sie sich, daß Adenauer bis zum Alter von 87 im Amt blieb!

Wir können nicht weitere 20 Jahre anmaßender Belehren ertragen!

Kennen Sie vielleicht eine russische Stadt, die ähnlich klingt wie Bonn? Und diesmal **irren Sie sich!**

Und da Sie schon dabei sind — brauchen wir denn wirklich Paris?

Jimmy

Nationaler Sicherheitsrat, 20. Februar 1984

Lieber Mr. Präsident, ich habe es diesmal fast richtig raus, doch diese Idioten vom Strategic Air Command kannten nicht einmal die Hauptstadt der Bundesrepublik. So haben sie Wien zerstört.

Müssen wir nun Mrs. Kreisky kondolieren?

Ich bitte Sie inständig um Entschuldigung,

Zbigniew Brzezinski



Jedem „seine“ Karte

Zeichn.

GESCHICHTE NEUGESCHRIEBEN

Die Peking Geopolitiker haben jetzt ein neues Idol — den mongolischen Heerführer Dschingis Khan, der mit Feuer und Schwert Anfang des 13. Jh. ein riesiges Reich in den Weiten Asiens begründete. Der gleiche Dschingis Khan, den man im Guomindang-China vergötterte und dessen Grab die Maostrüppe während der „Kulturrevolution“ verheerten. In letzter Zeit begann sich in China die Einstellung zu Dschingis Khan erneut stark zu wandeln. Kürzlich wurde er offiziell zu einem „hervorragenden Staatsmann“ hochstilisiert.

Im Mai inszenierten die chinesischen Behörden an Dschingis Khans Grabstätte große Feierlichkeiten zur Erinnerung an den mittelalterlichen Despoten. Während der zehntägigen pompösen Feiern wurde ein Denkmal für Dschingis Khan enthüllt, wurden seinem Schlachtenbanner Ehrbezeugungen erwiesen, Tiere geopfert und andere mittelalterliche Rituale zelebriert.

Die Peking Führung will bei ihren Spekulationen mit dem Namen Dschingis Khans dem Londoner „Economist“ zufolge „Popularität bei der Bevölkerung der Inneren Mongolei erringen“, die ebenso wie die anderen nationalen Minderheiten im heutigen China unter den Repressalien der Großhandelschauvinisten leidet.

Es gibt auch einen anderen Grund. Indem Peking als Ausgangspunkt nimmt, daß Dschingis Khans Nachfahren etwa ein Jahrhundert lang das unterworfen China regierten, sucht man in Peking die Eroberungszüge der mongolischen Khane als eine „juristische“ Rechtfertigung für die eigenen Ansprüche auf riesige Gebiete der Nachbarländer zu benutzen. So ist also die Neuschreibung der Geschichte für die chinesischen Hegemonisten durchaus von praktischer Bedeutung.

N. LOSSINSKI

HOCHZEITSGAL FÜR „BABY D

Ein Staatsoberhaupt bei Intervention in sein eigenes Land. Tatsache. Gerade das „Baby Doc“, der haitianische Präsident, der Abkommen unterzeichnete, die die Entsendung von Truppen nach Haiti erlaubten. Umschweife: „Die Regierung der USA schlagen der Regierung der Dominikanischen Republik auf Haiti tatsächlich ein, direkt in Haiti zu intervenieren, um die Hauptkampfkraft gegen die Rebellen zu werden.“ In den USA ferner ihre „Bereitschaft“, die Streitkräfte der Republik allseitige (politische, wirtschaftliche) Hilfe zu leisten.

In Lateinamerika scherzen sie wohl über die Shingtons für „Baby Doc“ Stand der Ehe getreten ist. Nun, zumindest die Flitterwochen können. Wenn die Lage sich verbessern sollte, würden auch die nordamerikanischen Helfer eilen.

Diese Abkommen dürfte schenken an die US-Monopolisten in Haiti bewahren wollen. Landes leichter ausplündern ihrem Auftrag fädelte Walter Schweizer Geheimdienstchef au-Prince und Santo Domingo.

Pressemeldungen zufolge pompöse Hochzeit 3 Millionen. Wie viele Menschenleben. Präsent das Volk von Haiti wird es noch der Inselre-

MIT ZEIGESTOCK UND MPI

Bekanntlich würde sich das RSA-Apartheidregime ohne die Rassistenbajonette keinen Tag halten können. Besser als andere weiß das Premier Pieter Botha. War er doch bis vor kurzem Verteidigungsminister und kann „stolz“ auf seinen persönlichen Beitrag zur Ausbildung und Ausrüstung der Rassistenarmee sein.

Nicht von ungefähr hat deshalb Botha gerade die Armee mit der Operation „Civil Action“ beauftragt, die das Rassistenregime „humanisieren“ soll. Ausgeführt werden soll diese Operation von weißen Soldaten, die neben ihrer militärischen Ausbildung einen Halbjahreskurs an pädagogischen und medizinischen Colleges absolviert haben. Jene, die zuvor auf wehrlose Afrikaner — auf Arbeiter und Schüler, auf Bewohner der Bantustans — geschossen haben, sollen jetzt die Farbigen ... unterrichten und medizinisch behandeln. In der einen Hand den Zeigestock oder die Lanzette, in der anderen eine MPI.

Die Einheiten der „Civil Action“, die in den Bantustans und im von der RSA besetzten Namibia stationiert werden, sollen der Zeitschrift „Sechaba“, dem Organ des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika, zufolge afrikanische Lehrer und Ärzte ersetzen, die den Rassisten keine Handlangerdienste leisten wollen.

Doch die Rassisten bekamen Schwierigkeiten mit Schülern und Patienten. Studenten des Kunstzentrums von Umoja erklärten den Unterrichtsboykott, als ein Lehrer mit MPI bei ihnen auftauchte. Auch in Johannesburgs Vorstadt Soweto mußten die „Lehrer“ wieder abziehen. 700 Schüler der Petrus-Kaneb-Schule in Namibia weigerten sich, den „Unterricht“ weißer Soldaten zu besuchen.

Pretorias neues Unterfangen, die Apartheid zu „humanisieren“, scheitert kläglich.

I. STEPANOWA

WARUM MILLIONEN ARBEITSLOS SIND

Dieser brennenden Frage Amerikas suchen die ökonomischen „Koryphäen“ Washingtons auszuweichen. Die Antwort ergibt sich aus einem Schaubild in „Daily World“ (USA).

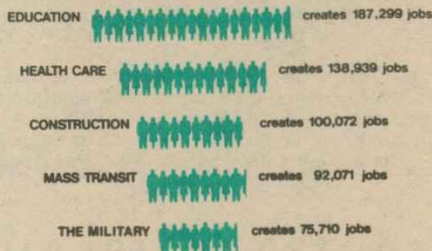
Eine Milliarde Dollar, die in die Rüstungsindustrie gesteckt wurden, lassen 75 710 neue Arbeitsplätze in den USA entstehen. Im Bildungswesen hätte man dafür 187 299, im Gesundheitssektor 138 939, in der Bauwirtschaft 100 072 und bei den Verkehrsmitteln 92 071 Arbeitsplätze schaffen können.

Doch im Weißen Haus geht man bei seiner Haushaltsplanung nicht von solchen Berechnungen aus. Von Jahr zu Jahr werden dort die Rüstungsausgaben weiter hochgetrieben — auf Kosten des Ziviletats, wodurch die Arbeitslosigkeit nur noch wächst.

V. GRIBATSCHOW

Q: WHY ARE MILLIONS OUT OF WORK?

\$1 billion spent on



KLÄGER HINTER GITTERN

Wer hat nicht alles im berühmten italienischen Gefängnis „Regina Celi“ eingesperrt! Betrüger, Taschendiebe, Geschäftemacher, erfolglose Politiker... Eigentlich interessante Leute — so der Gefängnisdirektor —, doch leider verstanden sie vom Sport nicht allzuviel.

Bereits seit einigen Jahren versuchte die Gefängnisleitung, das Image ihrer Fußballmannschaft aufzupolieren, doch woher sollte man die guten Spieler nehmen? Diese liebten aber nicht lange auf sich warten: So manche bekannte Oberliga-Kicker, ja selbst Präsidenten von Sportclubs landeten im Kitch.

Der Obsthändler Cruciani und Restaurantbesitzer Trinca aus Rom hätten sich wohl kaum kennengelernt, wenn sie nicht so leidenschaftliche Fußballfans wären. Sie zog es immer wieder mit Macht ins Stadion, nach den Spielen aber ließen sie bei einem Gläschen Wein die spannend-

sten Momente des Matches Revue passieren. Wie betrieblüch war es, wenn „ihre“ Mannschaft verlor — um so mehr, da das auch ans Portemonnaie ging: Ist ja ein Fußballtotalisator



nicht sonderlich zuverlässig. Und deshalb begannen die beiden, der „Wahrscheinlichkeit“ etwas nachzuhelfen. Sie bestachen Fußballspieler und Trainer, die dann für den gewünschten Ausgang des Spiels sorgten. Und dabei verdienten sie Milliarden Lire.

Doch eines Tages wandte sich Fortuna von den Gaunern ab. Einige Kicker, die große Beiträge kassiert hatten, hielten ihr Versprechen nicht. Verlust: 1,5 Md. Lire. Da beschloß das Betrügerduo, sein „Recht“ einzuklagen.

Im März gab der italienische Generalstaatsanwalt bekannt, daß im Fall Cruciani und Trinca eine Untersuchung gegen 27 Fußballspieler eingeleitet wurde.

Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Doch das Echo dieses Skandals zwang den Italienischen Fußballverband, diverse Sportler für längere Zeiten zu sperren und einigen Fußballclubs Strafen aufzuerlegen. Die Mannschaft des FC Mailand, des italienischen Meisters, mußte die Oberliga verlassen. Die Namen vieler Sportler, von bekannten Sportfunktionären und sogar von Schiedsrichtern werden in den Akten genannt. Auch die Kläger selbst landeten hinter Schloß und Riegel.

Text und Zeichnung:
I. GAPOTSCHKA

ländische
paradox?
rückgrützte
auf Len
indischen
es ohne
aiti und
n Streit-
vor, falls
front bil-
um zur
n Partik-
ekunden
regierung
chen Re-
che und

diese Ab-
be Wa-
t in den
Duvalier
verleben
drohlich
anischen
schon zu

ein Ge-
Diktatur
lk dieses
Eben in
issär Ge-
nen Port-

YSCHEW

OST-WEST-HANDEL: ZWEI KONZEPTIONEN

Lieber Handel als Händel: So denken im Westen der Arbeiter und der Farmer, der Industrielle und der Geschäftsmann. Sie wissen, daß im nuklearen Zeitalter die Feindschaft zwischen den Staaten die ganze Menschheit gefährdet.

Die fast fünf Jahre nach der Helsinki-Konferenz haben die gewaltige Rolle der geschäftlichen Zusammenarbeit bei der Vertrauensbildung zwischen Ost und West überzeugend erhärtet.

Aber ohne auf die nationalen Wirtschaftsinteressen zu achten, lassen einflußreiche politische Kräfte in den westlichen Ländern, vor allem in den USA, gegenwärtig den kalten Krieg in der Weltwirtschaft wiederaufleben. Sie verletzen grob internationale Abkommen und versuchen, die

wirtschaftliche Entwicklung des Weltsozialismus durch Handelsanktionen negativ zu beeinflussen. Sie drängen auch ihre Verbündeten zur wirtschaftlichen Konfrontation mit dem Osten.

Wohin führt die „neue harte Politik“ der USA-Administration! Sind die anderen kapitalistischen Länder bereit, ihr zu folgen! Welchen Beitrag leisten die westlichen KSZE-Staaten zum „Korb zwei“ jetzt, kurz vor dem Madrider Treffen!

In den nachstehenden thematisch zusammengehörigen Beiträgen finden unsere Leser eine Analyse der heutigen Geschäftskontakte der UdSSR zu den westlichen Ländern.

SCHALTERDIPLOMATIE

Felix GORJUNOW

Zur Rechtfertigung der Wirtschaftssanktionen des Weißen Hauses gegen die UdSSR streicht die USA-Presse immer wieder heraus, das sei nur die Antwort auf „die sowjetischen Handlungen in Afghanistan“. Aber je mehr sich der um die afghanischen Ereignisse aufgewirbelte Propagandastaub legt, desto klarer sieht man: Sie waren dem offiziellen Washington nur ein Vorwand, seinen von langer Hand geplanten „neuen harten Kurs“ gegenüber der UdSSR zu rechtfertigen. Ein Bestandteil dieses Kurses ist die Einschränkung der Geschäftskontakte.

Die Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen kennt das schon: Washington macht ein paar Schritte vorwärts, um etwas später zurückzugehen.

In den beim Gipfel vom Mai 1972 unterzeichneten „Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA“ wurde der beiderseitige Wunsch geäußert, aktiv zum Ausbau der Handels- und Wirtschaftskontakte beizutragen. Indessen legten Administration und Kongreß der USA solchen Kontakten Hindernisse in den Weg. Bis Anfang Januar 1980 hat Washington die 1972–1975 erzielten sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen praktisch in allen Bereichen der geschäftlichen Zusammenarbeit verletzt. All das ergibt sich aus dem außenpolitischen Kurs bestimmter Kreise des USA-Establishment, dessen Haltung zum Ost-West-Handel nie eindeutig war.

Ungenutzte Möglichkeiten

„Der Ausbau der Wirtschaftszusammenarbeit“ (mit den sozialisti-

schen Ländern) „liegt im gegenseitigen Interesse. Unsere Geschäftskreise könnten einen günstigen, wachsenden Markt haben. Der Export technisch komplizierter Erzeugnisse könnte vorteilhaft sein, weil die Produktion für einen großen Markt rentabler ist. Das könnte die Kosten je Erzeugniseinheit auf dem Inlandsmarkt senken und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erhöhen sowie höhere Gewinne für die Forschungsfinanzierung und neue Investitionen sichern. Die Erweiterung von Markt und Produktion würde auch die Beschäftigung stimulieren.“

Auf diese Weise wurden die Möglichkeiten, die der Ost-West-Handel der Geschäftswelt der USA bot, in einem Ausschuß des Kongresses im Januar 1977 eingeschätzt. Damals war der Handel mit der UdSSR für viele USA-Firmen bereits Tatsache. In die UdSSR wurden amerikanische Gießereiausrüstungen sowie Apparaturen für das Traktorenwerk Tscheljabinsk und andere Vorhaben geliefert, in Sibirien Caterpillar-Bulldozer eingesetzt. Das Kompensationsabkommen über sowjetische Ammoniaklieferungen gegen Superphosphorsäure (Halbfabrikate für Chemiedünger) aus den USA war angelaufen. Das Abkommen über die sowjetischen Ankäufe von Futtergetreide garantierte den USA-Farmern einen zuverlässigen Absatzmarkt auf Jahre hinaus. Der Amerikanisch-Sowjetische Handels- und Wirtschaftsrat, dem bereits ca. 200 USA-Firmen angehörten, bereitete neue Projekte für den Ausbau der für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit vor.

Und doch glaubten gewisse Leute in den USA, der Handel mit dem Osten sei ein Risiko, nämlich ein politisches. Die am Handel mit dem Osten interessierten Geschäftsleute wußten: In den USA waren einflußreiche politische Kräfte am Werk, die zu allem bereit waren, um die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zu verhindern.

Im Mai 1979 schrieb der Ex-Finanzminister der USA George Shultz: „Unsere Regierung glaubt wohl, der Handel mit einzelnen Ländern lasse sich ein- und ausschalten, um ihnen eine Veränderung der Innen- und Außenpolitik aufzuzwingen.“ Aber diese Schalterdiplomatie schade den USA-Firmen, ohne die Politik Moskaus zu beeinflussen. Eine solche Politik sei auch deshalb verlustbringend, weil der „Schalter“ vielleicht streiken werde, sobald die Diplomaten den Handel wieder „einschalten“ wollen.

Gescheitertes Embargo

So kam es denn auch, als Washington versuchte, „die Russen zu strafen“, und am 4. Januar die Lieferungen von Futtergetreide stornierte. Um diesen Schritt den USA-Geschäftskreisen zu begründen, führte der ehemalige Diplomat Malcolm Toon in der „Business Week“ folgende „Argumente“ an: Das werde in der UdSSR Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung bewirken und „zum Anwachsen der Unzufriedenheit der sowjetischen Bevölkerung mit der Politik ihrer Regierung beitragen. Das wird keine Revolution, aber eine Änderung in der Politik ermöglichen.“

Wenn jemand, dann hätte es doch ein ehemaliger USA-Botschafter in Moskau wissen müssen: Niemand hat es je fertiggebracht, die Politik der

Sowjetregierung, hinter der das Volk steht, zu verändern, und niemandem wird es je gelingen. Trotzdem knipste man in Washington den Handelsschalter aus. Nur zwei Monate nach Einführung der Sanktionen mußte die USA-Presse zugeben: „Das Embargo als Wirtschaftswaffe hat versagt.“ Sowjetische Außenhandelsstellen kauften Futter in anderen Ländern, den USA aber gingen ca. 3 Md. Dollar Exportgewinn verloren. (Zusammen mit den Unkosten aus dem Lagern von Getreideüberschüssen, dem Preissturz und den Verlusten der mit den Lieferungen verbundenen Firmen betragen die Verluste der USA aus dem Embargo nach Schätzungen der westlichen Presse 8 Md. Dollar.) Unter Berufung auf offizielle Kreise schrieb die „Wall Street Journal“ Anfang Mai, die Aufrechterhaltung des Embargos werde die Getreidepreise im nächsten Finanzjahr noch mehr nach unten drücken und unter den Farmern einen Proteststurm auslösen.

Für die USA-Farmer ist das wirklich ein großer Verlust: 1979 machten die Lieferungen in die UdSSR fast ein Drittel des gesamten USA-Futterexports aus. Nicht minder wesentlich sind Verluste anderer Art. Washington hat sich in den internationalen Geschäftskreisen den Ruf eines unzuverlässigen Partners zugezogen. Außerdem kompromittierte es sich durch seine allen Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen widersprechenden, zynische Absicht, durch Verweigerung der Lieferungen in einem anderen Land Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung hervorzurufen.*

Übrigens machten die Futtergetreidelieferungen in den letzten Jahren den größeren Anteil des USA-Exports in die UdSSR aus. Die Schalterdiplomatie bewirkte, daß der Handel mit Fertigzeugnissen, der Anfang der 70er Jahre zu wachsen begann, nach 1976 stark zusammenschumpfte.

Hier die Ergebnisse von 1979. Der Handel der UdSSR mit dem größten Industrieland des Westens belief sich auf 2,8 Md. Rubel, d. h. 3,5% des gesamten Handelsumsatzes der UdSSR (80,3 Md. Rubel), und der Anteil der USA am Handel der UdSSR mit den

westlichen Ländern machte nur 11% aus. Zwar standen die USA wertmäßig an zweiter Stelle unter den westlichen Handelspartnern der UdSSR, aber 80% des amerikanischen Exports machte das Futtergetreide aus, während an den Lieferungen aus anderen kapitalistischen Ländern an die UdSSR Industriewaren überwogen.

Die UdSSR handelt gegenwärtig mit 131 Ländern, darunter mit 110 laut Verträgen und Abkommen, die jeweils beiden Partnern Nutzen bringen und von ihnen eingehalten werden. Die Struktur des sowjetischen Handels mit den USA in den letzten Jahren zeigt selbst einem Laien: Der Verlust eines solchen Partners kann sich nicht wesentlich auf den sowjetischen Außenhandel auswirken.

Die alte „neue Politik“

Die überseeischen Sanktionsliebhaber und die ihnen sekundierende Presse sagen jetzt: Gut, aus dem Getreideembargo mag nichts geworden sein, aber das Verbot der Lieferung von Ausrüstungen wird es schon tun. Der USA-Journalist David Satter, Korrespondent der Londoner „Financial Times“ in Moskau, versuchte vor kurzem zu beweisen, das Verbot des Weißen Hauses, technisch komplizierte Erzeugnisse auszuführen, würde in den Schlüsselzweigen der sowjetischen Wirtschaft eine Krise auslösen. Wenn Washington

auch noch seine NATO-Partner und Japan dazu bringen könnte, der UdSSR keine Kredite zu gewähren, sich seinen Sanktionen anzuschließen und obendrein die Lieferung von Ausrüstungen an die anderen RGW-Länder zu verbieten, dann sei den Russen ein nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt.

Pressemeldungen zufolge hat man in Washington „neue Leitsätze“ der Handelspolitik des Westens ausgearbeitet und dem NATO-Koordinierungsausschuß für Kontrolle des Exports strategischer Waren in die sozialistischen Länder erweiterte Listen nicht zu exportierender Waren vorgelegt. Sie umfassen Ausrüstungen für die Erdölindustrie, das Hüttenwesen, den Maschinenbau, ferner Rechenanlagen, Fernmeldeeinrichtungen und sonstige „strategische“ Erzeugnisse.

Somit steht fest: Ebenso wie in den 50er Jahren versucht Washington, eine Wirtschaftsblockade über die sozialistischen Länder zu verhängen und in den Handelsbeziehungen zu ihnen den kalten Krieg zu beleben.

Wie begründen sie in Washington diese alte „neue harte Politik“ heute, da die Spannungsidee in Ost und West anerkannt wird? Die Hauptthese: Indem der Westen den Russen Kredite und neue Technik überlasse, fördere er das Anwachsen der sowjetischen Militärmacht. Einem solchen Argument erliegen selbst westliche Politiker, die sich um die

VORWÄRTS

1972. „Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA“ unterzeichnet. Sowjetisch-Amerikanische Handelskommission gegründet. Abkommen über den Handel sowie über den Austausch und die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik geschlossen.

1973. Abkommen über die Zusammenarbeit in Landwirtschaft und Verkehrswesen sowie Steuerkonvention unterzeichnet. Handelsvertretung der UdSSR in Washington und Kommerzbüro der USA in Moskau eröffnet.

1974. Langfristiges Abkommen über die Förderung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit unterzeichnet.

1976. Der Nationale Rat für Außenhandel der USA fordert zur Normalisierung der Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern auf.

1978. Der Amerikanisch-Sowjetische Handels- und Wirtschaftsrat erörtert 28 gemeinsame Projekte der Zusammenarbeit. Ein Abkommen zwischen der Handels- und Industriekammer der UdSSR und der Handelskammer der USA unterzeichnet.

1979. Der Nationale Rat für Außenhandel der USA fordert den Kongreß auf, die diskriminierenden Zusätze zum Handelsgesetz von 1974 zu revidieren.

ROCKWÄRTS

1973. Propagandarummel in der USA-Presse um die Frage der Auswanderung aus der UdSSR. Von Forderungen, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR darstellen, wird die Meistbegünstigung für die UdSSR abhängig gemacht.

1974. Der USA-Kongreß beschließt Zusätze zum Handelsgesetz, die die UdSSR als Handelspartner diskriminieren und die Kredite der Export-Import-Bank als Garantie für Geschäftsabschlüsse mit der UdSSR einschneidend kürzt.

1976. Washington fordert die westlichen Länder zu einem „Gentleman's Agreement“ über eine höhere Verzinsung der Exportkredite für die sozialistischen Länder auf.

1978. Der USA-Präsident verfügt die Regierungskontrolle über den Export von Ausrüstungen für die Erdöl- und Gasindustrie in die UdSSR.

1979. Der USA-Präsident verbietet die Lieferung eines Computers der „Sperry-Univac“ an die UdSSR, der für die Olympiade bestimmt war.

1980. Unter dem Vorwand der Entwicklung in Afghanistan storniert das Weiße Haus am 4. Januar Getreidelieferungen und verhängt ein Embargo über den Export technisch komplizierter Ausrüstungen.

* In den letzten Monaten bringt die westliche Presse häufig Ernteprognozen eines Sonderdienstes des USA-Landwirtschaftsministeriums und seine Schätzungen in bezug auf die Produktion von Fleisch, Butter und sonstigen Nahrungsmitteln in der UdSSR. Das Ministerium führt sogar die „Operation Biß“ durch, deren Zweck es ist, die anderen Länder am Verkauf von Agrarzeugnissen an die UdSSR zu hindern.

Ost-West-Handel: Zwei Konzeptionen

nationale Wirtschaft kümmern.

Zu den Schritten gegen die militärische Entspannung kommen jetzt also die Maßnahmen Washingtons hinzu, die die wirtschaftliche Konfrontation zwischen den beiden sozialen Systemen wieder herbeiführen sollen.

Auseinandersetzung oder Zusammenarbeit?

Ein namhafter westeuropäischer Politiker charakterisierte unlängst die Aktivitäten des Weißen Hauses wie folgt: Präsident Carter habe der Entspannung eine Grube gegraben, die man nicht so bald zuschütten kann.

Das ist richtig, muß jedoch ergänzt werden. Unter dem Vorwand der nichtexistenten „sowjetischen Bedro-

hung“ will Washington auch die anderen westlichen Länder in diese Grube stoßen, wobei es gar nicht uneigennützig Ziele verfolgt.

In der Anti-Entspannung sehen die überseeischen Politiker die Chance für die USA, weiterhin der militärisch-politische Führer des Westens zu sein, der jederzeit seinen Verbündeten, die atlantische Solidarität vor-schützend, die Arme auskugeln kann. Auch hofft Washington, die Aufweichung der USA-Hegemonie in der kapitalistischen Weltwirtschaft aufzuhalten. Die Entspannung paßt dem USA-Imperialismus deshalb nicht, weil ihre Prinzipien die hegemonistischen Methoden bei der Lösung strittiger Probleme in der Außenpolitik und in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausschließen, darunter auch zwischen den kapitalistischen Industrieländern.

Deshalb ist es nicht nur für die östlichen, sondern auch für die westlichen KSZE-Staaten wichtig, die po-

sitiven Erfahrungen des letzten Jahrzehnts in Europa zu wahren und alle Prinzipien und Festlegungen der Schlußakte konsequent in die Tat umzusetzen. Sie haben die gemeinsame Aufgabe, die geschäftliche Zusammenarbeit noch mehr als in den 70er Jahren zu erweitern.

Leonid Breschnew sagte: „... Wir haben keinen größeren Wunsch, als die Mittel, die gegenwärtig notwendigerweise der Volkswirtschaft entzogen werden, zur Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen und für die Ziele des Aufbaus einzusetzen.“ Auch im Ausbau des Handels mit dem Westen verfolgt die sozialistische Gemeinschaft konstruktive Ziele, obwohl die RGW-Länder alles in allem ohne ihn auskommen könnten. Sie decken ihren Importbedarf in erster Linie aus gegenseitigen Lieferungen: Auf diese entfallen z. B. 67,7% des Imports der RGW-Länder an Maschinenbauerzeugnissen. Heute gibt es kein einzi-

AUS DER GESCHICHTE

Wirtschaftsblockade

— Am 24. November 1917 verbot die USA-Regierung als erstes unter den kapitalistischen Ländern den Handel mit Rußland, „solange die Bolschewiki an der Macht sind und auf ihrem Friedensprogramm bestehen“. Die Wirtschafts- und die Seeblockade der USA und der Entente-Länder gegen die RSFSR dauerte bis Januar 1920.

Handel trotz Nichtanerkennung

— Im Juli 1920 erlaubt Washington USA-Privatfirmen Warenlieferungen, erklärt jedoch der RSFSR gleichzeitig den Währungs- und Finanzboykott.

— Im August 1921 schließen die RSFSR und die Amerikanische Hilfsverwaltung (ARA) ein Abkommen über die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten für die Hungerleidenden im Wolgagebiet. Die Lieferungen dauerten bis September 1922.

— Im Oktober 1921 schließt Armand Hammer sein erstes Warenabkommen: Er liefert eine Million Pud Getreide für das Ural im Austausch gegen Industrieerzeugnisse aus diesem Gebiet.

— Im Mai 1924 entsteht in New York die „Amtorg“ (Aktiengesellschaft für den Handel mit der UdSSR).

— Im Dezember 1931 führt das USA-Finanzministerium Restriktionen für den Import von Asbest, Schnittholz und anderen sowjetischen Waren ein.

Unzuverlässiger Partner

— Am 16. November 1933 stellen die UdSSR und die USA diplomatische Beziehungen her.

— Im Februar 1934 gründet die USA-Regierung die Export-Import-Bank zur Kreditierung des sowjetisch-amerikanischen Handels. Doch wird die Tätigkeit der Bank durch die Anwendung der Johnson-Bill auf die UdSSR beschränkt. Diese richtet sich gegen Länder, denen gegenüber die USA Finanzforderungen haben.

— Im August 1937 schließen die UdSSR und die USA ein Handelsabkommen über die gegenseitige bedingungslose und unbeschränkte Meistbegünstigung.

— Die USA schließen sich der von Großbritannien und Frankreich betriebenen Politik der Isolierung der UdSSR an und führen 1939 ein „moralisches Embargo“ gegen Warenexport in die UdSSR ein. Im Juli 1940 werden die Lieferungen von Industrieausrüstungen u. a. unter Regierungskontrolle gestellt.

Kriegsverbündete

— Am 7. November 1941 gibt der USA-Präsident ein Programm der Hilfe mit Waffen und Rohstoffen für die im Krieg mit Deutschland stehenden Länder (Lend-Lease-Abkommen) bekannt.

(Der Anteil der USA-Lieferungen in die UdSSR für insgesamt 9,8 Md. Dollar machte 4% der ganzen Produktion der UdSSR in allen Kriegsjahren aus.) Die Lieferungen werden ab 8. Mai 1945 einschneidend reduziert.

— Im Oktober 1945 wird ein Kreditabkommen unterzeichnet, damit die Lend-Lease-Lieferungen nach Beendigung der Kampfhandlungen abgeschlossen werden können.

Kalter Krieg

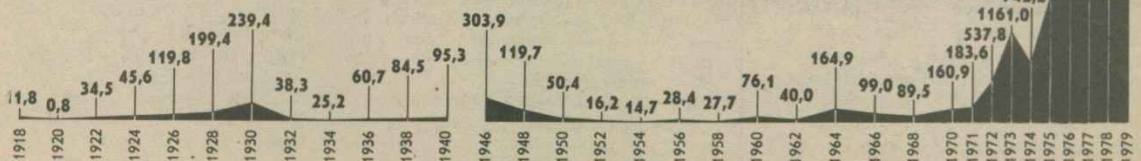
— Im Januar 1947 verfügt Präsident Truman die Einstellung der Lieferungen laut Kreditabkommen von 1945.

— Im März 1948 nimmt die USA-Regierung Korrekturen an den Regeln der Exportkontrolle vor, um die Warenlieferungen an die UdSSR und die Volksdemokratien zu beschränken.

— 1949 entsteht auf Bestreben Washingtons das Koordinierungsausschuß der NATO für Kontrolle des Exports strategischer Waren in die kommunistischen Länder (COCOM).

— Im Juni 1951 kündigen die USA einseitig das Handelsabkommen von 1937.

HOCH UND TIEF IM SOWJETISCH-AMERIKANISCHEN HANDEL (Warenumsatz, Mio Rubel)



ges wirtschaftliches und wissenschaftlich-technisches Problem, das die RGW-Länder nicht dank der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung lösen könnten.

Der Wunsch der UdSSR und ihrer Verbündeten, an der weltweiten Arbeitsteilung teilzunehmen, erklärt sich nicht aus einer „Abhängigkeit von der westlichen Technologie“, an die die Schalterdiplomatie ihre Hoffnungen knüpft, sondern aus wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Der Import einiger wissenschaftlich und kapitalmäßig aufwendiger Technologien ermöglicht bekanntlich einen Zeitgewinn. Sollten jedoch die kapitalistischen Länder, wie während des kalten Krieges, die Lieferung bestimmter Ausrüstungen verweigern, so werden die RGW-Länder die Spezialisierung und Kooperation in den betreffenden Zweigen in die Wege leiten und solche Ausrüstungen selber produzieren. Die UdSSR, die z. B. die nukleare Technologie und die Weltraumtechnik, den Energie- und Schwermaschinenbau in historisch kurzer Zeit meisterte, wird die Produktion der modernsten Ausrüstungen auch für andere Zweige schnell entwickeln können.

Ein solcher Wettstreit bedeutet für die westlichen Länder: Sie werden einen riesigen stabilen Absatzmarkt für technisch komplizierte Erzeugnisse und die Möglichkeit verlieren, eine umfassendere Arbeitsteilung, namentlich in den energieaufwendigen Zweigen, zu verwirklichen. Der Verzicht auf die Zusammenarbeit mit dem Osten bedeutet für die Industrien des Westens nicht nur, daß sie künftig nicht an den volkswirtschaftlichen Vorhaben der RGW-Länder teilnehmen; sie verlieren auch aussichtsreiche Aufträge der sozialistischen Länder bei der Realisierung gesamteuropäischer Entwicklungsvorhaben.

Heute können sich selbst ein hochentwickeltes Land oder eine hochentwickelte Ländergruppe nicht von der Weltwirtschaft, von auswärtigen Energie- und Rohstoffquellen, von den internationalen wissenschaftlichen und technischen Leistungen isolieren. In der gegenwärtigen mehrpoligen Welt sind Versuche, den Teilnehmern am internationalen Austausch handelspolitische Bedingungen zu diktieren, im voraus zum Scheitern verurteilt. Ein solcher Weg führt nur zu noch größerer Labilität der kapitalistischen Weltwirtschaft und zur Verschärfung der Konflikte zwischen dem Westen und den Entwicklungsstaaten. Die Washingtoner Schalterdiplomatie wird den Fortschritt des Sozialismus nicht aufhalten, kann aber Ländern, denen es an internationaler Zusammenarbeit liegt, großen Schaden zufügen.

EINSÄTZE IM „OSTHANDEL“

Juri KRASNOW

Fast 10 Jahre ist es her, seit der Moskauer Vertrag unterzeichnet wurde. Dieses Dokument führte in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD die Wende von der Konfrontation zur Entspannung und zur für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit herbei. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit: Der Warenumsatz zwischen beiden Ländern belief sich 1979 auf 4,2 Md. Rubel und somit auf das 7fache des Standes von 1970.

Diese Ziffer beinhaltet nicht nur das sibirische Erdgas, dessen Lieferungen ca. 17% des entsprechenden Bedarfs der BRD decken. Dazu gehören auch Erdöl, Buntmetalle (21–27%), Apatitkonzentrate, Schnittholz und Baumwolle sowie Elektromotoren, Kugellager, Werkzeugmaschinen, Funkmeßgeräte, Kraftfahrzeuge und andere Technik.

Darüber hinaus sichern die sowjetischen Aufträge zumindest 300 000 Personen Beschäftigung und lasten Produktionskapazitäten für lange Jahre aus. Nicht nur Großfirmen ernten die Früchte des „Ostgeschäfts“. Von den 1800 ständigen Partnern der sowjetischen Außenhandelsvereinigungen sind etwa 1500 mittlere und kleine Unternehmen. Hinzu kommen viele Hundert Zulieferer, die indirekt mit den sowjetischen Aufträgen verbunden sind.

Man kann aber nicht sagen, daß sich der „Osthandel“ in den 70er Jahren reibungslos abwickelte. Einflußreiche politische Kräfte in der BRD legen ihm nicht wenig Hindernisse in den Weg. Diese Kreise, vor allem die CDU/CSU, der heute Franz Josef Strauß vorsteht, verlangten, die „Reparationen für den Osten“, wie sie die Kredite für die sozialistischen Länder nennen, zu verweigern, ja den „Osthandel“ ganz einzustellen, da er der BRD schade.

Seine Gegner aktivierten sich besonders nach dem Januarbeschuß der USA-Regierung, die Geschäftsbeziehungen zur UdSSR zu drosseln. Washingtons Abgesandte setzten Bonn unter Druck, damit es die

Sanktionen des Weißen Hauses unterstützt und auch noch zusätzliche Maßnahmen zur „Bestrafung“ der sozialistischen Länder, vor allem im Bereich der Kreditierung des „Osthandels“, trifft.

Daß Washington seine Attacken vor allem gegen diesen Bereich der Geschäftsbeziehungen zwischen der BRD und den RGW-Ländern reitet, ist kein Zufall. Die recht hohen Handelskredite, die die osteuropäischen Länder in den 70er Jahren erhielten, widerspiegeln die Tatsache, daß am BRD-Export in die RGW-Länder Maschinen und komplette Ausrüstungen überwiegen. Gemäß dem internationalen Usus werden Ausrüstungen, im Unterschied zu Rohstoffen und Konsumgütern, in der Regel unter der Bedingung langfristiger Kredite exportiert. (Wenn die RGW-Länder dem Westen Ausrüstungen liefern, gewähren sie den Importeuren ebenfalls langfristige Kredite.)

Wegen solcher Verbindlichkeiten machen sich die Industriellen und Bankiers der BRD und der anderen westeuropäischen Länder keine Sorgen. Sie wissen, daß sie bei weitem nicht so groß sind wie bei mehreren westlichen Ländern und den meisten Entwicklungsstaaten. Die den RGW-Ländern gewährten Kredite sind zuverlässig durch ihren wachsenden Export von Fertigerzeugnissen und Rohstoffen gedeckt.

Deshalb wurden Kredite für die Länder Osteuropas bereitwillig nicht nur von den exportierenden Industrieunternehmen, sondern auch von bundesdeutschen Privatbanken und Bankvereinigungen ausgereicht. Für sie war es eine Plusoperation. „Der Spiegel“ (Hamburg) schrieb: „Bisher ... haben sich die Sowjets als zuverlässige Geschäftspartner erwiesen. In keinem Fall mußte die Bundesrepublik ihr Garantieverprechen bei Lieferungen in die Sowjet-Union einlösen.“

Die zweite Restriktion, die Washington der BRD aufzuoktroyieren sucht, besteht darin, die Anzahl von Exportwaren und Dienstleistungen

OST-WEST-HANDEL: ZWEI KONZEPTIONEN

(z. B. Überlassung von Know-hows), die auf der Verbotsliste des NATO-Ausschusses COCOM stehen, zu erhöhen. Die BRD-Geschäftskreise haben schon traurige Erfahrungen mit solchen Embargos. Im Jahre 1963 verbot die Regierung Adenauer auf NATO-Weisung die Lieferung von Großrohren für sowjetische Gasleitungen. Das Verbot erwies sich für Bonn als Bumerang. In kurzer Zeit wurde die Produktion solcher Rohre in sowjetischen Betrieben in die Wege geleitet, außerdem kaufte die UdSSR sie bei anderen Ländern. Den BRD-Unternehmen aber gingen damals die sowjetischen Großaufträge verloren. Wie die BRD-Presse wiederholt feststellte, kommt gegenwärtig über diese „strategischen“ Rohre eine nicht minder strategische Ware — Erdgas — ins Land.

Hans-Andreas Siemann, einer der Leiter der Bundesvereinigung für

Frage. Das politische Klima zwischen dem Osten und dem Westen hat sich merklich abgekühlt, ein kalter Wind weht...

Antwort. Ich glaube nicht, daß es in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und den Staatshandelsländern zu einer strengen Frostperiode kommen wird.

Frage. Halten Sie die amerikanischen Maßnahmen für falsch?

Antwort. Das ist, meiner Meinung nach, eine politische Entscheidung der Amerikaner gewesen, die man von der politischen Seite her beurteilen mußte. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen glaube ich nicht, daß diese Maßnahmen die Sowjetunion hart treffen. Aufgrund der Daten, die mir zur Verfügung stehen, bin ich davon überzeugt, daß dort keine Versorgungslücke entstehen wird.

Aus einem Interview des österreichischen Bundesministers für Handel, J. Staribacher, für „Trend“ (Wien)

Groß- und Außenhandel, schrieb in der „Welt“, daß die Firmenvertreter ihre Pläne nach wie vor auf der Zuverlässigkeit der Verträge mit den sowjetischen Außenhandelsorganisationen aufbauen. Klaus Bolz, BRD-Experte für den Ost-West-

Handel, meint seinerseits, das umfassende Embargo gegen die sozialistischen Länder müsse folgenswer für den Westen sein; allein die Wirtschaft der BRD müsse mit einem jährlichen Abbau ihres Exports um 16 Md. Mark rechnen; einige auf den Ostmarkt strukturorientierte Unternehmen würden sich in sehr schwieriger Lage sehen.

Ein Risiko für die BRD-Industrie ist auch der Vorschlag des Weißen Hauses, die Handelsgeschäfte mit der UdSSR auf 100 Mio Dollar zu beschränken. In der BRD sieht man darin einen Versuch, die langfristige, großangelegte Zusammenarbeit zu durchkreuzen, welche die industrielle Kooperation und Kompensationsabkommen umfaßt, auf die bereits über 20% des ganzen Warenumsatzes zwischen der UdSSR und der BRD entfallen.

Meine Gespräche mit Exponenten der Industrie- und Bankkreise der BRD und das Interesse am Ausbau der Geschäftskontakte mit den sowjetischen Außenhandelsvereinigungen, das sie auf der internationalen Frühjahrsmesse in Hannover

zeigten, überzeugten mich davon, daß die Geschäftswelt der BRD keineswegs gewillt ist, den Weisungen aus Washington blindlings zu folgen.

Die Ende Mai in Bonn abgehaltene 9. Tagung der Kommission der UdSSR und der BRD für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bekräftigte das Interesse der Bundesregierung am Ausbau der für beide Seiten nützlichen Geschäftskontakte. Sie erörterte und billigte den Entwurf eines Programms der bilateralen Zusammenarbeit für 25 Jahre.

In der Kommission wurde die Bereitschaft geäußert, die Wirtschaftsbeziehungen auch künftig zu erweitern, und der Modus erörtert. Die Rede war von der Zusammenarbeit in der Energetik, u. a. von der Erschließung von Schelflagerstätten. Es wurde beschlossen, zweigebundene Expertengruppen für Fragen der Bankfinanzierung und für Zusammenarbeit im Maschinenbau für die Leicht- und die Nahrungsmittelindustrie zu bilden.

Ausgehend von der Zunahme des Handels UdSSR—BRD in den letzten 3 Jahren, zog die Tagung den Schluß, daß sich der Warenumsatz 1976—1980 gegenüber den vorausgegangenen 5 Jahren verdoppeln wird.

Hannover—Hamburg—Köln—Moskau

ZUNAHME DES WARENUMSATZES DER UDSSR
MIT DEN 6 FÜHRENDEN KAPITALISTISCHEN HANDELSPARTNERN
(in Mio Rubel)

	1970	1973	1975	1977	1979	1980*
BRD	544,0	1210,2	2777,3	2967,3	4246,6	1234,5
Frankreich	412,8	721,6	1296,5	1723,9	2623,5	893,5
Finnland	539,7	777,4	1755,5	2173,5	2606,5	739,6
Japan	652,3	994,4	1922,4	2297,8	2605,4	645,2
Italien	471,8	613,6	1426,8	1880,8	2155,1	582,1
Großbritannien	641,4	715,2	959,3	1332,3	1904,3	422,3

* Für die drei ersten Monate. Im I. Quartal 1980 betrug der Warenumsatz der UdSSR mit den kapitalistischen Industrieländern insgesamt 6,9 Md. Rubel (30% mehr als im entsprechenden Zeitraum 1979).

EINMALIGE FORMEL

„Finnland hat eine einmalige Formel für die Nachbarschaft mit der UdSSR gefunden. Beunruhigt Sie die Aussicht auf ein Fortdauern der heutigen Weltlage?“ Auf diese Frage eines „Times“-Korrespondenten antwortete der finnische Ministerpräsident Mauno Koivisto, ohne zu schwanken: „Wir haben Wirtschafts- und andere Beziehungen sowohl zu Ost als auch zu West entwickelt. Wir haben keine Schwierigkeiten in unseren bilateralen Beziehungen zur UdSSR.“

Die Zuversicht des Ministerpräsidenten in die Stabilität der guten Nachbarschaft mit der UdSSR hat eine solide materielle Grundlage: Die im Rahmen des bis 1990 laufenden Langzeitprogramms für die Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik zwischen beiden Ländern geschlossenen Abkommen werden übererfüllt. Im laufenden Planjahr fünf wird der Handelsumsatz ca. 12 Md. Rubel und

zwischen 1986—1990 mehr als 14 Md. Rubel erreichen.

Diese Ziffern beinhalten nicht nur das Wachstum des Handelsumsatzes, sondern auch eine umfassende Zusammenarbeit in der Industrie: den gemeinsamen Bau von Kernkraftwerken, eines Hüttenwerks in Finnland, des Aufbereitungskombinats Kostamuksa, des Zellulose- und Papierkombinats Swetogorsk und anderer Objekte in der UdSSR.

Seit 1947 der erste Kontrakt über den Bau eines Wasserkraftwerks in der UdSSR unterzeichnet wurde, haben viele finnische Firmen feste Geschäftskon-

STANDPUNKT VON PARIS

Alexander IGNATOW

In Paris schüttet man den russischen Wodka nicht auf die Straße und verbietet auch nicht, ihn bei offiziellen Empfängen zu servieren, wie das unlängst in Großbritannien der Fall war. Aber nicht nur deshalb, weil sich die Franzosen in Getränken auskennen. Schon der Gedanke daran, die Beziehungen zur UdSSR und überhaupt zu Osteuropa abzubauen, würde den Durchschnittsfranzosen wohl ebenso verblüffen, wie etwa die Aufforderung, eine Dose Kaviar wegzuerfen. Deshalb wagen es selbst die eifrigsten Anhänger des Atlantismus, der proamerikanische Teil der Presse und die Extremrechten nicht, eine Einstellung des Handels mit dem Osten zu fordern.

Das offizielle Paris hat sich von Anfang an vom Kurs Washingtons auf Zuspitzung der internationalen Beziehungen und von Wirtschaftssanktionen gegen Moskau als „Strafe für die Entwicklung in Afghanistan“ distanziert. Ganz Frankreich unterstützte die Regierung in dieser Hinsicht.

Die Politik der USA-Administration findet in der französischen Hauptstadt schon lange keinen Anklang. Selbst nach der bürgerlichen Presse, nach dem staatlichen Funk und Fernsehen kann man beurteilen, wie kritisch die Franzosen zum Vorgehen des Weißen Hauses stehen. Das betrifft die dritte Welt, die Wirtschafts- und Währungsprobleme, die Nahostregelung, die lateinamerikanischen Diktaturen, Iran und auch Westeuropa selbst.

Die bekannten Publizisten Arthur Conte („Paris-Match“) und François Schloesser („Nouvel Observateur“) schrieben fast gleichzeitig zu diesem Thema. Sie sprachen sich recht abfällig über die nun fast 4jährige Präsidentschaft Carters aus und verwiesen darauf, daß Frankreich ebenso wie die anderen EG-Länder besorgt die jähe Wende des USA-Kurses verfolgt, die unter dem Vorwand der afghanischen Ereignisse vollführt wurde.

Der Beitrag im „Nouvel Observateur“ heißt „Wie weit soll man Carter folgen?“ Die Beziehungen zur sozialistischen Welt seien, heißt es dort, „weit vielfältiger, tiefer, ja lebenswichtiger für Europa als die Beziehungen Amerikas zu den Ländern des Warschauer Vertrages“.

Betrachten wir einmal die Beziehungen in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Als erste Staaten unterschiedlichen sozialpolitischen Systems schufen Frankreich und die UdSSR eine Einrichtung zur Realisierung der bilateralen Zusammenarbeit: die Große und die Kleine Kommission. Über 30 Arbeitsgruppen sind am Werk, u. zw. auf so aussichtsreichen Gebieten wie der Weltraumforschung, der friedlichen Atomenergienutzung, der Erforschung von Weltmeeresressourcen, dem Umweltschutz, dem Gesundheits-, dem Bauwesen, der Informatik usw.

In den letzten 10–15 Jahren wurden viele Vorurteile gegen den unbekannten Partner, der sich zudem an grundsätzlich andere Prinzipien hält, weitgehend abgebaut. Die organisatorischen Strukturen und Methoden der Arbeit beider Partner haben sich eingependelt, die Delegations- und Informationsaustausche und die zwischenmenschlichen Kontakte stark vergrößert.

Unter den französischen Geschäftsleuten, die Kontakte zur UdSSR unterhalten, ist neuerdings sogar eine bestimmte Belegung zu beobachten, die mit dem „Ausscheiden“ ihrer überseeischen Konkurrenten zusammenhängt. Die hiesigen Wirtschaftsexperten berichteten mir u. a. vom Projekt des Baus eines leistungsfähigen Aluminiumkomplexes im Sajangebirge, worauf die USA-Firma „Alcoa“ reflektiert hatte. Es scheint jedoch, daß sie die

Zusammenarbeit aufgegeben hat, so daß eine französische Gesellschaft unter den Hauptanwärtern rangiert.

Von dem Wunsch Frankreichs, den wirtschaftlichen Austausch zu vergrößern zeugt auch ein einschlägiges Gespräch, das ich in Kreisen führte, die dem Außenministerium nahe stehen. Insgesamt werden die Wirtschaftsbeziehungen und die industrielle Zusammenarbeit mit Moskau von ihnen als zufriedenstellend eingeschätzt, doch meinen sie, daß mehr getan werden könnte. Mehrere vor kurzem unterzeichnete Großkontrakte werden als positiv beurteilt.

Die Firmen ETPM und UIE unter-

Meiner Meinung nach dürfen wir wie auch die anderen EG-Länder einen so wichtigen Markt nicht außer acht lassen. Unser Ziel ist, nicht nur die Kontakte auf ihrem früheren Stand aufrechtzuerhalten, sondern sie auch in den drei Hauptrichtungen auszubauen: Vergrößerung des Umfangs, Verbesserung der Struktur und Ausgeglichenheit des gegenseitigen Austausches.

Gaetano STAMMATI
Außenhandelsminister Italiens

zeichneten im März einen Kontrakt mit Sudoimport über die Lieferung von zwei Betrieben zum Bau von Bohrschloten an die UdSSR (für Tiefbohrungen auf Erdöl und -gas). Diese Betriebe sollen in Astrachan und Baku entstehen. Die französische Seite wird ferner den sowjetischen Fachleuten das Know-how für den Bau und die Anwendung von Bohrschloten überlassen.

Unter den anderen Verträgen heben die Franzosen besonders folgende hervor: mit der Thomson (automatische Fernsprechkabinen), mit der Wallourec (Rohre), das Abkommen über den Ankauf einer Rechenanlage für die TASS u. a.

Der Mechanismus der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit wirkt reibungslos. Im Oktober v. J. wurde in Moskau die 14. Tagung der Großen und im Februar die 17. Tagung der Kleinen Kommission durchgeführt. Der französische Partner äußert sich positiv über das stürmische Wachstum des Warenumsatzes 1979: Frankreich konnte seinen Export fast um 30% und seine Ankäufe in der UdSSR um 38% vergrößern. Übrigens war die Zu-

takte zu sowjetischen Partnern hergestellt. Hier zwei der jüngsten Beispiele für die Festigung dieser Kontakte.

Die Vereinigung „Zentrale Genossenschaft Finnlands“ (OTK) bildete vor kurzem eine Exportgruppe zum Ausbau der Geschäftsbeziehungen zur UdSSR aus sechs OTK-Tochterunternehmen. In die UdSSR und andere RGW-Länder werden 35% der vielfältigen OTK-Exportwaren ausgeführt. Die Tochtergesellschaft „Haka“ baut ein Hotel in Leningrad sowie mehrere Objekte des Kombinate Swetogorsk und des Industriekomplexes Kostamuksa.

Im April 1980 vereinbarten die sowjetische Unionsvereinigung „Neftechimpromexport“ und die finnische Firma „Metex“ die gemeinsame Errichtung von Industrieobjekten in dritten Ländern. Sie werden Betriebe zur Produktion von Zellulose und Papier, von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen entwerfen, finanzieren und bauen. Schon laufen Verhandlungen mit der CSSR, der die Ausrüstungen für eine Zellulosefabrik (200 000 t im Jahr) geliefert werden sollen. Erörtert werden die gemeinsamen Bauvorhaben für ein Zellulose- und Papierkombinat in Bulgarien,

ferner für Industrieobjekte in Griechenland, Kolumbien und Indien.

Für viele westliche Firmen bleibt eine solche Kooperation vorläufig eine „einmalige Formel“. Die UdSSR und Finnland sind Bahnbrecher bei der Entwicklung neuer Formen des beiderseits nützlichen Ost-West-Geschäfts. Ihre Erfahrungen zeigen anschaulich, daß eine Zusammenarbeit, die auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Nutzen beruht, große Perspektiven hat.

G. SIDOROWA

OST-WEST-HANDEL: ZWEI KONZEPTIONEN

nahme des Umsatzes mit der UdSSR und mit Osteuropa insgesamt im vorigen Jahr höher als die entsprechenden Zahlen Frankreichs im Hinblick auf alle anderen Staaten. Erinnert sei daran, daß sich der sowjetisch-französische Handel 1975—1979 gegenüber dem vorausgegangenen Jahrfünft verdreifacht hat.

Wie meine Gesprächspartner betonten, sind diese Kontakte für

Frankreich sehr wichtig, für einige Unternehmen sogar lebenswichtig. Die Lieferungen sowjetischer Energieträger decken 7% der französischen Treibstoffbilanz. Die neue Gas-Pipeline, die beide Länder seit Anfang d. J. verbindet, ermöglicht es, Frankreich mehr sowjetisches Gas zu liefern, was angesichts des labilen internationalen Treibstoffmarktes wesentlich ist. Die sowjetischen Aufträge sind ferner für die französischen Maschinen- und Ausrüstungsexporteure wichtig: Sie setzen in der UdSSR ein Siebentel aller vom Land ausgeführten Ausrüstungen ab.

Meine Gesprächspartner verwiesen auf einen beträchtlichen Un-

terschied zwischen den französisch-sowjetischen und den amerikanisch-sowjetischen Kontakten. Der Warenumsatz zwischen den USA und der UdSSR ist wenig stabil, sein Umfang schwankt von Jahr zu Jahr, was eindeutig auf politische Faktoren zurückgeht.

Anders die französisch-sowjetischen Beziehungen, die ausgeglichener und langfristiger sind. Das bedeutet weit mehr als einzelne Geschäftsabschlüsse, denn diese Beziehungen gestalten sich gemäß den Prinzipien der Entspannung mit all dem Neuen, was sie für den Ausbau der nützlichen Zusammenarbeit in Europa gebracht hat.

Paris

REALISTISCHER SCHRITT

Mitte Mai meldeten westliche Nachrichtenagenturen, daß die japanische Regierung beschlossen hat, die Kreditierung der Geschäfte mit der UdSSR durch die Export-Import-Bank wieder aufzunehmen. Unter den ersten von der Bank gewährten Krediten ist einer von 350 Mio Dollar zur Finanzierung von Großrohrlieferungen.

Die „Mainichi“ sieht in diesem Schritt „ein realistisches Herangehen an den Ost-West-Handel“, besonders nach dem präzedenzlosen Druck, den Washington auf Japan ausübte, um dessen Handel mit der UdSSR zu stoppen.

Kredite spielten schon immer eine wichtige Rolle beim Ausbau des Warenaustausches zwischen Japan und der UdSSR. Günstige Kreditbedingungen erlaubten es, zu Kompensationsabkommen

sowjetischen Kohle, von Eisenschrott, Asbest u. a.

Dank dem Export in die UdSSR (diese kaufte in den letzten Jahren ganze Betriebe) hatten Hunderte japanische Firmen die Möglichkeit, ihre Produktionskapazitäten für lange Zeit auszulasten.

Die Gefahr, wegen des USA-Druckes sowjetische Aufträge zu verlieren, rief deshalb bei den Geschäftskreisen Japans ernste Besorgnis hervor. Der Präsident der Handels- und Industriekammer Nagano, die Leiter der Föderation der Wirtschaftsorganisationen Japans Doko und Inayama sowie andere Großindustrielle verurteilten den Kurs auf Drosselung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR. Laut „Japan Times“ sind Abschlüsse für insgesamt 1,5 Md. Dollar gefährdet.

Die Geschäftsleute denken nicht nur an den heutigen Tag. Sie wissen, daß sich die sowjetische Wirtschaft nach Fünfjahrplänen entwickelt und daß diese Vorhaben enthalten, bei deren Realisierung auch ihre Firmen behilflich sein könnten. Gegenwärtig wird der 11. Fünfjahrplan erarbeitet. Auch deshalb ist die Zuspitzung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR für das japanische Business äußerst ungelegen.

Vor kurzem schrieb die „Daily Yomiuri“: Da die UdSSR und Japan gemeinsam für beide Seiten nützliche große Wirtschaftsprojekte verwirklichen, müsse die Regierung einen nicht konjunkturel bedingten, langfristigen Kurs in Außenpolitik und Wirtschaft ausarbeiten. Diesen Standpunkt teilt die „Mainichi“, die in einem redaktionellen Artikel am 15. Mai betonte: „Die japanische Regierung sollte auch im Hinblick auf die japanisch-sowjetische Realisierung von Projekten zur Erschließung der Naturreichtümer Sibiriens aktiver handeln, was beiden Ländern Nutzen bringen wird.“

B. SERGEJEV

Auf langfristiger Grundlage

— Die wirtschaftliche, industrielle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der UdSSR mit den führenden westlichen Geschäftspartnern erfolgt auf der Grundlage langfristiger Abkommen: mit der BRD für 25 Jahre (unterzeichnet 1978), mit Frankreich für 1980—1985 (1979), mit Finnland bis 1990 (1977). Zehnjahresabkommen bestehen mit Italien (1974) Großbritannien (1975), Österreich (1973) und Dänemark (1975).

— Die Wirtschaftszusammenarbeit mit Frankreich, Finnland, Italien, Österreich und Schweden wickelt sich nach Zehnjahresprogrammen ab.

überzugehen, dank denen Japan seinen Bedarf an Roh- und Werkstoffen zu einem bedeutenden Teil decken kann. Aus sowjetischen Lieferungen deckt Japan seinen Importbedarf an Holz zu mehr als 19%, an Kalisalzen zu 16%, an Aluminium zu 15%, an Nickel zu 22% und an Baumwolle zu 14%. Von großer Bedeutung ist der Import der



MOSKAUER HANDELSZENTRUM LÄDT EIN

In Moskau wurde die erste Baufolge des Zentrums für Welthandel und wissenschaftlich-technische Verbindungen mit dem Ausland abgeschlossen. Das wird der größte unter den 25 ähnlichen Komplexen sein, die zum Weltverband der Zentren für internationalen Handel gehören. Das 21stöckige Verwaltungsgebäude für die Vertretungen ausländischer Firmen, zwei Hotels, eine Kongreßhalle, der Informations- und Auskunftsdienst sowie viele andere Dienste bieten gute Arbeitsbedingungen.

Am Bau nahmen über 80 ausländische Firmen, darunter aus den USA teil. Auch hier ging es nicht ohne „Überraschungen“ seitens Washingtons ab, das die USA-Gesellschaften aufforderte, die Verträge zu stornieren sowie die Montagearbeiter und Einrichter abzuweisen. Trotzdem wurde die erste Baufolge des Zentrums fertig.

W. ROSEN

„NEUE ZEIT“

25-80

GROSSABSCHLÜSSE 1980

JANUAR

● „Terni“ (Italien) unterzeichnet einen Kontrakt mit der UdSSR über die Lieferung von Teilen von Pumpen für Kernkraftwerke.

● „Mahle“ (BRD) wird Ausrüstungen für die Produktion von Dieselmotorkolben liefern.

● „Itochu“ (Japan) erhält einen Auftrag über eine automatische Fertigungsstraße für die Maschinenfabrik Ishewsk.

● „Converta“ (Finnland) tätigt einen Abschluß über die Lieferung von Verpackungsmaterial für die Nahrungsmittel- und andere Industrien.

FEBRUAR

● „Kone“ (Finnland) wird der UdSSR komplette Ausrüstungen für 8 Containerkrane liefern.

● „Fagersta“ und „Uddeholms“ (Schweden) erhalten einen sowjetischen Auftrag für 882 000 m geschweißte rostfreie Rohre.

● „Philipp Brs.“ (Großbritannien) unterzeichnet einen Kontrakt über den Import sowjetischen Hochdruckpolyäthylens.

● „Kamematsu-Gosha“, „Marubeni“ und „Mitsui“ (Japan) kaufen in

der UdSSR eine große Partie Aluminium.

MÄRZ

● „Montedison“ (Italien) unterzeichnet ein Abkommen über die Lieferung von 7 Chemiefabriken an die UdSSR (insgesamt ca. 520 Mio Rubel).

● „Entrepose pour les Travaux Pétroliers Maritimes“ und „Union Industrielle et d'Entreprise“ (Frankreich) unterzeichnen einen Kontrakt über Lieferungen an die UdSSR (Ausrüstungen für Betriebe zur Produktion von Überwasserbooten für Hochseebohrinseln und zur Herstellung von Bohrinselfstützen). Das Geschäft beläuft sich auf ca. 75 Mio Rubel.

● „Pennawalt“ (Großbritannien) erhält einen sowjetischen Auftrag für Schiffsausrüstungen.

● „Gaz de France“ importiert 4 Md. m³ Naturgas aus der UdSSR.

APRIL

● „Noblefield“ (USA) erwirbt eine Lizenz für die sowjetische „Bulat“-Anlage zur Plasmaverfestigung von Schneidwerkzeugen. Die Anlage wurde früher in Frankreich, Großbritannien, Italien, der BRD und in Japan patentiert.

● „Atlas Copco“ (Schweden) erhält einen Auftrag über Bauteile für Bergbauausrüstung. In den beiden letzten Jahren lieferte diese Firma der UdSSR 30 Selbstfahr-Bohranlagen, Bohrmaschinen für Tiefbohrungen und Lademaschinen.

● „Pont-à-Mousson“ (Frankreich) erhält einen sowjetischen Auftrag für komplette Hüttenwerksausrüstungen.

● „Entrepose pour les Travaux Pétroliers Maritimes“ überläßt der UdSSR das Know-how für Technologien und Spezialmethoden zur Projektierung stationärer Bohrinself für Tiefen bis zu 200 m.

MAI

● „Koneisto“ (Finnland) bestellt in der UdSSR Leit- und Zugspindel- sowie Karusselldrehmaschinen.

● „Finsider“ (Italien) wird der UdSSR Großrohre für Erdgasleitungen liefern.

● „Toyo Menka Kaisha Ltd.“ (Japan) erhält einen sowjetischen Auftrag auf 4 Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Kfz-Kurbelwellen.

● „M. Golodetz Ltd.“ (Großbritannien) importiert aus der UdSSR 20 hydraulische Pressen für Plaste.

● „Mitsui“ (Japan) kauft in der UdSSR mechanische und elektronische Optik an.

(Information: ECOTASS)

KOMPETENTE MEINUNG

INFRASTRUKTUR DER ENTSPANNUNG

Die herrschenden USA-Kreise unternehmen im Zuge ihrer antisowjetischen Kampagne auch Versuche, die geschäftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu untergraben. Washington führte Restriktionen für die Kontakte mit der UdSSR in Handel, Wissenschaft und Technik ein, nun ruft es seine NATO-Partner und Japan zur Teilnahme am Wirtschaftsboykott auf. Die USA-Administration verhehlt nicht einmal, daß ihr Ziel darin besteht, der Wirtschaftsentwicklung der UdSSR Schaden zuzufügen.

Es ist verblüffend, wieso die Urheber dieses neuen „Kreuzzuges“ mit einem Erfolg rechnen. All das gab es ja schon einmal: in der schweren Zeit nach dem Sieg der Oktoberrevolution, im Bürgerkrieg, in den 30er Jahren und in den Jahren des kalten Krieges. Nach allem zu urteilen, haben die Initiatoren solcher Boykotts in den letzten mehr als 60 Jahren nichts begriffen und nichts dazugelernt. Jedesmal scheiterten ja ihre Blockaden, Embargos und Sanktionen, vor allem deshalb, weil sie den nationalen Interessen der westlichen Länder selbst, den grundlegenden

Erfordernissen ihrer Völker, des realistisch denkenden Teils der Geschäftskreise zuwiderlaufen.

Die in diesem Heft veröffentlichten Materialien zeigen: Auch jetzt neigen die meisten anderen Länder des Westens trotz des beispiellosen Drucks, den Washington auf sie ausübt, nicht dazu, ihre Zusammenarbeit mit der UdSSR in Handel, Industrie, Wissenschaft und Technik aufzugeben. Eine solche Zusammenarbeit erleichtert angesichts der flauen Konjunktur in der kapitalistischen Wirtschaft die Lage nicht nur großer, sondern auch Tausender mittlerer und kleiner Firmen; vom „Osthandel“ hängen die Arbeitsplätze für Hunderttausende Werktätige ab.

In Westeuropa ist man sich darüber klar, daß die EG-Länder 1979 der UdSSR fast viermal soviel Waren verkauften wie den USA und daß der Verlust der sowjetischen Aufträge schwere Folgen für ihre Wirtschaft haben würde.

Die historischen Erfahrungen erhärten die Richtigkeit von Lenins prophetischen Worten: Eine Kraft wie die allgemeinen weltweiten Wirtschaftsbezie-

hungen macht alle Versuche zunichte, die natürlichen Handelsbeziehungen der kapitalistischen Länder zur UdSSR abzubrechen. Der Handel mit der sozialistischen Welt ist für sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Daß die Außenwirtschaftspolitik der USA-Regierung unvernünftig ist, zeigt besonders die positive Entwicklung des Ost-West-Handels in den 70er Jahren. Die Entspannung bewirkte ein rasches Wachstum des Handels zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern. Mit den meisten von ihnen wurden langfristige Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen. Neue Formen breitangelegter Geschäftskontakte entstanden, ein wirksamer Mechanismus zur Anbahnung eines für alle Partner nützlichen Austausches — bilaterale Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit — wurde geschaffen. Es hat sich eine kommerzielle und wirtschaftliche Infrastruktur herausgebildet, die das Fundament für ein nützliches und gleichberechtigtes Zusammenwirken für viele Jahre legte. Diese Infrastruktur zerstören, hieße, die Entwicklung der ganzen Weltwirtschaft zurückwerfen und eines der sichersten Mittel zum materiellen Untergang der friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen ausschalten.

Prof. B. WAGANOW

Zusammengestellt von F. GORJUNOW und G. SIDOROWA

EINE VERLORENE GENERATION

„Heutzutage stoßen wir, besonders bei der Jugend, auf Denkweisen, die wir genau beachten müssen“, sagte Deng Xiaoping, der stellvertretende Premier des Staatsrats, am 16. Januar d. J. bei einer Beratung hoher Funktionäre. Was er damit meinte, hat Wang Renzhong, ein anderer Vizepremier, mehr oder minder in einer Rede am Tag der Jugend erläutert, der in China am 4. Mai begangen wird. Er sagte: „Wir müssen um die Jugend kämpfen. Ein Teil der Jugend ist schädlichen Anschauungen zugänglich. Das ist ein objektiver Faktor, der nicht übersehen werden darf.“

Die von den beiden Staatsmännern erwähnten „Denkweisen“ und „schädlichen Anschauungen“ sind nichts anderes als die antimaoistischen Stimmungen bei der Jugend, dieser Jugend, die vom „großen Steuermann“ irregeführt wurde (denken wir an die Exzesse der Hongweibings!) und zum Teil begriffen hat, welch tragische Rolle sie in der Geschichte Chinas spielte; die keine halbwegs ordentliche Bildung bekommen, keinen guten Beruf erlernen kann und sich deshalb überflüssig fühlt; die an den unablässigen politischen Wetterwechsel, an das Verfallen der Führung aus einem Extrem ins andere gewöhnt ist und der deshalb die Aufrufe und Losungen zum einen Ohr hinein- und zum anderen wieder hinausgehen.

Bei der chinesischen Jugend staut sich die Unzufriedenheit. Um etwas Dampf abzulassen, erlauben die Behörden hin und wieder Publikationen über das Mißgeschick der Jugend. Hier ein paar Auszüge.

„Ein Teil der Jugend hat keine Ideale, er kümmert sich nicht um die Angelegenheiten der Partei und des Volkes und um die Aussichten des Landes. Er krankt an Anarchismus und übermäßigem Individualismus und stört bei den vier Modernisierungen.“ (Aus dem Bericht über eine Beratung von Funktionären für Jugendarbeit in der Armee.)

„Bei einem gewissen Teil der Jugend sind Zweifel und Schwankungen zu beobachten, manche Jugendliche glauben an nichts mehr.“ („Beijing ribao“, Peking-Stadtblatt.)

„Viele junge Leute wissen nicht, was Sozialismus und was Kapitalismus, was das neue und was das alte China ist. Ihr Denken ist noch immer verworren. Auch verstehen sich jung und alt nicht. Manche alten Funktionäre verhalten sich nicht gut zur Jugend.“ (Jugendzeitung „Zhongguo qingnianbao“.)

„Es ist nicht weiter verwunderlich,

daß manche Jungarbeiter unzufrieden sind, daß sie Zweifel haben... Die Ursache ist, daß infolge unserer Versäumnisse die Vorzüge der sozialistischen Ordnung nicht wirken konnten, daß die Produktivkräfte nicht das erforderliche Entwicklungsniveau erreicht haben und daß nicht rechtzeitig Probleme gelöst worden sind, die mit gewissen wunden Punkten im politischen und wirtschaftlichen System zusammenhängen.“ (Gewerkschaftsblatt „Gongren ribao“.)

„Daß viele Jugendliche untätig durch die Straßen schlendern, das ist neu und erst in letzter Zeit der Fall. Nach Untersuchungen in manchen Städten, warten dort die Hälfte aller Jugendlichen auf eine Stelle.“ („Zhongguo qingnianbao“.)



Die Unzufriedenheit der Jugend wird von den Behörden mit Repressalien beantwortet

Aus „Panorama“ (Italien)

„Die Jugendkriminalität ist derart verbreitet, daß das bereits die Stabilität und den Zusammenhalt gefährdet. Die bisherigen Maßnahmen waren nicht umfassend genug.“ („Beijing ribao“.)

„Wenn wir uns noch lange nur darum kümmern werden, daß die Jugend in der Produktion alle Kräfte anspannt, und nicht um ihre Lebensinteressen und ihr kulturelles Leben, dann wird sich das verheerend auf ihren Enthusiasmus und auf das Arbeitsklima bei den vier Modernisierungen auswirken, und manche jungen Menschen können sogar das Interesse am Leben verlieren.“ (Von einer gesamtchinesischen Konferenz über die Arbeit unter der Jugend.)

„In den Stickereiwerkstätten von Kommunen sehe ich oft kleine Mädchen arbeiten. Die Funktionäre, die das doch verbieten sollten, fördern die Kinderarbeit, obwohl auch ohne die Kinder genug Arbeitskräfte da sind. Indessen können diese Kinder nicht einmal die fünf Grundschulklassen absolvieren.“ (Zuschrift des Lehrers Zhen Danian an

die Zeitung „Nanfang ribao“, Guangzhou.)

„Jetzt gibt es in vielen Gebieten nicht einmal die fünf Grundschulklassen. Die frühere Arbeit zur Behebung des Analphabetentums wurde nicht zu Ende geführt, das Analphabetentum unter der heutigen Jugend nimmt zu.“ („Renmin ribao“.)

„Die Verbreitung der Grundschulbildung auf dem Lande ist im Rückstand, sie ist dort nie richtig verbreitet worden. Der Prozentsatz der erfaßten Kinder ist scheinbar hoch, aber die Qualität des Unterrichts wird schlechter, und so kommen immer neue Analphabeten und Halbanalphabeten zu den alten hinzu.“ („Beijing ribao“.)

„Eine Untersuchung hat ergeben, daß von 170 984 Einwohnern des Kreises Pinghe, Provinz Fujian, über 68 000 weder lesen noch schreiben können. Von ihnen sind 79% Leute im Alter zwischen 20 und 45 Jahren.“ („Renmin ribao“.)

„Jetzt, 1979, sind nur 4% der Abiturienten in Hochschulen aufgenommen worden, 96% sind also nicht angekommen.“ (Aus einer Rede Unterrichtsminister Jiang Nanxiangs bei einem gesamtchinesischen Kolloquium über die Arbeit an den Grund- und Oberschulen.)

„China hat jetzt viel weniger Erholungsmöglichkeiten für die Jugend als 1965, aber um gut 100 Millionen junge Menschen mehr. Die meisten früheren Jugendpaläste und anderen Jugendzentren wurden während der Kulturrevolution zerstört oder zweckentfremdet.“

„Ich finde, es haben sich soviel Schwierigkeiten und Probleme angesammelt, daß die vier Modernisierungen bis zum Jahre 2000 und noch in weiteren 20 Jahren nicht zu schaffen sind.“ (Worte eines Jungarbeiters, die in der „Gongren ribao“ zitiert wurden.)

„Die Leute, mit denen ich in Berührung komme, sind von Heuchelei Egoismus und Habgier angekränkt. Jetzt weiß ich gar nicht mehr, was für ein Mensch ich werden soll. Ich finde keinen richtigen Lebensweg.“ (Aus dem Aufsatz einer Schanghaier Schülerin, wie er in „Renmin ribao“ zitiert worden ist.)

„Ein Teil der Jugend ist verzweifelt und mißtrauisch.“ Das gestand unlängst Radio Peking, und man erkennt daraus, wie teuer das chinesische Volk es bezahlt hat und noch bezahlt, daß die Führung des Landes dem wissenschaftlichen Sozialismus den Rücken gekehrt hat. Eine Gesellschaft aber, die ihre Jugend verloren hat, ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.

W. TUROW

IN UND UM OLYMPIA

Wladislaw DROBKOW

Von der flachen Küste des Westpeloponnes biegt die Straße zur Mitte der Halbinsel ab und schlängelt sich zwischen sanften, mit niedrigen Kiefern, wilden Olivenbäumen und Sträuchern bewachsenen Hügeln. Hier und da ragen kerzengerade Zypressen in den Himmel. Schmucke Häuser weißer Städtchen treten dicht an die Chaussee. Varvassena, Smila, Pelopion... Jahrtausendealte Städte mit reicher Geschichte. Jetzt aber erinnern an ihre Vergangenheit nur wenige noch erhaltene Marmorplatten und alte Chroniken. Heute herrscht in diesen Orten der übliche Alltag.

Auf den ersten Blick unterscheidet sich Olympia kaum von den umliegenden Kleinstädten. Die Hauptstraße mit Andenkenläden (vielleicht etwas mehr Geschäfte als andernorts). Alte Männer an Cafétischen... Gemächlicher Lebensrhythmus... Ohne Touristen ist Olympia ein verträumtes Städtchen. Nur in der Hochsaison ist hier etwas los.

Das Interesse der zahlreichen Gäste für die hiesigen Sehenswürdigkeiten ist verständlich. Olympia ist die Wiege einer der bemerkenswertesten Bewegungen in der Geschichte: der olympischen Bewegung, in welcher der Eifer des Wettkampfs, das Streben nach Vollkommenheit und Schönheit, der Wille zur Überwindung von Schwierigkeiten und zum Sieg mit dem uralten Streben der Menschheit nach Frieden eine Bindung eingehen.

Ein Symbol des Friedens, blieb Olympia von Zerstörungen nicht verschont. Auch hier fielen Eroberer ein. Im Jahre 426 befahl Theodosius II. die völlige Vernichtung der Sportanlagen und Tempel. Das erstarkende Christentum beehrte sich, die Denkmäler und Heiligtümer der olympischen Götter und zusammen mit ihnen den „heidnischen Geist“ der Spiele zu vernichten. Die gewaltigen Erdbeben im 6. Jahrhundert verwüsteten Olympia dann völlig. Sand und Schlamm deckten allmählich seine Trümmer zu. Fast anderthalb Jahrtausende war die Stadt vergessen. Erst 1875 gruben Archäologen am Fuß des Kronoshügels die ersten Tempelruinen aus, die die Sagen vom einstigen Ruhm Olympias und der Olympiaden bestätigen.

Sogar als Ruinen beeindruckten diese Tempel durch ihre majestä-

tische Schönheit. Der Zeustempel ruft die Erinnerung an die dräuende Macht des obersten Gottes der griechischen Mythen wach. Von ihren Sockeln gestürzte Riesensäulen haben sich in die Erde gesenkt, aber der Unterbau aus Kalkstein hat seine Festigkeit behalten. Neben dem Tempel erhebt sich der Sockel der berühmten Nikestatue. Die von Paionios gemeißelte Siegesgöttin stieg mit ausgebreiteten Flügeln, in wehender Tunika vom Himmel herab, um die Sieger zu krönen. Die Plastik, genauer, das, was von ihr aufgefunden werden konnte, wird im archäologischen Museum von Olympia aufbewahrt.

Die jungen Archäologen Aris Lazaridis und Costas Zachos sagten mir, daß noch immer neue Funde im Museum eintreffen: manchmal ganze kleine Plastiken oder Vasen, häufiger Scherben und Überreste. Es wird erforscht, woher sie kommen, wie es im Ganzen ausgesehen haben mag. Sie glauben, daß die wichtigsten Funde schon gemacht sind, doch könnten noch Statuen, Hausrat, Schmuck und ganze Bauten des alten Olympia unter Schlamm und Sand verborgen sein.

Die Archäologen zeigen mir zwei von Patina überzogene Bronzehelme. Sie wurden vor kurzem im Fluß gefunden. Möglicherweise gehörten sie den Soldaten Theodosios' II., die Olympia zerstört und geplündert hatten. Im Fluß wurden ferner eine Bronzevase und Scherben von Tongefäßen gefunden; gegenwärtig arbeitet der Restaurator Socratis Christopoulos daran. Der junge, hochgewachsene Socratis hat starke, breite Bauernhände. Er stammt aus Flocia, einem unweit gelegenen Dorf. Seit 8 Jahren arbeitet er im Museum, um Erzeugnisse der alten Meister neues Leben einzuhauchen.

Nördlich vom Zeustempel, zum Kronoshügel hin, liegen die beiden Hauptbauten des heiligen Haines (Altis), in dem religiöse Riten und feierliche Zeremonien des alten Olympia abgehalten wurden. Besonders gut erhalten ist das Heraion, der Tempel der Göttin der Erde, Heras. Auf einer kleinen Erhöhung vor dem Heraion wird alle vier Jahre feierlich das Olympische Feuer angezündet. In der Mitte der Erhöhung steht dann ein Hohlspiegel, der die Sonnenstrahlen zu einem Bündel sammelt und die Fackel aufflammen



Hier wird das Olympische Feuer angezündet

Foto des Verfassers

läßt. Läufer tragen das Feuer nach Athen und übergeben es dort in dem Stadion, wo 1896 die Olympischen Spiele eine Wiedergeburt feierten, Vertretern des Landes, das die nächste Olympiade durchführt.

Neben dem Heratempel befanden sich die Schatzhäuser von Stadtstaaten; ihre reichen Gaben zeugten von der Verehrung, die die Zeitgenossen Olympia entgegenbrachten. Zwischen den Schatzhäusern und dem Heraion haben sich Steinschalen erhalten. Dort stand einst das anmutige Nymphäum im reichen Skulpturenschmuck. Damals waren die Schalen mit kristallklarem Quellwasser gefüllt, das über einen Aquädukt von den Hügeln kam.

Überall zwischen den Bäumen sieht man die Fundamente anderer altertümlicher Bauten und Monumente. An die Altis stießen Wohnräume und Anlagen zur Körpererziehung: das Gymnasion, die Palästra (für Ringkämpfer), das Leonidaion u.a.

Östlich von der Altis liegt das berühmte, erste Olympische Stadion. Ein Streifen aus Marmorplatten kennzeichnet hier das Ziel der Wettrennen im Altertum. Vom Start trennen es 192 m, d. h. ein Stadion. Einst tobten die Sportleidschaften im Stadion, das fast 20 000 Zuschauern Platz bot. Jetzt herrscht hier Stille. Die umliegenden Hügel schützen die flache Senke vor Winden. Dort, wo der Sage nach Zeus, in Begleitung Herakles' und seiner Brüder, das erste Wettrennen veranstaltete, laufen gemächlich Touristen, um zu Hause erzählen zu können, daß sie die berühmte Stadion-Strecke bezwungen haben.

Unweit des alten Olympia führt eine kurze Allee von der Chaussee zu einem Hügel. Am Ende der Allee steht eine Marmorstele. Hier ist

das Herz von Pierre de Coubertin begraben. Ihm verdankt die olympische Bewegung ihre Restauration. Der Franzose widmete sein ganzes Leben der Popularisierung der olympischen Idee. Er organisierte den Internationalen Sportkongreß in Paris, auf dem das erste Internationale Olympische Komitee gegründet wurde. Als sein Sekretär leistete Pierre Coubertin viel für die Organisation der 1896 in Athen wiederbelebten Olympischen Spiele. Gemäß seinem Letzten Willen ruht sein Herz in Olympia.

Den neuen Olympischen Spielen ist eines der hiesigen Museen gewidmet. Es liegt in einem stillen Randbezirk, und doch glaubt man in seinen Sälen den Lärm der olympischen Hauptstädte zu hören.

Hier sieht man Fotos, Medaillen, Briefmarken und Symbole der Spiele, auch Fackeln, Siegerlisten. Eine Sonderausstellung gilt der bevorstehenden XXII. Olympiade in Moskau.

Als Mitarbeiter des Museums erfahren, daß wir aus der UdSSR kommen, fragen sie uns nach den Vorbereitungen zur Olympiade und wünschen ihr Erfolg. Heute hört man das Wort Moskau im kleinen Olympia sehr oft. In der Heimat der Spiele wartet man mit Ungeduld auf den Beginn des Sportfestes. Mit Empörung spricht man hier von den Versuchen, es zu stören. In Griechenland haben sich weder die Regierung noch die Sportler von überseeischen Politikern erpressen lassen und ihre Unterstützung für die Olympiade in Moskau bekundet.

Der Bürgermeister von Olympia, A. Koutras, sagte mir: „Der Versuch der USA, einen Boykott der Olympiade aufzuziehen, ist mit dem Geist und dem Ideal der olympischen Bewegung unvereinbar. Im Winter wurde in Olympia das Feuer für die Spiele in Lake Placid entzündet. Viele Amerikaner — Journalisten, Sportler — waren gekommen. Ich sagte ihnen, daß wir ihrem NOK zusammen mit der Flamme die olympische Idee anvertrauen. Wie können die USA nun verlangen, daß dasselbe anderen vorenthalten wird? Die Spiele gehören keinem Land, auch nicht den USA, sie gehören der Menschheit.“

Die Worte des Bürgermeisters waren von der Sorge dafür durchdrungen, daß die olympische Idee und die Spiele weiterbestehen und sich ausdehnen. Griechenland unterstützte die Durchführung der XXII. Olympiade in Moskau und hat vorgeschlagen, daß Athen, Olympia und andere griechische Städte der ständige Ort der nächsten Olympiaden sein sollen. Das IOC wird diesen Vorschlag prüfen.

Olympia—Moskau

SIMBABWE

Schwerer Anfang

Von unserem Sonderberichterstatter Boris ASSOJAN

Im Zentrum von Salisbury umstehen aufgeregte Weiße ein paar Polizisten. Soeben ist mit heulender Sirene ein Rettungswagen mit den Leichen zweier Afrikaner und eines Europäers und ein Polizeiwagen mit gefesselten Verhafteten abgefahren. „Da ist nichts Besonderes passiert“, beruhigte mich ein Constable. „Ein paar Europäer waren empört darüber, daß Afrikaner sie zum Trinken eingeladen hatten, und fingen eine Rauferei an. So etwas kommt noch vor.“

Handgranaten auf dem Fensterbrett

In Simbabwe können sich noch ziemlich viele Weiße nicht mit dem Machtantritt der afrikanischen Regierung abfinden. Für sie ist die Unabhängigkeit eine Tragödie, die Folge eines „internationalen Riesenkomplotts“. In einem Artikel mit der barmenden Überschrift „Der Verrat des tapferen Rhodesiens — 1980“ in der südafrikanischen Zeitschrift „Armed Forces“ schrieb anonym ein ehemaliger Offizier der rhodesischen Armee: „Wird man einmal das Geheimnis des Verrats an unserem Land lüften können?“ Die „richtigen“, d. h. die weißen Rhodesier seien in eine Falle geraten, man habe sie gezwungen, den Terroristen gegenüber zu human zu sein, während man diese doch bis zur letzten Patrone bekämpfen mußte.

Die Rassisten, die die Macht verloren haben, klagen, sie hätten nicht genug unterdrückt, gefoltert und gemordet.

Eines Abends ging ich mit einem Freund in dem Europäerviertel Avondale in die Bar des Hotels George. Sie war überfüllt: nur mit Weißen, vielen jungen. Auf dem kleinen Podium ein paar Musiker. „George her!“ rief das Publikum, und es erschien ein dicker junger Mann mit Glatze. „Los, unser Lied!“ riefen die Gäste. George nickte, setzte sich an den Flügel und spielte: „Rhodesien für immer! Wir stehen am Sambesi, er wird eher versiegen, als daß sie siegen!“

Solche Leute sind noch zahlreich. Sie wollen und können die Realitäten nicht akzeptieren. Die fanatischsten Rassisten sind zum Teil abgereist, und die gebliebenen sind, sind es nicht aus freien Stücken. Nach einem Gesetz, das noch die Regie-

rung Smith verabschiedete, darf ein Europäer, der das Land endgültig verläßt, höchstens 1000 Simbabwe-Dollar mitnehmen. Jetzt wird die Aufhebung des Gesetzes gefordert. Das haben die Abgeordneten der Rhodesischen Front (der Partei von Smith) im Parlament beantragt. Finanzminister Nkala hat mit Recht entgegnet, das Land brauche Devisen, und deshalb sollten Abwandernde überhaupt kein Geld ausführen dürfen.



Das Volk begrüßt die Eröffnung des Parlaments.

„Wir fordern alle Simbawer, die Weißen und die Schwarzen, zur Teilnahme am Aufbau des neuen Simbawes auf“, sagte Ministerpräsident Mugabe. „Wir müssen unsere Differenzen beilegen, denn der Krieg ist zu Ende und Simbabwe unabhängig“, fügte Innenminister Nkomo hinzu. „Die Diskriminierung muß ein Ende haben, ganz gleich, von wem sie ausgeht.“

Trotz solcher Aufrufe und der Appelle zur Einheit beim Aufbau des neuen Simbawes vergeht vielen Europäern die Angst vor ihrer Zukunft nicht. Sie glauben, der afrikanische Nationalismus werde ihre Rechte allmählich einschränken und sie schließlich aus dem Land verdrängen.

Als ich vor der Abreise meine Hotelrechnung beglich, kam eine ältere Dame zur Rezeption und fragte etwas. Der Angestellte nickte, öffnete den Safe und nahm einen Kasten heraus. Die Dame öffnete ihn. Darin lagen eine Mauser-Colt-45 und Patronen. Die Besitzerin fing meinen ver-

wunderten Blick auf und sagte lächelnd: „Ein bißchen schwer, aber ich muß zurück nach Haus. Sie wissen ja, wie das heute ist.“

Ein Europäer meiner Bekanntschaft lud mich zu sich ein und rühmte sich seiner „Wehrfähigkeit“. Er besaß mehrere MPis und Pistolen. Auf dem Fensterbrett lagen unter harmlosen Zedernzapfen drei Handgranaten. „Falls nötig, bringen wir in Minuten genug Waffen für einen richtigen Kleinkrieg in unserem Viertel zusammen“, sagte er stolz und drückte seinen sechsjährigen Jungen an sich. „Wenn sie anfangen, uns zu unterdrücken, dann wissen wir schon, was wir tun.“

Auch an der weißen Jugend ist der Krieg nicht spurlos vorübergegangen. Viele hat er dahingerafft, und die anderen, die von der Schulbank weg das rassistische Regime verteidigen mußten, wissen jetzt nicht, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen. Die „patriotische“ Propaganda hat ganze Arbeit gemacht, sie hat zum Kampf gegen den „Weltkommunismus“ gehetzt, der, als „schwarzer Terrorismus“ getarnt, ins Land eingedrungen sei. Ein junger Mann, der in der rhodesischen Armee Sergeant war, beklagte sich mir gegenüber: „Gestern waren wir noch Vaterlandsverteidiger und Helden, heute zeigt es sich, daß wir umsonst gekämpft haben und daß uns keiner braucht.“ Eine Mrs. Clark, Inhaberin eines Colleges in Bulawayo, sagte erschüttert: „Wir erkennen unsere Jungen nicht wieder. Wir haben uns bemüht, ihnen eine christliche Erziehung zu geben, sie sind aber aggressiv, zynisch, als seelische Krüppel aus dem Krieg gekommen.“

Von Feindschaft zur Loyalität

Das heißt aber nicht, daß alle Weißen glauben, mit der Macht der Afrikaner nicht auskommen zu können. Viele machen sichtlich eine schwierige Anpassung an die neue Situation durch. Ihre Stimmungen scheint mir sehr treffend der Ex-Ministerpräsident Südrhodesiens, Ian Smith, ausgedrückt zu haben, der übrigens sein Arbeitszimmer im zweiten Stock des Parlamentsgebäudes behalten hat. Über seinem Schreibtisch hängt noch immer ein Bild des Eroberers von Rhodesien, Cecil Rhodes, draußen grünt nach wie vor die nach ihm benannte Anlage, deren Alleen in Form der Streifen des britischen Union Jack angelegt sind. Alles wie früher, nur daß an der Fahnenstange vor Smiths Fenster die Flagge des unabhängigen Simbabwe weht.

Smith sagt: „Ich bedaure nichts. Alles, was ich tat und wofür ich kämpfte, war berechtigt und gerecht. Natürlich schlimm, daß ich kämpfen mußte und daß es Opfer

gab. Wir haben aber für das Recht des Weißen gekämpft, in diesem Land zu leben, auf dessen Schaffung wir soviel Mühe verwendet haben.“

Und das sagt Smith, der noch vor einigen Jahren großmäulig versprach, er werde keine Mehrheitsregierung zulassen, in Rhodesien würden die Afrikaner noch in 1000 Jahren nicht zur Macht kommen. Nach seinem Gelübde von 1976 vergingen aber nur 1000 Tage, bis die Forderungen der Afrikaner durchkamen.

Diese Worte von Smith erinnern mich daran, daß er einige Stunden, nachdem die Unabhängigkeit ausgerufen worden war, im britischen Fernsehen erklärte: „Die einseitige Ausrufung der Unabhängigkeit Rhodesiens von 1965 war durchaus berechtigt.“

Jetzt zieht es Smith vor, von „kommunistischen Verschwörungen“ nichts verlauten zu lassen, während er seinen weißen Mitbürgern noch vor einigen Jahren suggerierte, alles Unglück Rhodesiens komme von der „Abmachung des Kremls, der UNO, der Londoner Schule für Ökonomie, Rockefeller und des britischen „Guardian“. Mit diesem Gefasel verträgt sich ganz und gar nicht seine Liebedienerei vor der neuen Regierung, die er sehr repräsentativ und sogar fähig nennt, „Voraussetzungen für ein Gedeihen des Landes zu schaffen“. Das einzige, wozu er sich noch immer nicht entschließen kann, ist, das Land mit dessen verfassungsmäßigem Namen — Simbabwe — zu nennen.

Allgemein hatte ich den Eindruck, daß die Weißen verschieden zur Macht der Afrikaner stehen. Neben „Unversöhnlichen“ gibt es viele, die bleiben wollen und sich loyal zu dieser Regierung verhalten, die übrigens zwei weiße Minister hat.

Und was geht unter den Afrikanern, den fast 7 Millionen der Herren im Land, vor?

Isolierung der Marionetten

Präsident Banana sagte in seiner Rede bei Eröffnung des Parlaments: „Es ist die erstrangige Aufgabe der Regierung, den Frieden zu festigen.“

Frieden und Stabilität hängen außer von den Beziehungen zwischen Weißen und Afrikanern auch von denen unter den Afrikanern selbst ab. Unter ihnen sind ja auch Gegner der Regierung. An ihrer Spitze steht Bischof Muzorewa, der in der Marionettenregierung, die kaum ein Jahr bestand, Minister-

präsident war und dem Vereinigten Afrikanischen Nationalrat (UANC) vorsteht. Die Patrioten konnten aber ihn und seinen Anhang isolieren.

Muzorewa empfing mich nicht, er behauptete, zuviel zu tun zu haben. Bei der Führung seiner Partei aber sagte man mir: „Er möchte möglichst niemanden sehen, selbst zu uns kommt er jetzt selten. Sie verstehen, wie ihm zumute ist!“

Gewiß nicht sehr gut. Im Hauptquartier seiner Partei hängen noch ausgebliehene Plakate mit dem süßlich lächelnden Bischof und der Jubelaufschrift: „Der Sieger!“ Das ist alles, was von den „Wahlen“ von 1979 übrig ist, bei denen Muzorewa von den weißen Rassen zur Macht gebracht wurde, die mit seiner Hilfe eine gerechte Lösung des Simbabwe-Problems verhindern wollten.



Straße in Salisbury

Fotos des Verfassers

Der „Sieger“ von 1979 ist es 1980 nicht mehr. Im Februar 1980 bekam seine Partei nur drei Parlamentssitze, weniger, als er im Wahlkampf Hubschrauber benutzt hatte. Mazaiwana, der in seiner Regierung Unterrichtsminister war, sagte empört: „Da stimmt doch was nicht. Wir haben viel mehr Anhänger als die anderen Parteien, und jetzt so ein Wahlergebnis!“

Man kann begreifen, daß die UANC-Führung einen Schock bekommen hat. Es ist ja wirklich nicht so leicht zu verstehen, wie man mit den Millionensummen von der RSA und den westlichen Konzernen, beim Rückhalt in der westlichen Welt sowie bei der einheimischen Reaktion unterliegen kann. Aber nur die Mitglieder des UANC wundern sich. Die meisten Simbawer sind sich darüber klar, wie das gekommen ist: Das Marionettenregime konnte und wollte den Krieg nicht einstellen, es strebte nach keiner gerechten Regelung, tat nichts für eine Besserstellung der Afrikaner und machte der Rassendiskriminierung kein Ende.

Deshalb ist Muzorewa gefallen.

In seiner ersten Parlamentsrede am 27. Mai versuchte sich der Bischof zu rechtfertigen und nachzuweisen, daß er nie gegen das Volk vorgegangen sei. Die Abgeordneten blieben unbeeindruckt. Es kamen Zwischenrufe: „Verräter!“ — „Wieviele Kinder hast du umgebracht?“. Nur mit Mühe kam Muzorewa zu Ende und ging, bevor die Sitzung aufgehoben wurde, umgeben von Schlägern mit ausgebeulten Gesäßtaschen. Sie rissen den Schlag eines grünen „Buick“ vor ihm auf, und er fuhr ab, begleitet von drei Wagen voller Leibwächter. Das war zu verstehen. Wer möchte sich nach einer solchen Blamage den Reportern stellen?

„Keine Zeit zum Abrechnen“

Und doch ist es in vielen Gebieten noch unruhig. Fast strafflos terrorisieren bewaffnete Banden die Landbevölkerung. Die Kriminalität im Landesdurchschnitt ist seit dem vorigen Jahr auf ein Mehrfaches angewachsen, vielleicht als Folge der Generalamnestie aus Anlaß der Unabhängigkeit, bei der einige tausend Kriminelle freigekommen sind.

Die Ordnung im Land wird aber nicht nur von ihnen gestört. Es kommt, wie man hier besorgt feststellt, zu „politisch motivierten Verbrechen“. Gewisse Elemente überfallen angeblich im Namen einer oder der anderen politischen Gruppierung Anhänger anderer Parteien und veranstalteten Lynchgerichte.

Eine Ursache der gespannten Lage ist die Zusammensetzung der 7 Millionen zählenden afrikanischen Bevölkerung Simbabwe. Sie besteht größtenteils aus den Shona (77%) und den Ndebele (19%). Die Shona ihrerseits setzen sich aus etwa acht großen Stämmen zusammen, von denen die wichtigsten — die Zezuru, Korekore, Manyika und Karanga — den größten Teil des Landesgebiets in der Hand haben. Die Afrikanerparteien stützen sich größtenteils auf ihre Stammesgruppen, haben aber auch Anhänger in anderen Gebieten.

Die Stammesstruktur und die Feindschaft zwischen Stämmen, die von den Kolonialisten und Rassisten geschürt wurde, sind noch jetzt den Kolonialisten von Nutzen. Nicht zuletzt haben sie das Mißtrauen der wichtigsten Bevölkerungsgruppen zueinander gestiftet.

Besonders gefährlich für Simbabwe sind die Versuche, die Einheit der patriotischen Kräfte zu stören. Bekanntlich bekam die ZANU, die von Mugabe geführte Patriotic Front, bei den Wahlen 57 von den 80 Sitzen im Parlament. Die ZAPU, die Patriotic Front unter Nkomo, bekam 20. Nur wenn sie ihr Vorgehen mit-

einander abstimmen, können sie die Ränke der inneren und äußeren Reaktion durchkreuzen und die Unabhängigkeit des Landes konsolidieren.

Die Führungen der beiden wollen wie früher zusammenarbeiten. In ihren Ortsgruppen sind sich aber noch nicht alle der Tatsache bewußt, daß die Einheit lebensnotwendig ist. Daher die Zusammenstöße wegen persönlicher und wegen Stammesangelegenheiten.

Ein Mitglied des ZK der ZANU, Eddison Zwobgo, sagte mir folgendes: „Wir finden, so etwas darf es im freien Simbabwe nicht geben. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich diese kleinen Zwistigkeiten zu großen Zusammenstößen auswachsen, die unsere Unabhängigkeit gefährden könnten.“ Ähnliches sagte mir in Salisbury Innenminister Nkomo: „Manche glauben, die Unabhängigkeit ist noch nicht da, man müsse weiter kämpfen. Solchen Leuten sagen wir: Simbabwe ist frei, wir haben gesiegt, jetzt müssen wir gemeinsam den friedlichen Aufbau voranbringen. Jetzt ist keine Zeit zum Abrechnen.“

Die Einheit ist auch deshalb notwendig, weil der Nachbar im Süden mit scheelen Augen die Wandlungen verfolgt und bei Fehlschlägen versuchen könnte, sich in die inneren Angelegenheiten des unabhängigen Simbawwes einzumischen und dort den Rassismus wiederaufzurichten.

Ein neuer „Fronstaat“

„In der RSA besteht gar keine Rassendiskriminierung. Das hat sich alles die kommunistische Propaganda ausgedacht“, sagte mir ein südafrikanischer Geschäftsmann. „Sie können sicher sein: Noch ein Simbabwe wird es bei uns nicht geben. Dagegen treffen wir Maßnahmen.“

Die reaktionärsten Politiker in der RSA glauben immer noch, festere Positionen als die rhodesischen „Verlierer“ zu haben: eine viel stärkere Armee und viel mehr Mittel.

Genauso dachten die weißen Rhodesier. Sie behaupteten, die Befreiungskräfte schlagen zu können.

In der RSA ist kein Frieden mehr, wenn auch noch kein Krieg. Auf beiden Seiten aber rüstet man zu kommenden Gefechten. Die weißen Rassisten bewaffnen sich ganz offen, sie haben den Wehretat erhöht und sogar die Schulkinder an den Gedanken gewöhnt, daß ein Krieg gegen die afrikanische Mehrheit unausbleiblich sei. Die Afrikaner legen den Nachdruck auf die Politisierung der Massen, sie intensivieren die illegale Arbeit und dehnen die Operationen der Partisanen aus.

Es gibt vieles, über das sich die Rassisten der RSA Gedanken machen sollten.

Die Regierung Simbawwes hat einen Kurs auf die moralische und politische Unterstützung der nationalen Freiheitsbewegungen der Völker Namibias und der RSA angekündigt. Mugabe sagte: „Nachdem wir die Unabhängigkeit errungen haben, sind wir automatisch ein Frontstaat geworden.“ Die Regierung Simbawwes hat erklärt, sie werde das Verteidigungskomitee der OAU unterstützen. Der Ministerpräsident betonte: „Wir finden, daß der Krieg in Namibia im Sinne der von der SWAPO akzeptierten Vorschläge der UNO schnell eingestellt werden kann... Die Alternative zur friedlichen Lösung des Namibia-Problems wäre eine Eskalation des Konflikts zwischen dem Volk Namibias und der RSA-Regierung.“

Ende Mai schloß Simbabwe mit Mocambique ein Abkommen über gemeinsame Verteidigung. Beide haben sich verpflichtet, die nationale Freiheitsbewegung mehr zu unterstützen und die Beziehungen zu den fortschrittlichen Ländern enger zu gestalten. Ein wichtiger politischer Beschluß der neuen Regierung betrifft die Einstellung der Sportverbindungen mit der RSA. Mugabe sagte am 22. Mai im Parlament, der Beschluß liege im Interesse Simbawwes auf weite Sicht, es decke sich mit den Interessen der fortschrittlichen Länder Afrikas und der übrigen Welt. „Wir wollen uns, besonders vor der Olympiade in Moskau, nicht so blamieren“, sagte er. „Ich schätze es sehr, daß unser Land zu den Spielen zugelassen worden ist.“

Der Sieg des Volks von Simbabwe ist ein Sieg aller Fortschrittskräfte der Welt, die gegen den Rassismus und die soziale Ungerechtigkeit angehen.

In einem Interview für die „NZ“ sagte Eddison Zwobgo: „Die UdSSR ist unser naturgemäßer Verbündeter, weil sie unserem Volk im Unabhängigkeitskampf beigestanden hat. Wir sind an freundschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern interessiert und müssen unsere Freundschaft festigen, um energischer gegen den Imperialismus anzukämpfen.“

Simbabwe kann dem Kampf der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt nicht fernbleiben. „Der Kampf geht weiter, bis zum Sieg. Wir werden siegen!“ Diese hier populäre Losung hörte ich im Programm von Radio Salisbury zum Tag der Befreiung Afrikas am 25. Mai 1980. Die Simbabwe sind überzeugt, daß ihre junge Republik unter den unabhängigen Ländern Afrikas einen gebührenden Platz einnehmen wird.

Salisbury—Moskau, im Juni

Die Menschheit erschließt sich den Kosmos, sie lüftet die Geheimnisse des Atoms. Kurz: die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte beeindrucken. Und die Menschen selbst! Sind sie besser, gütiger, sittlicher geworden! Überall nimmt der ewige Kampf um einen Platz an der Sonne seinen Fortgang. Sie schreiben öfter über den neuen Menschen, dem die egoistische Mentalität und Moral nicht mehr anhafte. Glauben Sie wirklich, daß die Menschen so werden können!

Michel MOREAU
Bordeaux, Frankreich



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Albert PIN

Als ich über Ihren Brief nachdachte, fiel mir eine Begegnung ein, die ich kürzlich in Paris mit einem Landsmann von Ihnen hatte. Er heißt André Tourné. Wir trafen uns in der Halle des Parlamentsgebäudes in der Nähe des Palais Bourbon. Als wir uns die Hand gaben, packte er fest zu, hatte aber an seiner Rechten nur zwei Finger, und aus dem linken Ärmel sah eine Prothese hervor. Auf der Stirn hatte er eine tiefe Narbe. Wir fuhrten in sein Arbeitszimmer hinauf. Das Gespräch war interessant, hat aber mit unserem heutigen Thema nichts zu tun, so daß ich es nicht nacherzählen will. Über Tourné möchte ich Ihnen aber etwas sagen.

Der untersetzte Mann mit dem forschenden Blick hat zwei Kriege hinter sich. Vor mehr als 40 Jahren ging er als einer der ersten Freiwilligen nach Spanien, um auf der Seite der Republikaner gegen Franco zu kämpfen. Als der Krieg in sein Land kam, kämpfte der Kommunist Tourné weiter gegen den Faschismus — er war bei der Résistance. Für seine Verdienste beförderte ihn de Gaulle zum Oberstleutnant. Am 25. August 1944 wurde er im Kampf der Résistance um Lyon, als Flugzeuge der Naziluftwaffe den Befehlsstand der Partisanen angriffen, schwer verwundet. Wie durch ein Wunder überlebte er seine Verletzungen und kam wieder zu Kräften, um zu kämpfen — nicht „um einen Platz an der Sonne“ für sich und seine Nächsten, sondern für die Interessen aller arbeitenden Menschen.

Seit mehr als 30 Jahren ist er Depu-

tiert der Nationalversammlung vom Departement Pyrenées-Orientales. Er steht dem Veteranenverband der Französischen Republik vor. Er hätte es doch gewiß verdient, in den Ruhestand zu treten, aber er gönnt sich keine Ruhe. Bald legt er sich für die Bauern ins Zeug, die durch den Vorstoß der EG-Nachbarn auf dem Markt Frankreichs geschädigt werden, bald bemüht er sich um Hilfe für die Kriegsveteranen.

Was veranlaßt ihn dazu? Und was bringt Zehntausende andere Kommunisten dazu, sich im Kampf für die Rechte der Werktätigen nicht zu schonen? Sie sind Fleisch vom Fleische des Volkes und deshalb geht ihnen das Gemeinwohl und ein Leben in Gerechtigkeit über alles, in dem es keine soziale Ungleichheit gibt. Sie glauben daran, daß eine solche Gesellschaft möglich ist, wie es auch ihre Genossen in der ganzen Welt und wie es die Patrioten glauben, die in Asien, Afrika und Lateinamerika für die Freiheit ihrer Heimat kämpfen; wie es große Denker der Vergangenheit, die Pariser Kommunisten und die russischen Bolschewiki glaubten, die auf die Barrikaden stiegen, in den Kerker und aufs Schafott gingen für ihre Überzeugung, für ein glückliches Dasein künftiger Generationen.

Wahrscheinlich wissen Sie, Herr Moreau, daß die Feinde der Sowjetmacht ihr wiederholt den unausbleiblichen Untergang voraussagten. Sie rechneten darauf, daß sie den Bürgerkrieg nicht überstehen, des Nachkriegsruins nicht Herr werden, daß sie die großartigen ersten Fünfjahrpläne nicht bewältigen und unter dem Ansturm von Hitlers Horden fallen wird. Ihre Hoffnungen sind nicht eingetroffen. Sie wollen den Sozialismus aber nach wie vor gar zu gern „widerlegen“, wenn sie ihn schon nicht auslöschen können. Und da wollen sie uns einreden: „Den Menschen könnt ihr nicht ändern. Er ist von Natur ein Egoist und Raffer. Ideentreue, Uneigennützigkeit und Selbstaufgabe — das sind Phrasen, nichts weiter.“

Der Sozialismus lehnt das als Verleumdung des Menschen ab. Wir Marxisten sind der Meinung, daß nicht der Mensch, sondern seine Lebensverhältnisse an seinen Unzulänglichkeiten schuld sind. Wenn er die Welt, in der er lebt, verbessert, dann wird auch er besser. Es sind keine Phrasen, wenn man sagt: Treue zur sozialistischen Heimat, Bewußtsein der Pflicht vor der Allgemeinheit, Achtung vor anderen Nationen und Völkern, Humanismus, Internationalismus, Großherzigkeit und viele andere schlichte und große Begriffe, auf denen unser Leben beruht. Die Unerschütterlichkeit dieser Grundsätze hat die Probe der Zeit und die schweren Prüfungen bestanden, die die UdSSR wiederholt durchzumachen hatte. Tausende Helden und Millionen Heldentaten sind in unsere Geschichte eingegangen. Wenn wir im heutigen Alltag noch auf Egoismus und andere Eigenschaften aus der Vergangenheit stoßen, dann zeugt das in erster Linie von der Zählebigkeit der alten Mentalität.

Wir waren nie so naiv zu glauben, daß wir am 50. oder 60. Jahrestag der Oktoberrevolution sagen könnten, die Menschen hätten alle ihre Unzulänglichkeiten abgelegt und seien ideal. Wir dürfen aber schon jetzt sagen, daß das Gros der Menschen unseres Landes nicht mehr wie früher ist. Bei Millionen hat sich die neue Moral eingebürgert, nach der der Mensch vor allem für seine seelischen und geistigen Qualitäten geschätzt wird und die die Macht des Geldes über das Denken der Menschen verurteilt. Das geistige Leben der sowjetischen Menschen wird gehaltvoller. Das geht allerdings nicht so schnell vor sich, wie man es wünschen würde. Das Werden des neuen Menschenschlags ist ein schwieriger Prozeß, nicht alle seine Qualitäten bilden sich gleichzeitig und nicht bei allen auf einmal heraus. Man erkennt sie aber an Millionen Menschen von heute, und das bestärkt einen in der Gewißheit, daß mit dem Besserwerden der Lebensverhältnisse auch der Mensch immer besser werden wird.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 11

Übung 2:

1. Коммунисты обращаются с призывом к народам европейского континента.
2. Гонка вооружений наносит ущерб народам европейского континента.
3. Политика «холодной войны» наносит удар по экономике Европы.
4. Разрядка международной напряженности создает благоприятные условия для развития экономики Европы.
5. Военные планы американского империализма неизбежно приводят к понижению уровня жизни трудящихся.
6. Повышение военных расходов отражается на уровне жизни трудящихся.

Zuchthaus für Auserwählte



Ein Amerikaner, besonders ein schwarzer, kommt leicht ins Gefängnis, aber nicht in jedes. Das Zuchthaus Eglin in Florida nimmt nur Auserwählte auf. Es steht in einem duftenden Nadelwald, hat Tennisplätze usw. Hier saß ein gewisser Howard Hunt, der in die Watergate-Affäre verwickelt war, und jetzt wird wieder ein illustrierter Gast erwartet, der Ex-Gouverneur von Maryland Marvin Mandel, der wegen Erpressung verurteilt ist. Er hat sich ausgebeten, seine Strafe hier verbüßen zu dürfen, und man hat es ihm bewilligt. Bei der Einlieferung wurde ihm aber gleich gesagt, daß im Zuchthaus gearbeitet werden muß. Der Arme wird den Rasenmäher schieben müssen.

Vielversprechender Anfang

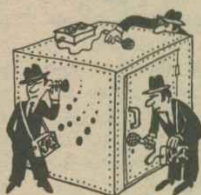
Wie die Wochenschrift „October“ (Kairo) berichtet, erlebte der neue Gouverneur von Alexandria, Naim Abu Talib, an seinem neuen Dienstort eine unangenehme Überraschung. In der Hauptstadt der Provinz, dessen Oberhaupt er jetzt ist, mußte er auf einen Sprung irgendwo hineingehen, und ließ seinen Wagen vor der Tür stehen. Als er wieder herauskam, war

eine Scheibe eingedrückt und waren Sachen und wertvolle Papiere gestohlen. Sein erster Weg im neuen Amt führte ihn also zur Polizei, und ihr gab er seine ersten Anweisungen. Die Diebe sind aber noch nicht gefunden worden.

Es könnte jemand blind werden

Im neuen Pekinger internationalen Flughafen wurde, laut „Globe and Mail“ (Kanada), unlängst eine Freske enthüllt, die „Ode an das Leben“ heißt und das Wasserfest einer nationalen Minderheit Chinas darstellt. Man redete schon von der Wiedergeburt einer 3000jährigen Kunst, da erschrak die hohe Obrigkeit: Die Freske wies zwei weibliche Akte auf! O Graus! Sie wurde sofort den Blicken der Passagiere entzogen.

Leise, leise...



Das Thema einer Debatte im Justizdepartement der USA war so geheim, daß sie in einem fensterlosen, mit Blech ausgeschlagenen Amtsraum abgehalten wurde. Sonst hätte sie ja mit hochempfindlichen Apparaten durch die Fensterscheiben abgehört werden können. Laut „U.S. News & World Report“ handelte es sich darum, ob die amerikanischen Geheimdienste ihre Mitbürger mit elektronischen Vorrichtungen bespitzeln dürfen.

Ein reelles Geschäft

In der Kasseler Wochenschrift „Extra Tip am Sonntag“ war folgende Annonce zu lesen: „Biete zwei Stimmen zur Bundestagswahl 1980 umweltbewußter Partei gegen Bearbeitung meines Gartens.“

Es kratzt sie nicht

In Victoria (Kanada, Provinz Britisch-Kolumbien) standen 23 Personen wegen eines Versuchs vor Gericht, 33,5 t Marihuana einzuschmuggeln. Die 15 Mitglieder der Besatzung des Schiffs, das die Droge befördert hatte, wurden freigesprochen. Im Hinblick auf die übrigen Angeklagten sagte der Verteidiger: „Sie war gar nicht für Kanada, sondern für den US-Staat Washington oder für Alaska bestimmt. Nur wegen eines Defekts am Schiff mußte es in Kanada anlegen, und der Transport von Marihuana in neutralen Gewässern ist nicht strafbar.“ Das Gericht trug dem Einspruch Rechnung, die kanadischen Gesetze verbieten wohl die Einfuhr von Rauschgift in die USA nicht.

Kasernenhofsitten

Zu den US-Streitkräften in Europa gehören 13 000 Soldatinnen. Nachforschungen und Umfragen haben ergeben, daß sie sich von ihren Kameraden oft Anzüglichkeiten und Handgreiflicheres gefallen lassen müssen. Es sind sogar Vergewaltigungen vorgekommen. Der stellvertretende Stabschef des US-Heeres General John Vessey hat nach einer Inspektionsreise nach Europa in einem Interview für die „Stars and Stripes“ aber gesagt, die Angaben seien übertrieben. Ein Vertreter des Oberkommandos bekräftigte diese Meinung des Generals mit folgender Geschichte: Die 20jährige Soldatin Cheryl Taylor habe 30 Tage Arrest und 298 Dollar-Geldstrafe aufgebremst bekommen,

weil sie sich einem Kameraden unsittlich genähert hatte.

Ist ja rührend

Die afrikanischen Arbeiter einer Zweigstelle des US-Konzerns Colgate-Palmolive suchten um die Erlaubnis an, im Betrieb eine Gewerkschaftsorganisation zu gründen, u. a. weil den Afrikanern die Qualifizierung erschwert wird. Die Absage wurde folgendermaßen begründet: „Wir sind gegen die gewerkschaftliche Organisation unserer Arbeitskräfte, da wir fest glauben, daß keine Gewerkschaft mehr für unsere Angestellten tun kann als wir.“

Links die Buben, rechts die Mädchen

Eine schwedische Autobusgesellschaft wies das Stellungsgesuch einer Fahrerinnen ab, weil sie keine Damentoilette habe. Verkehrsminister Ulf Adelsohn hat darauf beantragt, daß der Riksdag das Gesetz ändert, das in allen Unternehmen getrennte Toiletten für Herren und Damen verlangt. Er sagte: „Es ist albern, daß Männer und Frauen nicht dieselbe Toilette an ihren Arbeitsplätzen benutzen dürfen.“

Laßt Fische reden



Aus Protest dagegen, daß die Regierung die englischen Fischer nicht vor der Auslandskonkurrenz schützt, haben einige eines Tages ihre Dorschaubeute auf die Freitreppe des Landwirtschaftsministeriums geschüttet.

Zeichnungen: W. Rosanzew

FLIEGEN SIE MIT AEROFLOT!



Wenn Sie Leningrad,
eine der schönsten Städte
der Welt, besuchen wollen,
fliegen Sie die neue Route

WARNA — LENINGRAD

Entfernung — 2144 km, Flugzeit — 3 Stunden.

Bis zum 21. Oktober 1980 gilt folgender Flugplan:

SU 623 TU 154 Dienstags	Flughafen	SU 624 TU 154 Dienstags
12.35 ab 15.30 an	Leningrad Warna	an 19.30 ab 16.30

Ortszeit

Ausführliche Informationen
bei jeder Aeroflot-Vertretung

LENINGRAD
ERWARTET SIE!

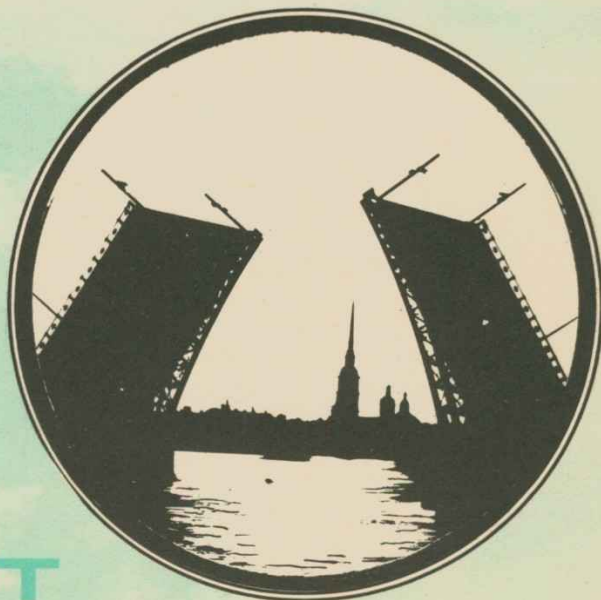


OFFICIAL OLYMPIC CARRIER

АЭРОФЛОТ



Soviet airlines



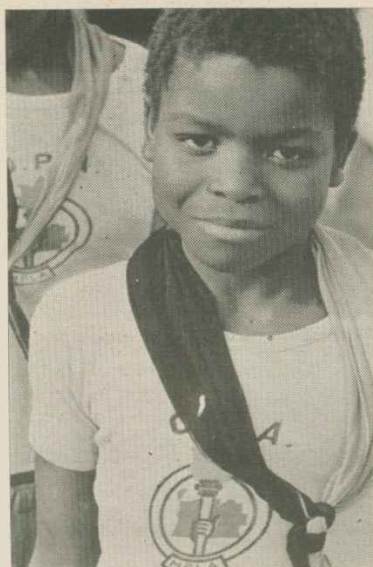
Im Objektiv: ANGOLA

Dieses Land ist von der Natur reich gesegnet. Kaffee, Bananen, Zitrusfrüchte und Baumwolle werden angebaut. In seinem Boden lagern Öl, Eisenerz, Mangan, Diamanten. Auf dem Territorium, das fast so groß wie Westeuropa ist, leben ca. 7 Millionen Menschen.

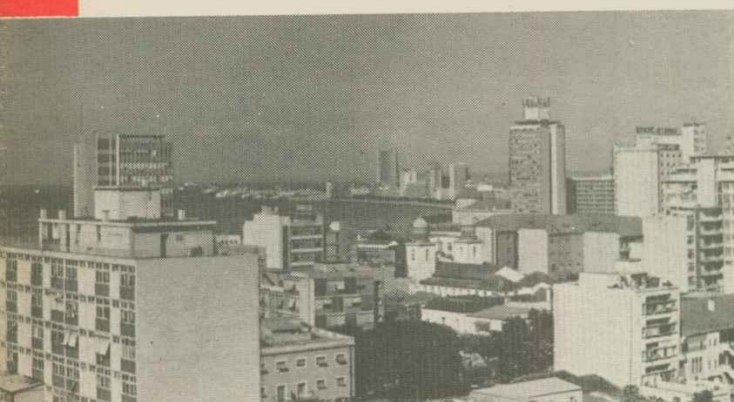
Das Volk Angolas hat in 14-jährigem bewaffnetem Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten seine Unabhängigkeit errungen. Die Volksrepublik Angola wurde am 11. November 1975 ausgerufen. Ein Markstein in ihrer Geschichte war im Dezember 1977 der I. Parteitag der MPLA (Volks-

bewegung für die Befreiung Angolas). Er beschloß die Gründung der marxistisch-leninistischen MPLA-Partei der Arbeit.

Die Republik hat Erfolge erzielt. Ihre Wirtschaft wird wiederhergestellt und fortentwickelt, die Genossenschaftsbewegung dehnt sich aus. Das Bildungswesen hat große Fortschritte gemacht. Rege betätigt sich Angola in antiimperialistischem Sinne auf dem Welt-schauplatz. Eine Freundschaft und alseitige Zusammenarbeit verbindet Angola mit der UdSSR, Kuba sowie den anderen Mitgliedern der sozialistischen Länder-gemeinschaft.



Über eine Million Schulkinder gehören der Organisation der Jungen Pioniere an



Straßenbild in der Hauptstadt



Luanda, die Hauptstadt der VR Angola

Kaffee-Ernte



Kundgebung eines Genossenschaftsverbandes in der Provinz Cuanza Sul

Im Hafen von Luanda



In der Aufbereitungs-fabrik „Diamang“

Serpentine in der Provinz Huila

Fotos:
V. Wolkow